



IHK-GESCHÄFTSBERICHT 2015



IHK

Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main

AUF EINEN BLICK

FINANZZAHLEN IN TAUSEND EURO	2015	2014	2013	2012	2011
Beiträge	26.810	27.531	25.569	24.115	28.141
Gebühren	3.421	3.582	3.759	3.353	3.174
Entgelte	1.711	1.789	1.774	1.934	1.712
Bestandsveränderungen	-69	-31	11	181	444
Sonstige betriebliche Erträge	4.498	5.333	4.799	5.059	5.380
BETRIEBSERTRÄGE	36.371	38.205	35.912	34.642	38.851
Materialaufwand	3.508	3.390	3.042	2.883	2.755
Personalaufwand	16.947	18.191	18.357	16.481	15.197
Abschreibungen	1.050	955	1.130	1.063	921
Sonstige betriebliche Aufwendungen	20.404	18.212	16.940	15.885	15.253
davon Umbau Südflügel	4.371	2.272	0	0	0
BETRIEBSAUFWAND	41.909	40.748	39.469	36.311	34.126
Investitionen	1.759	203	653	937	672
MITGLIEDERSTRUKTUR					
Mitgliedsunternehmen	111.295	102.108	98.948	97.400	101.434
davon					
ins Handelsregister eingetragene Unternehmen	39.468	36.226	35.226	35.237	34.671
nicht eingetragene Unternehmen	71.827	65.882	63.722	62.163	66.763
davon					
Frankfurt	69.664	63.644	61.751	60.501	63.273
Hochtaunuskreis	22.469	20.762	20.145	20.011	20.690
Main-Taunus-Kreis (ohne Hochheim)	19.162	17.702	17.052	16.888	17.471
BERUFS-AUSBILDUNGSVERTRÄGE					
Neu eingetragene Ausbildungsverträge	5.348	5.279	5.372	5.862	5.738
davon					
kaufmännische Berufe	4.040	3.989	4.080	4.499	4.468
technische Berufe	1.308	1.290	1.292	1.363	1.270
Bestand an Ausbildungsverträgen gesamt	13.715	14.013	14.380	14.621	14.347
PRÜFUNGEN DER BERUFLICHEN FORTBILDUNG					
Teilnehmer an Fortbildungsprüfungen	2.985	2.717	2.980	2.958	2.961
BILDUNGSZENTRUM					
Kurse	263	266	279	265	239
Teilnehmer innen	3.854	3.964	4.120	4.087	3.768

INHALT

AUF EINEN BLICK	3
-----------------	---

VORWORT	7
---------	---

IHK-THEMENFELDER	11
------------------	----

IHK-Jahresempfang	12
IHK-Sommerempfang	14
Fachkräfte sichern und demografischem Wandel begegnen	16
Metropolregion weiterentwickeln	18
Energie- und Ressourceneffizienz fördern	20
Nachhaltiges Wirtschaften in der Region fördern	21
Stadtentwicklung gestalten	22
Steuern und öffentliche Finanzen aktiv begleiten	23
Industriestandort stärken und ausbauen	24
Finanzplatz fördern und gestalten	25
Mobilität sichern und Infrastruktur ausbauen	26
Unternehmen gründen helfen, fördern und sichern	27
Aus- und Weiterbildung: Qualifizierung durchführen	28
Unternehmensrecht und fairer Wettbewerb	29
Wettbewerbsfähigkeit international fördern	30
Wissensregion ausbauen	32
Neue Mitglieder	33
Digitale Vernetzung und E-Business fördern	34
Landespolitik aktiv begleiten	36
Wirtschaftspolitik: Interessen der gewerblichen Wirtschaft vertreten	38
Mitglieder- und Kundenbeziehungsmanagement	40

IHK-JAHRESABSCHLUSS	43
---------------------	----

Lagebericht	45
Bilanz Anlagenspiegel	62
Erfolgsrechnung	64
Finanzrechnung	65
Anhang	66
Bestätigungsvermerk	82

IHK-GREMIEN	84
-------------	----

IMPRESSUM	88
-----------	----

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main verbindet Menschen, die sich im besten Wortsinne als Unternehmer begreifen. Sie alle eint die Leidenschaft für ihr Produkt, ganz gleich welche Ware oder Dienstleistung sie auf den Weg bringen. Der Fotograf Rafael Neff hat diese Leidenschaft bei zwölf Damen und Herren der IHK-Vollversammlung sichtbar gemacht. Hieraus ist eine Fotostrecke entstanden, die die Kaufleute umgeben von ihren Produkten oder in ihrem Arbeitsumfeld zeigt. Was einfach und naheliegend erscheinen mag, bekommt durch die Aufnahmen eine überraschende Tiefe. Wirtschaft wird auch in Zeiten zunehmender Digitalisierung von Menschen gestaltet, für die der Beruf eine Berufung ist. Die Fotografien machen begreifbar, was nicht auf den ersten Blick zu sehen ist: Das Selbstverständnis, die Motivation, die Identifikation und nicht zuletzt die Tatsache, dass der eigene Antrieb nicht alleine im Streben nach wirtschaftlichem Erfolg begründet ist. Im vorliegenden Geschäftsbericht sehen Sie eine Auswahl der Bilder.

Die Schlagzeilen zum Jahresbeginn 2016 zeigen eine unruhige Welt. Krieg, Vertreibung, Null-Zins-Politik und eine erneute Griechenland-Rettung betreffen und beschäftigen Unternehmen und Politik. Zugleich verzeichnet die hessische Wirtschaft eine weiterhin erfreuliche Aufwärtsentwicklung: Neuansiedlungen ausländischer Konzerne nehmen in unserer Region zu, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wächst weiter und die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen bleiben auf hohem Niveau.

Vor diesem Hintergrund sollten wir in der Lage sein, bei der Integration der Flüchtlinge in die Arbeitswelt in geordneter Weise voranzukommen. Der Arbeitsmarkt ist robust und kann die qualifizierten Flüchtlinge aufnehmen. Entscheidend ist es jetzt, den Spracherwerb und die berufliche Qualifizierung der Migranten voranzubringen. Die Wirtschaft wartet auf jede gute Fachkraft, unabhängig von Herkunft und persönlicher Geschichte.

Große Chancen bieten sich allen Unternehmen mit der Digitalisierung. Entlang der Achse von Datenverarbeitung und Prozessoptimierung werden viele Märkte zusehends neu verteilt. Daher macht die IHK ihren Mitgliedsunternehmen zahlreiche Angebote, um in den Digitalisierungszug einzusteigen und für sich die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Kräftige Impulse setzen wir in diesem Jahr auch bei der Weiterentwicklung der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Zwölf Wirtschaftskammern und andere Partner wirken am Tag der Metropolregion am 17. Mai mit, viele arbeiten gemeinsam an konkreten Projekten in den Handlungsfeldern Mobilität und Infrastruktur, Gründungs- und Innovationsregion sowie Flächenentwicklung und Digitalisierung. Die Landesregierungen in Wiesbaden, Mainz und München begegnen dem Ansinnen der Metropolregion zur Zusammenarbeit inzwischen mit großer Aufgeschlossenheit. Nun ist es an uns, die relevanten Inhalte vorzutragen und sie im Dialog mit der Politik bis zur Umsetzung zu bringen.

Wir wünschen Ihnen ein erfolgreiches Jahr 2016 und freuen uns, Sie bei möglichst vielen Gelegenheiten im Hause Ihrer Industrie- und Handelskammer begrüßen zu können!

Prof. Dr. Mathias Müller
Präsident

Matthias Gräble
Hauptgeschäftsführer





IHK-THEMENFELDER

FACHKRÄFTE SICHERN UND DEMOGRAFISCHEM WANDEL BEGEGNEN

METROPOLREGION WEITERENTWICKELN

ENERGIE- UND RESSOURCENEFFIZIENZ FÖRDERN

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN IN DER REGION FÖRDERN

STADTENTWICKLUNG GESTALTEN

STEUERN UND ÖFFENTLICHE FINANZEN AKTIV BEGLEITEN

INDUSTRIESTANDORT STÄRKEN UND AUSBAUEN

FINANZPLATZ FÖRDERN UND GESTALTEN

MOBILITÄT SICHERN UND INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

UNTERNEHMEN GRÜNDEN HELFEN, FÖRDERN UND SICHERN

AUS- UND WEITERBILDUNG: QUALIFIZIERUNG DURCHFÜHREN

UNTERNEHMENSRECHT UND FAIRER WETTBEWERB

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT INTERNATIONAL FÖRDERN

WISSENSREGION AUSBAUEN

NEUE MITGLIEDER

DIGITALE VERNETZUNG UND E-BUSINESS FÖRDERN

LANDESPOLITIK AKTIV BEGLEITEN

WIRTSCHAFTSPOLITIK: INTERESSEN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT VERTRETEN

MITGLIEDER- UND KUNDENBEZIEHUNGSMANAGEMENT

IHK-JAHRESEMPFANG 2015

SO STARK WIE LANGE NICHT MEHR

Nach dem Abschluss der Renovierungsarbeiten am IHK-Gebäude konnte der traditionelle Jahresempfang in diesem Jahr wieder an seinem gewohnten festen terminlichen Platz zu Beginn des Jahres stattfinden.

Festredner am 19. Januar war der Wirtschaftsweisen Prof. Volker Wieland. Er sprach vor rund 1.400 Gästen unter anderem über die wirtschaftlichen Herausforderungen der Flüchtlingszuwanderung. „Die Euro-Krise und die Flüchtlingskrise fordern Deutschland und die Europäische Union mehr denn je, die Zukunftsfähigkeit ihrer Wirtschaft zu sichern“, sagte Prof. Wieland. Beim Thema Migration sei klar zwischen der humanitären Herausforderung, Kriegsflüchtlingen und verfolgten Menschen zu helfen, und dem demografischen Wandel, der zu einer überalternden Bevölkerung führt, zu unterscheiden.

Die Zuwanderung von Asylsuchenden werde das Demografieproblem seiner Meinung nach nicht lösen. Arbeit sei zwar entscheidend für die Integration in die Gesellschaft – die berufliche Qualifikation der Flüchtlinge sei allerdings deutlich geringer als bei anderen Ausländergruppen. Folglich werde die Produktivität vieler Asylbewerber unter dem Mindestlohn von 8,50 Euro liegen. „Es wäre also völlig verfehlt, den Mindestlohn noch weiter zu erhöhen, staatliche Beschäftigungsprogramme aufzulegen oder die Beschäftigung zum Mindestlohn staatlich zu subventionieren.“ Das würde die Wirtschaft belasten und sich als Wachstumsbremse auswirken. Im Übrigen müsse sich Arbeitszuwanderung von außerhalb der EU stets an den konkreten Knappheiten des jeweiligen Arbeitsmarkts orientieren. Als ideale Arbeitsmigration bezeichnete der Professor für Monetäre Ökonomie, der an der Goethe-Universität lehrt, die Zuwanderung ausländischer Studierender. Sie hätten beim Abschluss des Studiums die ersten Integrationsschritte bereits hinter sich.

„Hessens Wirtschaft ist so stark wie schon lange nicht mehr“, sagte IHK-Präsident Prof. Mathias Müller. „Der Herzmuskel dieses Bundeslandes schlägt in FrankfurtRheinMain auf Hochtouren.“ Ein Wermutstropfen: die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs. Denn einige der wenigen Verlierer dieser Regelung befänden sich im IHK-Bezirk Frankfurt. Zudem kritisierte er den Ländervorschlag zur Reform des Länderfinanzausgleichs. Hier vermisse er die Verpflichtung der Nehmerländer zum Sparen.





Müller ging zudem auf die Bedeutung von Freihandelsabkommen für die EU ein. Die USA blickten schon seit einiger Zeit verstärkt in Richtung Pazifik, um ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen in dieser Region abzusichern. Vorläufiger Höhepunkt sei das erst im Oktober von zwölf Staaten geschlossene Freihandelsabkommen Trans-Pacific Partnership – TPP stünde für 40 Prozent des gesamten Welt Handels. „Hierin sollten wir einen Warnschuss für Europa und das in zäher Verhandlung befindliche transatlantische Handelsabkommen TTIP sehen“, warnte der IHK-Präsident. Im Einigungsfall entstünde ein Wirtschaftsblock, der die Hälfte der Weltwirtschaft in sich vereinen würde. „Faktisch könnten wir auf Jahrzehnte sicherstellen, dass die Spielregeln der Märkte weiterhin nach westlichem Vorbild laufen würden“, so Müller.

Der Flüchtlingszustrom sei ein Thema, das ganz oben auf der Agenda stehe. Das enge Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in dieser Frage sei eine große Chance für wirtschaftliche Prosperität. Unter dem Leitbegriff IBA – Infrastruktur, Bauen, Arbeit – bleibe darüber hinaus die Weiterentwicklung der Metropolregion weiterhin ein zentrales Zukunftsthema.

„Uns ging es noch nie so gut wie heute“, konstatierte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier. „Hessen brummt, 2015 war ein Erfolgsjahr“. Das Wachstum sei stabil, es gebe fast keine Inflation, die Beschäftigung sei hoch, die Arbeitslosigkeit so gering wie schon lange nicht mehr. Allein in den vergangenen beiden Jahren seien in der Metropolregion 100.000 neue Stellen hinzugekommen, zitierte er den IHK-Konjunkturbericht.

Angesichts des Flüchtlingszustroms sprach er auch von „einer historischen Herausforderung, die uns mindestens 30 Jahre beschäftigen wird.“ Deutschland habe 1,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, „ohne dass das Land auseinandergefliegen ist.“ Von den 80.000 Flüchtlingen, die nach Hessen gekommen sind, sei nicht einer nur einen Tag obdachlos gewesen, bis Weihnachten habe niemand mehr in einem Zelt schlafen müssen. Für Bouffier stehe dennoch außer Frage: „Wir müssen mit den Zahlen runter.“ Nur so könne eine Integration gelingen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft langfristig nicht gefährde.

Oberbürgermeister Peter Feldmann hob ebenfalls die wirtschaftliche Stärke Frankfurts hervor: „Wir sind einfach gut, deshalb wollen alle in diese Stadt.“ Die Stadtregierung werde ihren Teil dazu beitragen, damit Frankfurt auch künftig Boomtown bleibe. „Die Investoren müssen wissen, wo sie Geld verdienen können“, so der Rathauschef. Frankfurt sei allerdings nicht nur Finanzplatz, sondern ebenso Industriestandort. Der Anteil des produzierenden Gewerbes liege zwar nur bei elf Prozent, dennoch spült die Branche knapp die Hälfte der Gewerbesteuer-einnahmen in die städtische Kasse.

Deshalb sprach er sich für ein neues Gewerbegebiet aus. Feldmann rechnet damit, dass in diesem Jahr die 730.000 Einwohner-Marke überschritten wird, deshalb seien neue Wohngebiete unverzichtbar. Schon vor der Flüchtlingswelle fehlten in Frankfurt 30.000 Wohneinheiten. Die Mieten seien nur durch Konversion an der einen oder anderen Stelle, auch durch Nachverdichtung in Schach zu halten. Er freue sich über die Kooperationsbereitschaft der Landräte und Bürgermeister in den umliegenden Kommunen in puncto Wohnungsbau: „Das schweißt die Region zusammen.“

IHK-SOMMEREMPfang

WIRTSCHAFT TRIFFT POLITIK

Einmal im Jahr lädt die IHK Frankfurt Unternehmer und Politiker aus dem Hochtaunus und Main-Taunus zum Erfahrungsaustausch in das Bad Homburger Schloss ein. Rund 180 Gäste kamen Mitte Juli zum IHK-Sommerempfang „Wirtschaft trifft Politik“.

Im Fokus des diesjährigen IHK-Sommerempfangs standen die Folgen der Finanzkrise. IHK-Präsident Prof. Mathias Müller konnte mit einer passenden Begebenheit aus Frankfurt in das Thema einleiten. Just in der Woche, als Griechenland scheinbar vor dem endgültigen Aus stand, wurden die Sterne des Euro-Denkmals am Willy-Brandt-Platz zur Wartung abmontiert, was die New York Post als „buchstäbliche Demontage des Euros“ beschrieb: Frankfurt als Symbol der Euro-Krise.

Ungeachtet dieses Symbols ist die hessische Wirtschaft aber stark im Export. Auch wenn die griechische Tragödie noch lange nicht zu Ende ist, spielt sie doch eine eher untergeordnete Rolle für die meisten Unternehmen im Bezirk der IHK Frankfurt, sagte Müller. Trotz der geopolitischen Einschlüsse ringsum gebe es im Taunus Wachstum und neue Arbeitsplätze. Zum Jahresbeginn wurde ein leichter Aufwärtstrend verzeichnet, der sich bis zur Jahresmitte zu einem deutlichen Aufschwung entwickelt hat. Haupttreiber dieser Entwicklung sei die starke Binnennachfrage, erklärte der IHK-Präsident.

Dennoch seien im IHK-Bezirk auch einige Herausforderungen zu bewältigen, die mittel- und langfristig für das Wohlergehen und den Wohlstand in der Metropolregion verantwortlich sind. Diese sind Fachkräftemangel und Engpässe in der Infrastruktur. Um die wirtschaftliche Zukunft der Region FrankfurtRheinMain zu sichern, müssten die Verantwortlichen dafür sorgen, dass die Menschen in der Region Arbeit und eine Wohnung finden und dass sie bequem und schnell von einem zum anderen Ort gelangen. „Politik und Wirtschaft der Metropolregion FrankfurtRheinMain sind in dieser Richtung zum Glück gemeinsam unterwegs“, lobte Müller. Nun sei eine kluge Expansionspolitik gefragt, die Projekte aus dem Dreiklang Infrastruktur, Bauen und Arbeiten anstoße und konkrete Perspektiven für die Städte und Gemeinden schaffe. In diesem Kontext sei auch der Bau der Regionaltangente West ein wichtiges Zukunftsprojekt.

Gerhard Grandke, geschäftsführender Präsident, Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, sowie ehemaliger Offenbacher Oberbürgermeister thematisierte in seiner Keynote die Wirtschaftskrise aus Sparkassensicht. Er befürwortet ebenso den Regionengedanken und stimmte zu, dass nur dann das Gesamtsystem Gesellschaft profitiere, wenn Wirtschaft und Politik in Kontakt seien und miteinander im Gespräch blieben. Wie sehr Wirtschaft und Politik miteinander verwoben sind, werde auch beim Thema Finanz- und Staatsschuldenkrise deutlich. „Auch wenn wir Deutschen bislang glimpflich durch die Krise gekommen sind, ist das Ende der Krise in Europa noch nicht in Sicht“, so Grandke. Das griechische Drama veranschaulichte er mit Hilfe des Filmklassikers mit James Dean. Anders als im Film aber, in dem Hasenfußbrennen rasant und tödlich an der Klippe endet, präsentierten die Politiker ein „Schneckenrennen in Endlosschleife“, das immer vor der Klippe gestoppt und von vorne begonnen wird. Nur stabile, funktionierende staatliche Strukturen können laut Grandke helfen. Dafür sei allerdings ein tiefgreifender Mentalitätswechsel der Griechen nötig. Doch auch in der Bankenwelt stehe ein Bewusstseinswandel an, weg von der „Casino-Mentalität“ hin zu „mehr Erdung“, wie sie die regionalen Sparkassen schon immer in ihrem „genetischen Code“ hätten. Der Bremswirkung der Finanzkrise könne sich Deutschland langfristig nicht entziehen. Dennoch warb Grandke für mehr Wachstumsimpulse und mehr Investitionen. „Eine schwarze Null der öffentlichen Kassen darf nicht zum Fetisch werden, wenn gleichzeitig die Infrastruktur darunter leidet“, meinte er.

Wesentlicher Faktor der starken deutschen Volkswirtschaft sei die Investitionsbereitschaft der Unternehmer in die regionale Wirtschaft. Die Region brauche mehr als günstige Zinsen, forderte Landrat Ulrich Krebs in seinem Grußwort für den Hochtaunuskreis. Er sprach auch stellvertretend für seinen anwesenden Kollegen Michael Cyriax, Landrat des Main-Taunus-Kreises. Gute Schulen, Kinderbetreuung und medizinische Betreuung seien ebenso wie eine gute Infrastruktur erforderlich, um sich im Wettbewerb der Metropolregionen zu behaupten. Gerade in jüngster Zeit gäbe es ermutigende Ansätze, dass regionale Zusammenarbeit gelingen könne, betonte Krebs mit Blick auf eine neue Aufgeschlossenheit der Stadt Frankfurt gegenüber der Region.



FACHKRÄFTE SICHERN UND DEMOGRAFISCHEM WANDEL BEGEGNEN

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN UND INTEGRATION STÄRKEN

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche, der demografische Wandel, die zunehmende Internationalisierung und Herausforderungen durch die Flüchtlingsmigration: Zahlreiche Megatrends beeinflussen die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und wirken sich direkt auf die Personalpolitik in den Unternehmen aus. Die IHK Frankfurt am Main analysiert diese Trends und unterstützt ihre Mitgliedsunternehmen dabei, die daraus entstehenden Herausforderungen zu meistern. Denn Fachkräfte sind Deutschlands Rohstoff Nummer eins!

Die zunehmende Flüchtlingsmigration hat im Jahr 2015 auch die Unternehmen im Kammerbezirk bewegt. Die Integration der zu uns kommenden Flüchtlinge stellt eine Mammutaufgabe dar, die die Gesellschaft noch viele Jahre fordern wird. In dieser schwierigen Situation hat die IHK Frankfurt am Main mit der in der Vollversammlung verabschiedeten Resolution ein klares Bekenntnis abgegeben: Die regionale Wirtschaft möchte Verantwortung übernehmen und die Integration stärken.

Aus dieser klaren Positionierung heraus versteht sich die IHK Frankfurt am Main auch in den kommenden Jahren als Ansprechpartner und Mittler für Unternehmen, die Flüchtlinge beschäftigen oder ausbilden und konkrete Hilfestellungen leisten wollen. Sie arbeitet mit den Partnern vor Ort zusammen und fördert Kooperationen zwischen Institutionen und Unternehmen, um zur Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt beizutragen.

Darüber hinaus bleiben aber auch die bisherigen Handlungsfelder der Fachkräfteentwicklung und -sicherung aktuell und werden perspektivisch weiter an Bedeutung gewinnen, wenn die zahlreichen „Baby-Boomer“ aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Hierzu zählen u. a. Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Gesunderhaltung der Mitarbeiter, die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte, die Qualifizierung von bisher Ungelernten sowie die verstärkte Aus- und Weiterbildung bereits qualifizierter Fachkräfte.





Zu all diesen Themen bietet die IHK Frankfurt am Main Analysen, Beratungen, Austauschplattformen und Veranstaltungen an. Leuchtturmprojekt war auch 2015 der Demografiekongress FrankfurtRhein Main, der bereits zum fünften Mal in der IHK Frankfurt am Main stattfand. Mehr als 450 Teilnehmer tauschten sich in diesem Rahmen unter dem Motto „FrankfurtRheinMain im Wandel“ aus und diskutierten darüber, wie die Herausforderungen einer zunehmenden Zuwanderung bewältigt werden können.

Erstmals richtete die IHK Frankfurt am Main im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Berufsförderungswerk Frankfurt am Main und dem Demografienetzwerk FRM einen „Marktplatz Gesundheit“ zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement aus. In einer weiteren Kooperation mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration sowie der „hessenstiftung – familie hat zukunft“ beleuchtete der Kongress „Beruf, Familie, Männer“, Schwerpunkte einer familien- und väterbewussten Personalpolitik.

Menschen umzuziehen heißt nicht nur ein paar Kartons zu packen. Professionalität und eine langjährige Erfahrung wird genauso vorausgesetzt wie eine schnelle Reaktion. Ich bin bei der IHK, weil sie durch ihr breites Spektrum in der Lage ist, jedem Unternehmen in den verschiedensten Belangen gleichermaßen professionell zu helfen.
Susie Freifrau von Verschuer, Geschäftsführung,
H & C. Fermont GmbH & Co. KG

METROPOLREGION WEITERENTWICKELN

WACHSTUMSMONITOR UND ANZIEHUNGSPUNKT

FrankfurtRheinMain ist Wachstumsmotor und Anziehungspunkt für Menschen und Unternehmen. Die jüngsten Prognosen gehen alleine für die Stadt Frankfurt am Main von zusätzlichen 100.000 Einwohnern bis zum Jahr 2030 aus – beim derzeitigen Bevölkerungswachstum wird diese Zahl sogar deutlich früher erreicht. Zur Weiterentwicklung der Metropolregion haben die regionalen IHKS deshalb eine gemeinsame Strategie zur Entwicklung von Projekten in den Bereichen Infrastruktur, Bauen und Arbeiten ins Leben gerufen.

„IBA“ steht für die drei Themenfelder Infrastruktur, Bauen, Arbeiten, die exemplarisch zeigen, in welchen Bereichen die Zukunft der Metropolregion FrankfurtRheinMain entschieden wird. Dabei will diese gemeinsame Initiative der regionalen Wirtschaftskammern eine neue Plattform der Vernetzung und des Austauschs bieten, damit die Metropolregion auch in Zukunft attraktiv für Fachkräfte und Unternehmen bleibt.

Denn bereits heute fehlen den Unternehmen im IHK-Bezirk 45.000 Fachkräfte, davon sind 90 Prozent auf den Mangel an beruflich qualifizierten Fachkräften zurückzuführen. Um die Prosperität der Region zu sichern, ist die Wirtschaft jedoch auf den Zuzug genau dieser Fachkräfte angewiesen. Daher gilt es, die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Fachkräftelücke langfristig geschlossen wird. Dabei rückt zunehmend auch die Frage der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt in den Vordergrund.





Neben der dringenden Entwicklung weiterer Gewerbegebiete steht auch der Wohnungsmarkt im Fokus, denn durch das Bevölkerungswachstum steigt die Wohnraumnachfrage vor allem in den Kernstädten der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Somit bleibt es nach wie vor eine der drängendsten Herausforderungen der Region, die Anstrengungen zur Entlastung des Wohnimmobilienmarktes erheblich zu verstärken und diese in Einklang mit der weiteren Aktivierung von Gewerbeflächen zu bringen. Die Bevölkerungszunahme erfordert aber auch ein Mitwachsen der Verkehrsinfrastruktur, die in vielerlei Hinsicht für die Zukunftsfähigkeit unserer Region mitentscheidend ist. Schließlich ist Mobilität ein Grundbedürfnis unserer modernen Gesellschaft und ein entscheidender Faktor für die Menschen.

Unter der Überschrift „Wenn Bürgermeister die Welt regierten...“ hatte die IHK Frankfurt am Main am 5. Mai 2015 zu ihrem jährlichen „Tag der Metropolregion“ eingeladen. Denn klar ist: Viele internationale, nationale und regionale Herausforderungen werden vor Ort in den Kommunen entschieden. Neben den dafür notwendigen Handlungsspielräumen bleibt die regionale Zusammenarbeit der Kommunen eine maßgebliche Aufgabe, um neue Lösungsansätze zu finden. Der Wirtschaftsraum beschränkt sich eben nicht nur auf Frankfurt am Main, sondern reicht von Mainz bis Aschaffenburg und von Gießen bis Darmstadt. Deshalb müssen sich die Lösungen für die Zukunft immer an der gesamten Region ausrichten.

Dieses Amt in einer Region wie FrankfurtRheinMain innezuhaben, erfüllt mich mit Stolz. Und zwar, weil ich mir jeden Tag bewusst bin, wie wichtig es ist, dass wir unseren Mitgliedern nicht nur zeigen, sondern auch vorleben, wie wichtig die IHK ist.

Prof. Dr. Mathias Müller, Präsident, IHK Frankfurt am Main

ENERGIE- UND RESSOURCENEFFIZIENZ FÖRDERN

NEUE STRUKTUREN DER ENERGIEVERSORGUNG

Die Umbrüche in der staatlich gelenkten Energiepolitik führen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen zu starken Belastungen. Managementsysteme mit dem Ziel der Umwelt- und Ressourceneffizienz stellen auch für KMU wachsende Anforderungen dar. Insofern hat die IHK Frankfurt das vergangene Jahr genutzt, durch Aufklärung, Information und Beratung die Unternehmen auf neue Strukturen der Energieversorgung und verschiedene Nachhaltigkeitsinstrumente vorzubereiten. Dazu gehörte insbesondere die gesetzliche Pflicht, für bestimmte Unternehmensformen Energieaudits einzuführen.

Die Zunahme umweltrechtlicher Regelungen, neue Herausforderungen durch aktuelle energiepolitische sowie klimapolitische (kommunale und staatliche) Leitideen, lassen bei unseren Mitgliedsunternehmen viele Fragen, insbesondere rechtlicher Natur, aufkommen. Beratungen zu umweltrechtlichen Regelungen und behördlichen Vorgehen waren deshalb auch 2015 der Kern unserer Arbeit.

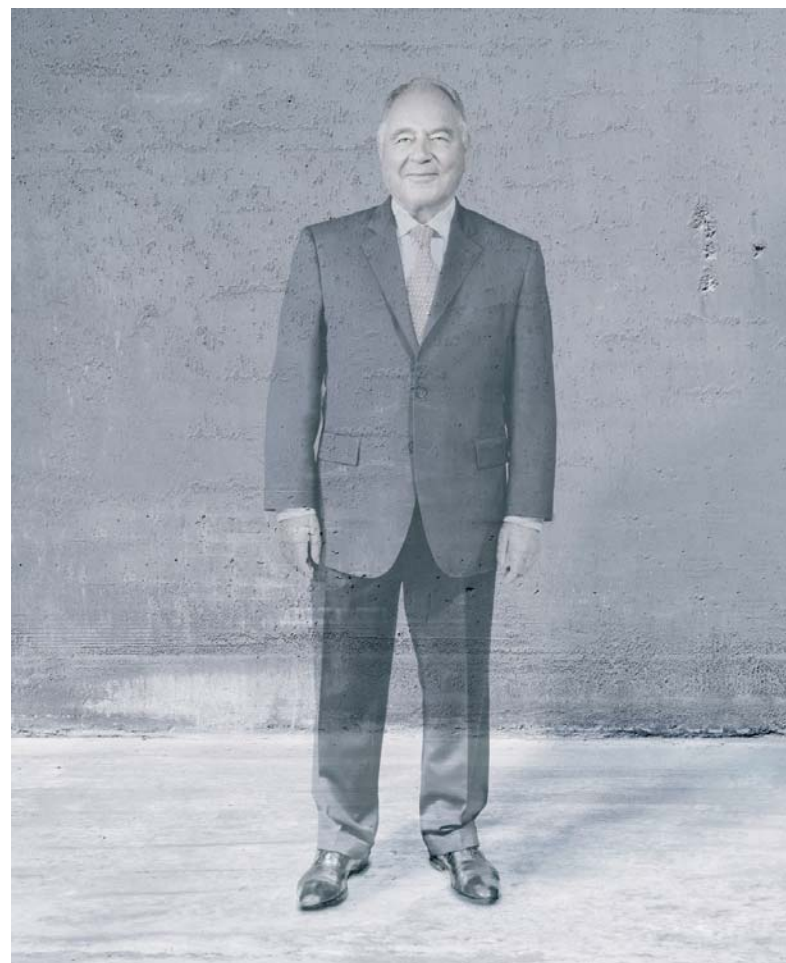
Die politische und mediale Präsenz steigender Energiepreise für die Industrie war auch 2015 nicht zu überhören. In verschiedenen Veranstaltungen haben wir die Themen aufgegriffen und den Unternehmen ein breites Spektrum an Informationsmöglichkeiten geboten. Im Projekt EnergieScouts sensibilisierten wir erstmalig auch die Auszubildenden der Unternehmen für das Thema Energieeffizienz. Im Jahr 2015 wurden bereits 22 Azubis geschult.

Beim Umwelt- und Nachhaltigkeitsforum am 24. März stand das Thema Energieaudit und Energiemanagementsystem für eine nachhaltige Unternehmenspolitik im Mittelpunkt. Der „Earth Day“ 2014 am 22. April widmete sich dem Thema Ressourceneffizienz durch „Cradle-to-Cradle-Ansatz“.

Die hessischen IHKs haben zusammen mit den Handwerkskammern und anderen Wirtschaftsverbänden die hessische Initiative zur Energieberatung für den Mittelstand weiter vorangetrieben. Im Mittelpunkt der EnergieEffizienz-Messe am 1. und 2. September standen Möglichkeiten zur Reduzierung des Energieeinsatzes im Betriebsablauf und

Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Erneut wurden fast 2.000 Teilnehmer gezählt.

Damit Strom sicher und bezahlbar bleibt, sind kluge Ideen gefragt. „Skyline ohne Strom“ bringt Experten aus Politik und Wirtschaft schon heute mit den Fachkräften von morgen zusammen. Das Schulprojekt „SOS - Skyline ohne Strom“ wurde in Zusammenarbeit mit zehn Gymnasien und Unternehmen der produzierenden Wirtschaft fortgesetzt.



NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN IN DER REGION FÖRDERN

CHANCEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

Unternehmen werden immer häufiger von ihren Kunden, Partnern und der Gesellschaft nach ihrem Nachhaltigkeitsprofil beurteilt und hinterfragt. Die IHK Frankfurt am Main sensibilisiert Unternehmen für die Chancen nachhaltigen Wirtschaftens und setzt dabei vor allem auf deren freiwilliges Engagement.

Die Grundlagen für das Engagement der IHK Frankfurt am Main im Bereich des nachhaltigen Wirtschaftens wurden bereits 1956 im IHK-Gesetz gelegt. Dort heißt es: „Die Industrie- und Handelskammern (haben) die Aufgabe [...] für Wahrung von Anstand und Sitte des ehrbaren Kaufmanns zu wirken“. Seit den 1950er Jahren hat sich die Diskussion über den ehrbaren Kaufmann, über die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen bis hin zum nachhaltigen Wirtschaften rasant weiterentwickelt. Allerdings scheint nur wenig Konsens in Politik und Wirtschaft darüber zu herrschen, was ein ehrbares bzw. verantwortliches Unternehmen auszeichnet. Damit einher gehen zahlreiche politische Initiativen und Bestrebungen, Unternehmen stärker als bisher zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Engagement zu verpflichten. Dabei gehört es für die meisten Unternehmerinnen und Unternehmen seit jeher zu ihrem unternehmerischen Selbstverständnis, gesellschaftliche und ökologische Verantwortung auf freiwilliger Basis zu tragen.

Um das gegenseitige Verständnis zu fördern, auf wettbewerbliche Rahmenbedingungen hinzuwirken und auch dem Mittelstand den Einstieg in die Nachhaltigkeit zu erleichtern, hat die IHK Frankfurt im Dezember 2014 den IHK-Arbeitskreis Nachhaltigkeit ins Leben gerufen. Der Arbeitskreis hat sich zum Ziel gesetzt, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft für das Thema Nachhaltigkeit weiter zu sensibilisieren und auch Handlungsoptionen für den Alltag aufzuzeigen. Auch sollen regionale Unternehmen in ihrem freiwilligen Engagement bestärkt und Vorteile nachhaltigen Wirtschaftens aufgezeigt werden. Damit will die IHK Frankfurt als eine zentrale Dialogplattform für Nachhaltigkeit, Innovation und verantwortliches Handeln im Sinne des ehrbaren Kaufmanns wirken und Nachhaltigkeit in ihre Kernarbeit integrieren.

Als Repräsentant eines Finanzplatzes muss man es verstehen, im Hintergrund zu bleiben und doch stets präsent sein. So ist das auch mit der IHK: Wäre sie nicht ständig präsent – es würde uns Vieles fehlen.

Lutz Raettig, Aufsichtsratsvorsitzender, Morgan Stanley Bank AG



STADTENTWICKLUNG GESTALTEN

ATTRAKTIVES WOHNEN UND ARBEITEN IN DER METROPOLREGION

Die weitere Entwicklung der Stadt Frankfurt zu einem sozial und wirtschaftlich attraktiven Zentrum der Metropolregion bedarf auch privater Investitionen. Diese hängen im Wesentlichen von Planungssicherheit ab. Die Einzelhandelsbereiche mittlerer und größerer Städte geraten zunehmend unter Druck und bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Tourismus ist ein konstanter und bedeutender Wirtschaftsfaktor und leistet einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in FrankfurtRheinMain und im Taunus.

Das Wachstum der Stadt Frankfurt eröffnet Gestaltungsspielräume, beinhaltet gleichzeitig aber auch Herausforderungen. Dabei soll die Mainmetropole als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort mit einer hohen Lebens- und Umweltqualität weiterentwickelt werden. Anlässlich der Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts durch die Stadt Frankfurt hat die IHK Frankfurt am Main die Anforderungen der Wirtschaft an eine integrierte Stadtentwicklung der Stadt Frankfurt für eine zukunftsfähige Metropolregion FrankfurtRheinMain formuliert.

Eine vorausschauende und bevorratende Flächenpolitik benötigt eine auf einzelne Flächennutzungen abgestimmte Planung unter Berücksichtigung aller Belange an die Flächennutzungen. Diese muss neben den aktuellen Bedarfen auch zukünftige Flächenbedarfe abschätzen. Um das Wachstum aufzufangen und den Konkurrenzdruck von den Flächen zu nehmen, muss vor dem Hintergrund der langen Planungszeiträume bereits heute über ein neues großes Gewerbegebiet nachgedacht werden. Auch im Wohnungsbau sind neue Wohngebiete im Innen- und Außenbereich erforderlich. Die Herausforderungen werden jedoch nicht alleine auf der Frankfurter Gemarkung gelöst werden. Eine enge regionale Kooperation ist daher erforderlich. Wesentlicher Teil des Konzeptes muss auch die Weiterentwicklung der verkehrlichen, wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur sein.

Für die Sicherung der Einzelhandelsstandorte bedarf es größeres Einfühlungsvermögens für die Notwendigkeiten der Einkaufsbereiche und insbesondere einer intensiven Zusammenarbeit aller Akteure in den Kommunen. Die Kundenfrequenzzahlen gehen auch in den größeren Städten spürbar zurück. Ebenso stagniert das Mietpreinsniveau für Einzelhandelsflächen in den TOP-Lagen. Die Attraktivität der Einkaufs-

bereiche kann dadurch gesteigert werden, dass Einkaufsstraßen nicht durch laute Straßenmusik oder aggressives Betteln geprägt werden. Ebenso sollte eine ungewollte permanente Jahrmarktsatmosphäre vermieden werden. Dauerdemonstrationen in kurzen Abständen an den gleichen Stellen, die den übrigen Besuchern der Innenstadt den Zugang zu den Geschäften unmöglich macht, sollte durch Kundengebungen an abwechselnden Orten begegnet werden.

Um den Wirtschaftsfaktor Tourismus in der Region weiter zu fördern, wurden die Tourismuspolitischen Positionen der IHK Frankfurt am Main erarbeitet. Um die spezifischen Herausforderungen der Tourismusbranche positiv zu beeinflussen, müssen sich die politischen Verantwortlichen deutlich zum Wirtschaftsfaktor Tourismus bekennen und die langfristige Finanzierung der Tourismusarbeit gewährleisten. Die Politik muss Lösungen für die anstehenden touristischen Aufgaben und Herausforderungen finden und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.



STEUERN UND ÖFFENTLICHE FINANZEN AKTIV BEGLEITEN

DIE FOLGEN DES KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICHS IM FOKUS

Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) ist am 1. Januar 2016 in Kraft getreten. Die hessischen Industrie- und Handelskammern sahen schon im Planungsstadium dieser Reform verschiedene Punkte kritisch. Sie befürchteten, dass eine kommunale Steuererhöhungsspirale in Gang gesetzt beziehungsweise verstärkt werde. Die Befürchtung hat sich nun bewahrheitet: Viele Kommunen erhöhen ihre Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze und begründen dies mit der KFA-Reform.

Die KFA-Reform hat unter anderem den so genannten Gewerbesteuer-Nivellierungshebesatz für kreisangehörige Kommunen von 310 auf 357 Prozent angehoben. Die Erhöhung stellt insbesondere für eine Kommune mit einem niedrigeren Hebesatz ein Problem dar. Dies

deshalb, weil im kommunalen Finanzausgleich angenommen wird, sie habe einen Hebesatz von 357 Prozent. Folglich wird der Kommune unterstellt, sie beziehe höhere Gewerbesteuereinnahmen als sie tatsächlich erzielt, das heißt, sie wird reicher gerechnet als sie tatsächlich ist. Im Gegenzug fallen die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich geringer aus, Kreis- sowie Schulumlage erhöhen sich und gegebenenfalls muss eine (höhere) Solidaritätsumlage, die neu eingeführt wurde, gezahlt werden. Dies reißt Löcher in die Haushalte. Deshalb sehen sich viele Kommunen gezwungen, ihren Gewerbesteuerhebesatz zu erhöhen, um so die Nachteile, die ihnen durch die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs entstehen, auszugleichen. Solche Steuererhöhungen verschlechtern die Standortbedingungen für Unternehmen und machen Investitionen sowie Neuansiedlungen unattraktiver.

Der Steuerausschuss der IHK Frankfurt diskutierte in seiner Frühjahrsitzung 2015 mit dem für diese Reform zuständigen Vertreter des hessischen Finanzministeriums. Außerdem wirkte die IHK Frankfurt bei der Erstellung einer Studie sowie mehrerer Stellungnahmen mit.

Ein weiteres Thema, mit dem sich die IHK Frankfurt im Jahr 2015 beschäftigte und - da das Gesetz noch nicht verabschiedet ist - in diesem Jahr weiter beschäftigen wird, ist die Erbschaftsteuerreform. Am 8. Juli 2015 legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vor. Die IHK Frankfurt setzt sich in Gesprächen, Podiumsdiskussionen und Stellungnahmen dafür ein, dass die derzeitigen Verschonungsregelungen für betriebliches Vermögen nicht verschärft und Überbewertungen beseitigt werden. Dies sichert den einzigartigen Mix von großen Konzernen, vielen kleinen Betrieben und einem breiten Mittelstand einschließlich der damit verbundenen Arbeitsplätze in unserer Region.



Wer heute in den Beruf startet, bekommt viel erklärt. Ich bin davon überzeugt, dass wir viel mehr vorleben müssen – weil nur ein gelebter Beruf zur Berufung wird. Das spürt auch ‚Seine Majestät, der Kunde‘. Die IHK unterstützt junge Leute dabei, ihre Berufung zu finden.
Angelika Zülch-Busold, Geschäftsführerin, Wacker's Kaffee Geschäft

INDUSTRIESTANDORT STÄRKEN UND AUSBAUEN

WANDEL VON INDUSTRIEGESELLSCHAFT HIN ZUR WISSENS- UND DIENSTLEISTUNGSÖKONOMIE

Industrie war und ist Garant für die wirtschaftliche Prosperität und muss diese Rolle auch zukünftig einnehmen. Mit dem Masterplan Industrie der Stadt Frankfurt am Main hat die Stadtpolitik diese Bedeutung einmal mehr unterstrichen. In Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung der Wirtschaft kommt der industriellen Produktion in unserer Region eine neue Rolle zu: Jetzt gilt es Maßnahmen zu entwickeln, um die Herausforderungen der vierten industriellen Revolution – Industrie 4.0 – zu meistern.

Die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes im IHK-Bezirk Frankfurt beschäftigten knapp 90.000 Arbeitnehmer. Mit ihren innovativen Produkten und Prozessen erwirtschaften sie elf Milliarden Euro, das sind rund 16 Prozent der Bruttowertschöpfung im IHK-Bezirk. Die industriellen Stärken der Region liegen dabei in den Branchen Chemie, Pharmazie und Biotechnologie sowie in den Bereichen Automotive, Avionik und Elektrotechnik. Die vielfältige Branchenstruktur mit namhaften Weltmarktführern und vielen Hidden Champions ist Ausdruck für eine besondere Qualität dieses Industriestandorts. Diese Qualität gilt es zu erhalten, weiter zu verbessern und national wie international bekannt zu machen. Dies soll durch das Industrie-Journal, die Lange Nacht der Industrie, eine Studie zum Netzwerk Industrie sowie durch ein Konzept zur Urbanen Produktion unterstützt werden.

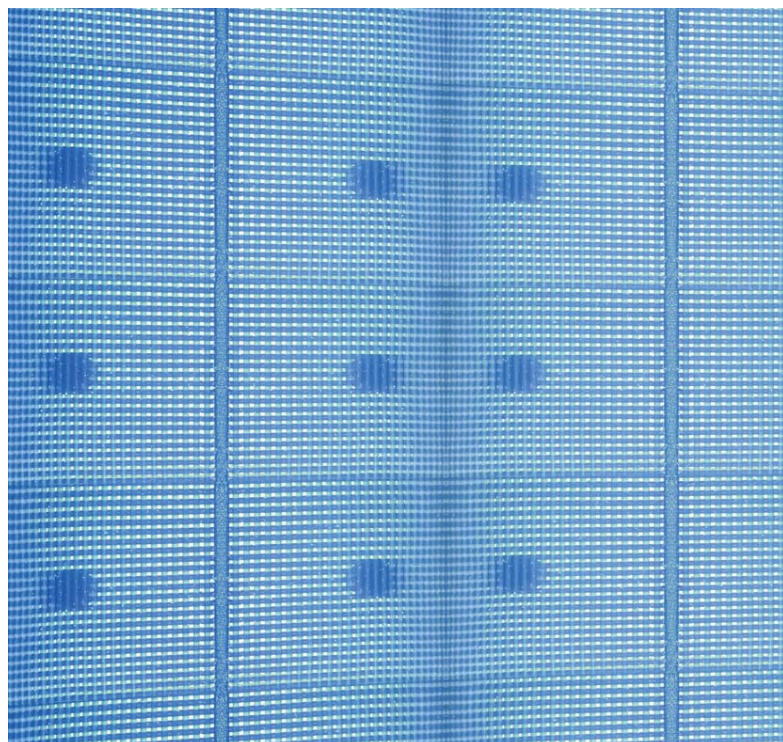
Im Fokus des zweimal im Jahr erscheinenden Industrie-Journals der IHK Frankfurt stehen die konjunkturelle Entwicklung in den Industriebranchen ebenso wie aktuelle Trends und Herausforderungen sowie Handlungsempfehlungen zur Stärkung des Industriestandortes FrankfurtRheinMain. Ergänzend verleihen Unternehmensporträts und Interviews dem Industrie-Journal eine persönliche Note. 2015 standen die Themen Industrie 4.0, Ausbildung und Arbeit 4.0 im Fokus des Journals.

In der Langen Nacht der Industrie am 25. Juni 2015 haben 21 Industrieunternehmen aus dem Raum FrankfurtRheinMain erneut ihre Tore zur nächtlichen Entdeckungsreise geöffnet. Mit der Langen Nacht

der Industrie hat die IHK Frankfurt gemeinsam mit den beteiligten Unternehmen wieder erfolgreich Marketing für den Industriestandort FrankfurtRheinMain betrieben.

Der Wandel von der Industriegesellschaft hin zur Wissens- und Dienstleistungsökonomie verändert die Art und Weise der industriellen Arbeit. Klassische Industriebjobs in den produzierenden Unternehmen gehen tendenziell eher zurück, dafür entstehen zunehmend hochspezialisierte und hochqualifizierte Arbeitsplätze in industrienahen Dienstleistungsunternehmen. Man spricht vom Netzwerk Industrie. Dieses untersucht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag der IHK Frankfurt am Main.

Urbane Produktion kann einen Beitrag für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit einer Region leisten. Durch die Digitalisierung lassen sich gänzlich neue Produktionsformen erdenken, die auch im städtischen Raum stattfinden können. Das Konzept „Urbane Produktion: Chance für die Region FrankfurtRheinMain“ möchte hier Rahmenbedingungen und Maßnahmen aufzeigen, die es zu verwirklichen gilt, um eine „neue“ Produktion in der Region entstehen zu lassen.



FINANZPLATZ FÖRDERN UND GESTALTEN

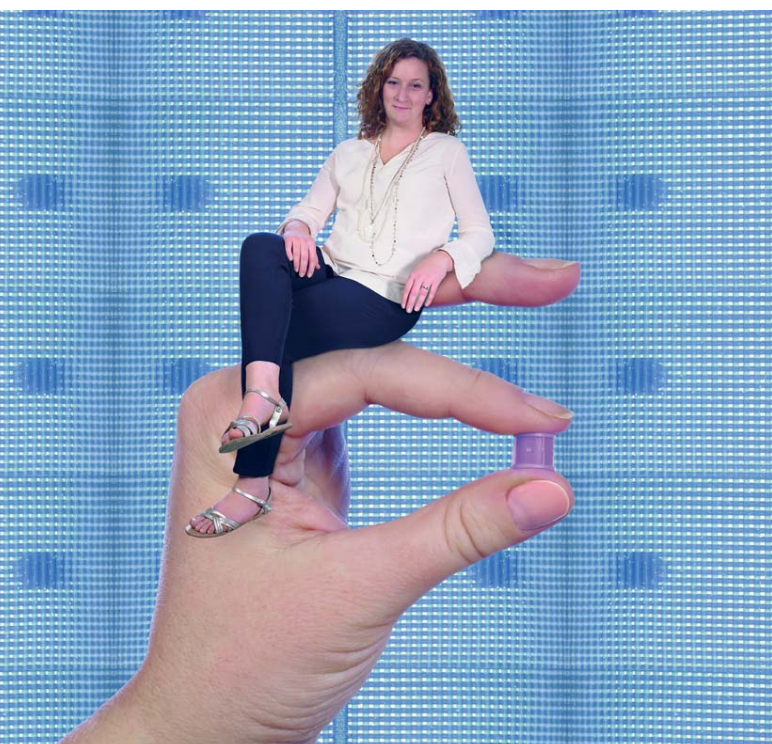
HERAUSFORDERUNGEN BLEIBEN BESTEHEN

Frankfurt genießt mit seinen vielfältigen Standortqualitäten als Finanzplatz international hohes Ansehen und besitzt nach wie vor eine starke Anziehungskraft auf in- und ausländische Akteure. Die Verortung der europäischen Bankenaufsicht bei der EZB und die Errichtung des ersten Renminbi-Handelszentrums in der Euro-Zone haben zuletzt das deutsche Finanzzentrum am Main gestärkt. Allerdings fordern das anhaltende Niedrigzinsumfeld sowie die inzwischen erreichte Regulierungsdichte die Finanzplatzakteure weiter heraus.

Ungeachtet der Dominanz des Flüchtlingsthemas ab der zweiten Jahreshälfte: Das Jahr 2015 blieb auch für die Unternehmen am Finanzplatz Frankfurt mit Blick auf ihre spezifischen Rahmenbedingungen herausfordernd. Zwar wurde zu Jahresbeginn der drohende Grexit mit milliardenschweren Zugeständnissen der Geldgeber gerade noch einmal verhindert. Allerdings tut sich die Regierung in Hellas seither überaus schwer, die im Gegenzug zugesagten Konsolidierungs- und Reformschritte umzusetzen. Die Erwartungen der Euro-Zone und des IWF, insbesondere bei Strukturreformen im griechischen Steuer- und Rentensystem spürbar voranzukommen, erfüllten sich bislang noch nicht. Mithin schwelt die Krise in der Euro-Zone weiter.

Damit bleiben auf Sicht auch die historisch niedrigen Zinsen – Ausfluss der extrem expansiven Geldpolitik der EZB zur Krisenbewältigung – bestehen. Das jahrelange Zinstief in Europa belastet mittlerweile massiv die Ertragsseite der Banken, ebenso private Sparpläne. Es drückt auf Renditeversprechen von Lebensversicherern und verteuert betriebliche Altersvorsorgezusagen. So ist in Deutschland bereits jedes dritte Unternehmen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus von steigenden Pensionsrückstellungen betroffen – und kann entsprechend weniger investieren.

Zugleich bleiben die Regulierungsanforderungen an Finanzmarktakteure mit dem Ziel, zukünftige Krisenursachen einzudämmen, hoch. Zahlreiche Initiativen und Vorhaben wurden seitens Politik und Aufsicht im Jahr 2015 hierzu auf die Schiene gesetzt. Begrüßenswert ist in diesem Kontext deshalb, dass die EU seit Herbst 2015 Inkonsistenzen und Redundanzen im Regulierungskanon identifizieren will, um so Beeinträchtigungen der Unternehmensfinanzierung einzudämmen. In diesen Konsultationsprozess konnten Unternehmen der Finanzbranche über die IHK Frankfurt seither viele wertvolle Praxishinweise einspeisen. Positiv bleibt anzumerken, dass deutsche Unternehmen ein Jahr nach Gründung des Renminbi-Handelszentrums am Finanzplatz Frankfurt – dem ersten für die chinesische Währung im Euro-Raum – bei Geschäften mit Partnern aus dem Reich der Mitte zunehmend auf Zahlungen in dieser Auslandswährung setzen. Binnen Jahresfrist wurden von der Clearing-Stelle Zahlungen im Wert von fast 1,25 Billionen Renminbi, umgerechnet etwa 182,5 Milliarden Euro, abgewickelt – eine schöne, gleichwohl noch ausbaubare Entwicklung für den Finanzplatz, die die IHK konstruktiv und tatkräftig begleitet hat.



Unsere Filter sind wirklich so klein, bewirken aber Großes! So ist das auch mit meinem Engagement für die IHK, da wir dort bereits im Kleinen für unsere Branche Großes bewirken können und sich ein Einsatz vielfach auszahlt.

Andrea Eckert, MitinhaberIn, Weppler Filter GmbH

MOBILITÄT SICHERN UND INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

ANLIEGEN DER PENDLERHAUPTSTADT DEUTSCHLANDS

FrankfurtRheinMain ist einer der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte in Deutschland und sogar ganz Europas. Frankfurt ist zudem die Pendlerhauptstadt Deutschlands. Diese hohen Mobilitätsbedürfnisse gilt es zu befriedigen. Wichtig dafür sind bedarfsgerechte Verkehrswege für alle Verkehrsträger – Engpässe in der Infrastruktur müssen dringend beseitigt werden.

In FrankfurtRheinMain steigt das Verkehrsaufkommen, die Mehrheit der Menschen pendelt zur Arbeit. Dieser hohe Mobilitätsbedarf benötigt ein funktionierendes Verkehrssystem. Die Infrastruktur muss für alle Verkehrsträger bedarfsgerecht ausgebaut und Engpässe müssen beseitigt werden. Eine Abwicklung der Mobilität überwiegend auf der Straße ist in FrankfurtRheinMain nicht mehr möglich. Das an seine Kapazitätsgrenzen stoßende Schienennetz muss daher erweitert werden, insbesondere im ÖPNV. Zur Priorisierung sind aktuelle Nahverkehrspläne nötig. Zugleich muss die Straße für Auto- und Radfahrer weiter ertüchtigt werden.

Diese Problematik wurde auch in mehreren politischen Veranstaltungen und Fachkonferenzen thematisiert und in Positionspapieren verarbeitet. Durch die Broschüre „Weiterentwicklung der Verkehrswege“ wurde im Vorfeld der Kommunalwahl 2016 die Position der regionalen Unternehmerschaft verdeutlicht. Mit dem HMWEVL wurde die erste hessische Verkehrsumfrage durchgeführt und in einer Pressekonferenz vorgestellt. Bei einem Kaminabend hatte das Ehrenamt Gelegenheit, Verkehrsprobleme direkt mit dem hessischen Verkehrsminister zu besprechen.

Wirtschaftsverkehr wurde bei einer Fachkonferenz von regionalen Akteuren wie HOLM und Stadt Frankfurt diskutiert. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft wurde die Frage „Wieviel ÖPNV können wir uns leisten? Die zukünftigen Herausforderungen der Politik“ diskutiert. Bei der Gemeinschaftsveranstaltung mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain „Urbanes Leben und Lärm: Wieviel Lärm verträgt die Stadt?“ diskutierten regionale Akteure über das Spannungsfeld

zwischen Ruhebedürfnis und Urbanität in einer Großstadt. Lärmschutz wurde 2015 immer wichtiger. Für die Lärmaktionsplanung hat sich die ARGE mit einer Stellungnahme gegen eine unkoordinierte Ausweitung von Tempo 30 und Lkw-Durchfahrtsverbote positioniert und alternative Möglichkeiten zur Lärmreduzierung aufgezeigt. Auch der Flughafen Frankfurt spielt wegen der Einführung der geplanten Lärmobergrenze, aber auch des Baus des Terminals 3, dessen Schienenanbindung noch nicht geklärt, aber aus Sicht der IHK erforderlich ist, nach wie vor eine große Rolle in der politischen Arbeit der IHK.

Konsequenterweise ist die IHK mit einem Beratungsprogramm im Betrieblichen Mobilitätsmanagement und als Teilnehmer in der der Arbeitsgruppe Nahmobilität des HMWEVL für nachhaltige Mobilität aktiv.



UNTERNEHMEN GRÜNDEN HELFEN, FÖRDERN UND SICHERN

MIT RAT UND TAT FÜR UNSERE MITGLIEDER

Verzweigtes Netzwerk, große Expertise, wirkungsvolle Instrumente: Auf diese Erfolgsformel konnten sich Unternehmer auch 2015 wieder verlassen, wenn sie ihre IHK Frankfurt kontaktierten. Ob es um Gründungspläne, Finanzierungsfragen, Krisenprävention oder den Nachfolgeprozess ging – IHK-Experten vermittelten abermals vielen Neuunternehmern und Mittelständlern im persönlichen Gespräch sowie mit bewährten Veranstaltungsformaten und Netzwerkplattformen wichtige Unterstützung für die betriebliche Praxis.

Geht es um Unternehmensgründungen, fällt derzeit so mancher neidvolle Blick auf Berlin und dessen lebendige Start-up-Szene. Aber allen Unkenrufen zum Trotz: In der Riege der Flächenländer stand im Jahr 2015 Hessen – und hier insbesondere die vitale Metropolregion FrankfurtRheinMain – einmal mehr an vorderster Stelle bei den Gründungsaktivitäten. Zu Recht, denn nicht nur an der Spree, sondern auch an Main und Rhein besetzen Gründer und mittelständische Betriebe seit Jahren mit innovativen Produkten und Dienstleistungen lukrative Marktnischen, legen unternehmerischen Wagemut, Ideenreichtum, strategische Weitsicht, Agilität und Innovationskraft an den Tag. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat die Metropolregion FrankfurtRheinMain schon seit langem ihren Nimbus als das wirtschaftliche Kraftwerk der Bundesrepublik – mit unverändert guten Aussichten für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Bei all ihren Aktivitäten, Vorhaben und Plänen konnten sich die Unternehmen der Region auch im Jahr 2015 wieder auf ihre IHK stützen, die ihnen kenntnisreich, routiniert und unter Einbindung ihres dichten Expertennetzwerkes bei der Beantwortung betriebswirtschaftlicher Detailfragen, bei der Verwirklichung kreativer Geschäftsmodelle, bei der Bewältigung von Krisenphasen oder bei der Gestaltung ihrer Betriebsübergabe an die nächste Generation partnerschaftlich zur Seite stand.

Und dieses umfangreiche Leistungsangebot der IHK wurde auch im Jahr 2015 wieder rege nachgefragt – vor allem von kleinen und mittelgroßen Unternehmen: Nahezu 7.000 Start-ups suchten Rat und Informationen bei den IHK-Experten, etwa 1.000 Jungunternehmer absolvierten Module des IHK-Qualifizierungsprogramms aus Grundlagen- und Aufbau Seminaren, Businessplan-Workshops sowie Finanzierungs-, Fördermittel-, Patent- oder Nachfolgesprächtagen.

Abermals wurde im Jahr 2015 die bunte Servicepalette der IHK durch zahlreiche gut besuchte Veranstaltungen ergänzt: Beim 14. Frankfurter Symposium Compliance & Unternehmenssicherheit etwa standen im November die Themen Datensicherheit und Compliance Management im Fokus. Der 14. Mittelstandstag FrankfurtRheinMain hingegen vermittelte mit seinen zahlreichen Workshopangeboten sowie Diskussionsrunden – unter anderem zu den Themenkomplexen Digitalisierung, Markenführung, Unternehmensnachfolge oder Kapitalmarktfinanzierung – den Teilnehmern eine Fülle praxisrelevanter Anregungen und bot zugleich eine wertvolle Netzwerkplattform.

Ein Team mit 100 Taxen zu koordinieren, erfordert Disziplin, aber auch Vertrauen – nur so sind wir eine Mannschaft. Bei der IHK bin ich ehrenamtlich tätig, da ich dort genau diesen Teamgeist wiederfinde und meine Branche vor der Vollversammlung optimal vertreten kann.
Thomas Schmidt, Geschäftsführer, Taxi 68

AUS- UND WEITERBILDUNG: QUALIFIZIERUNG DURCHFÜHREN

INSTRUMENTE ZUR INTEGRATION ENTWICKELN

Vom Einstieg Geringqualifizierter in einen grundständigen Ausbildungsberuf bis hin zu Abschlüssen, die sich mit den Master-Abschlüssen an Hochschulen messen lassen können, reicht die Palette der Ausbildungs- und Qualifizierungsinstrumente, die das Geschäftsfeld Aus- und Weiterbildung für die Beschäftigten der IHK-Unternehmen in FrankfurtRheinMain vorhält. Auch wenn Anfang 2016 vielerorts Skepsis über die Integration der Zugewanderten in den Arbeitsmarkt herrscht: die Instrumente sind vorhanden, es gilt nun, Konzepte daraus zu entwickeln und mit der öffentlichen Förderung abzustimmen. Die IHK Frankfurt wird hierbei Motor und Plattform sein.

2015 erweiterte das Geschäftsfeld Aus- und Weiterbildung sein Beratungsangebot und setzte zwei Mitarbeiter als Fachkräfteentwickler im Rahmen des hessischen Förderprogramms ProAbschluss-Bildungscoach ein. In der Stadt Frankfurt und im Main-Taunus-Kreis sind sie als Außendienstberater unterwegs, um Unternehmen zum drohenden Fachkräftengpass zu informieren und sie zum Finden und Binden von Mitarbeitern zu unterstützen. Die beiden Bildungscoaches möchten vor allem Unternehmen motivieren, Geringqualifizierte zu Fachkräften zu entwickeln. Welche Weiterbildungsconzepte hierfür notwendig sind, wo es passende Angebote und Finanzierungsquellen gibt, gehört zu den zentralen Fragestellungen der Unternehmen. Mehr als 100 Unternehmen und ebenso viele Beschäftigte konnten sich bereits von dieser kostenfreien und neutralen Beratung überzeugen.

Die Attraktivität von beruflicher Bildung wird zukünftig besonders von einer qualitativ hochwertigen Ausbildung und einhergehenden Prüfungen bestimmt. Vor diesem Hintergrund hat der Berufsbildungsausschuss das Profil eines idealen Ausbilders und des idealtypischen Prüfers entwickelt. Bei den Neuberufungen in den kaufmännischen Ausbildungsberufen und in der Aufstiegsfortbildung ist dieses Profil bereits mitberücksichtigt worden: für die 230 neuen wie auch für die erfahrenen Prüferinnen und Prüfer sind wieder zahlreiche Schulungen und Workshops angeboten worden. Damit sich die Qualität in den Berufsschulen weiter entwickelt, hat die IHK Frankfurt mehrere Positionspapiere zur Zukunft der Beruflichen Schulen verabschiedet. Sie fußen auf Umfrageergebnissen, die die im bundesweiten Vergleich



Wenn der Beruf zur Berufung wird, haben wir alles richtig gemacht. Dann haben wir als Unternehmen und als IHK erreicht, dass jeder die Leistung des Anderen wertschätzt und alle an einem Strang ziehen. Das vorzuleben sehe ich als eine meiner wichtigsten Aufgaben.

Karen Hoyndorf, Geschäftsführerin Personal,
Compass Group Deutschland

zahlreiche Verbesserungsansätze für den Bezirk der IHK Frankfurt zutage treten lassen. Diese werden in die Schulentwicklungsplanung, die 2016 für den Beruflichen Schulen in Frankfurt ansteht, und in die Diskussion um überregionale Fachklassen in Hessen einfließen.

UNTERNEHMENSRECHT UND FAIRER WETTBEWERB

WIRTSCHAFTSFREUNDLICHE REGELUNGEN FINDEN



Die IHK Frankfurt setzt sich durch Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben für wirtschaftsfreundliche Regelungen ein. Die Online-Informationen und das persönliche Beratungsangebot werden vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen intensiv genutzt.

Nach langen Verhandlungen haben sich die EU-Kommission, das Europäische Parlament und der Rat Ende Dezember auf einen endgültigen Wortlaut der EU-Datenschutz-Grundverordnung geeinigt. Mit ihr wurde ein europaweit einheitliches Datenschutzrecht geschaffen, welches Auswirkungen auf die gesamte Datenschutzpraxis haben wird. Neben umfassenden Informationspflichten sieht sie u. a. strenge Sanktionsvorschriften vor. Unternehmen sollten daher die zweijährige Übergangszeit bis zu ihrem Inkrafttreten nutzen, um datenschutzrechtliche Prozesse an die Neuerungen anzupassen. Hierbei werden sie von der IHK Frankfurt unterstützt.

Die UWG-Novelle ist im Dezember 2015 in Kraft getreten. Sie setzt die EU-Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken nunmehr europarechtskonform um. Die IHK-Organisation konnte einige Änderungen des Entwurfs erreichen. So wurde insbesondere auf eine Generalklausel für B2B-Geschäfte verzichtet, die missverständlich geregelt war und die zu erheblicher Rechtsunsicherheit geführt hätte.

Mit einem Gesetzesentwurf zum Urhebervertragsrecht soll ein fairer Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten erreicht werden. Der Gesetzesentwurf weist allerdings Regelungslücken und Nachbesserungsbedarf auf. Die IHK-Organisation hat insbesondere ein Rückrufrecht des Urhebers nach fünf Jahren kritisiert. Dies schadet der Planungssicherheit z.B. von Verlagen, die das alleinige unternehmerische Risiko tragen.

Seit Inkrafttreten der ODR-Verordnung müssen Online-Händler, die ihre Waren oder Dienstleistungen Verbrauchern anbieten, auf ihren Websites einen leicht zugänglichen Link auf eine Schlichtungs-Plattform einstellen. So soll eine schnelle und kostengünstige außergerichtliche Streitbeilegung angeboten und Verbrauchern insbesondere bei grenzüberschreitenden Geschäften Vertrauen vermittelt werden.

Auch 2015 hat sich die IHK Frankfurt gemeinsam mit dem Deutschen Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität dafür eingesetzt, ihre Mitglieder vor unseriösen Anbietern von Adress- und anderen Datenverzeichnissen zu schützen. Es wurden zahlreiche Prozesse geführt, einigen unseriösen Unternehmen konnte so das Handwerk gelegt werden. Die Musteranfechtungserklärung der IHK war auch im vergangenen Jahr eine häufig besuchte Internetseite.

Zu allen wirtschaftsrelevanten Rechtsgebieten bietet die IHK – neben der individuellen Beratung und umfangreichen Internetinformationen – Informationsveranstaltungen an. Ein Highlight ist die jährliche Veranstaltung zu den aktuellen Entwicklungen des Internetrechts mit Prof. Dr. Hoeren. Weitere Veranstaltungen gibt es regelmäßig zum gewerblichen Rechtsschutz, zum Gesellschaftsrecht sowie zum Arbeitsrecht.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT INTERNATIONAL FÖRDERN

VON GESCHÄFTSCHANCEN WELTWEIT PROFITIEREN

2015 war für die hessische Exportwirtschaft erneut ein erfolgreiches Jahr. Die Ausfuhren stiegen um 2,6 Prozent und erreichten mit 60 Milliarden Euro eine neue Rekordmarke.

Mit zahlreichen Veranstaltungen hat die IHK Frankfurt den Blick auf Märkte gelenkt, in denen sich neue Chancen auftun. So beim Hessischen Außenwirtschaftstag und der Verleihung des Hessischen Exportpreises: Insgesamt 700 Unternehmensvertreter nutzten dieses Angebot zur Information in Workshops und Panels zur Beratung durch die Experten von über 40 AHKs und zum umfassenden Networking. Gerade Asien bietet weiter interessante Wachstumschancen, die wir mit einer Reihe von Veranstaltungen zu Korea, Japan, China und Südostasien aufzeigten. Highlight war dabei das deutsch-vietnamesische Wirtschaftsforum mit Staatspräsident Truong Tan Sang.

Marktchancen im europäischen Umfeld beleuchteten Veranstaltungen zu Österreich, Spanien und zur Türkei. Bei einem Roundtable mit dem italienischen Justizminister Andrea Orlando konnten sich Unternehmer aus erster Hand über das Reformprogramm der italienischen Regierung informieren. Der Wirtschaftstag Malta mit Premierminister Joseph Muscat beleuchtete einen kleinen, aber interessanten Standort am Rande der EU. Schwierig bleibt der russische Markt. Den hohen Informationsbedarf hat die IHK mit dem Wirtschaftsforum Russland und weiteren Veranstaltungen aufgegriffen.

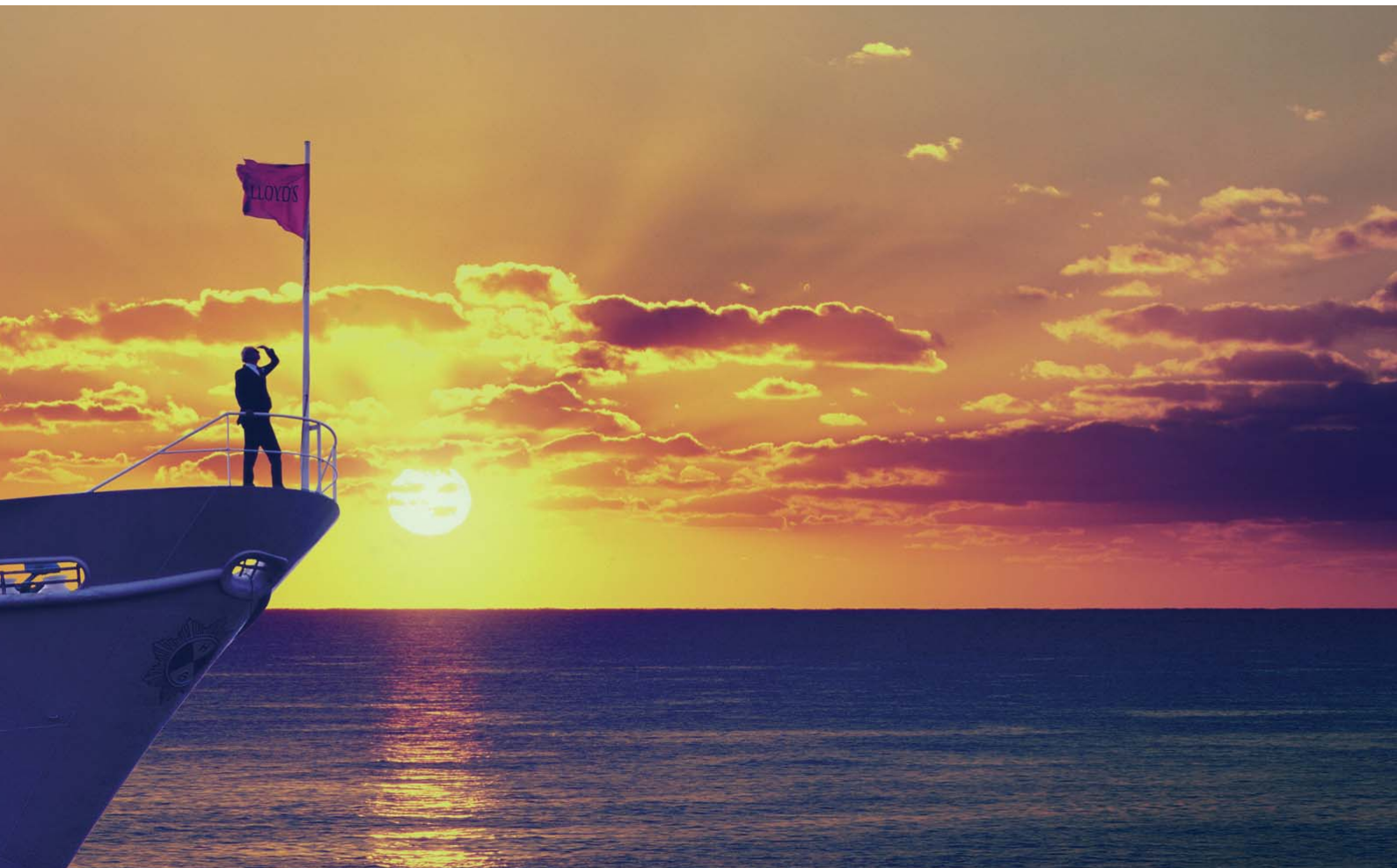
Die IHK Frankfurt ist zudem seit diesem Jahr Teil des europaweiten Enterprise Europe Network (EEN) und kann KMUs noch umfassender in allen Fragen der Internationalisierung unterstützen. Durch den Zugriff auf EU-weite Datenbanken werden Unternehmen konkret bei der Suche nach Kooperationspartnern unterstützt.

Eine Messebeteiligung ist oft eine gute Möglichkeit, einen Auslandsmarkt zu erkunden oder verstärkt zu bearbeiten. Die IHK Frankfurt bewarb und betreute in Kooperation mit der HTAI die hessischen Gemeinschaftsstände auf der INTERSEC und der BIG 5 SHOW in Dubai. Berufsbildung und Fachkräftesicherung sind Themen, die spürbar auch im internationalen Kontext an Bedeutung gewinnen. Bei der Deutsch-



Chinesischen Karrieremesse kamen rund 850 chinesische Absolventen deutscher Universitäten mit zahlreichen deutschen und chinesischen Unternehmen ins Gespräch.

Bei der Abwicklung des Auslandsgeschäfts steht die Beglaubigungsstelle den Unternehmen zur Seite, u.a. mit knapp 40.000 Ursprungszeugnissen und Beglaubigungen, zahlreichen Einzelberatungen und einem umfassenden Seminarprogramm zu Zollthemen. Intensiv wurde im Zuge der Einführung des neuen Unionszollkodex die Erstellung der dazugehörigen Durchführungsrechtsakte mitbegleitet, wodurch



verschiedene bürokratische Erschwernisse für Unternehmen abgewendet werden konnten.

Eine Branche, die traditionell intensive Auslandsbeziehungen unterhält und als Bindeglied zwischen produzierenden Unternehmen und dem Einzelhandel eine Schlüsselrolle spielt, ist der Groß- und Außenhandel. Der Jour Fixe Großhandel bot auch dieses Jahr wieder einen Branchentreff, bei dem sich Unternehmen über aktuelle Entwicklungen informieren und austauschen konnten.

Um international handeln zu können, braucht man Partner über Grenzen hinaus. Die Risiken dabei wollte man sich schon immer teilen. So sind Versicherungen entstanden. Die IHK bietet für mich nicht nur eine optimale Vernetzung unserer Branche, sie kümmert sich auch um eine der besten Versicherungen überhaupt: eine gute Ausbildung.

Jan Blumenthal, Hauptbevollmächtigter für Deutschland,
Lloyd's Versicherer London

WISSENSREGION AUSBAUEN

DIALOG IN NETZWERKEN FÖRDERN

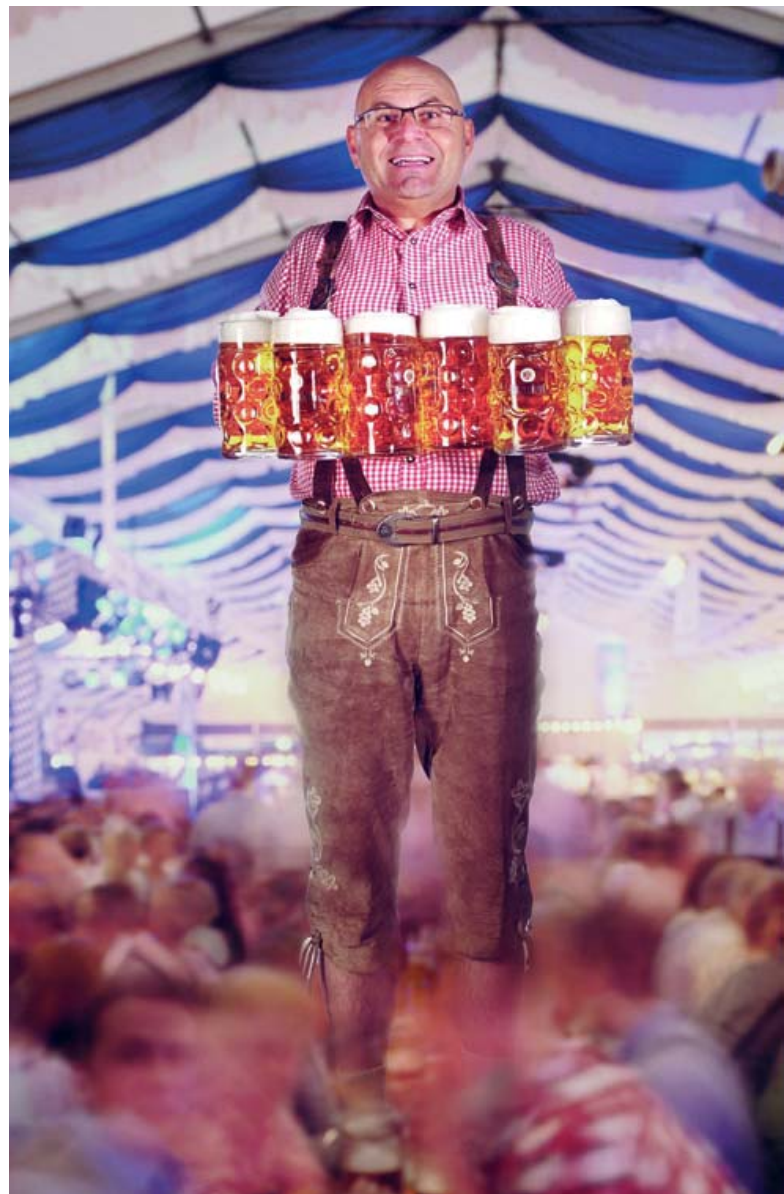
Die Wissensregion FrankfurtRheinMain ist geprägt durch eine Vielzahl von Hochschulen, Forschungs- und Kultureinrichtungen sowie Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungszentren. Wissen, Kreativität und Können der Arbeitskräfte, Innovationskraft von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Netzwerke zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind die Treiber für Wertschöpfung und Wohlstand der Region. Mit ihren Beratern fördert die IHK den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen.

Die Wissensinfrastruktur in der Region FrankfurtRheinMain bietet beste Voraussetzungen für die Bildung von Clustern. So sind in der Region derzeit 30 Hochschulen an 39 Standorten, sieben Max-Planck-Institute, fünf Leibniz-Institute, vier Fraunhofer-Institute sowie ein Helmholtz-Zentrum tätig. Darüber hinaus sind etwa 80 zum Teil weltweit tätige Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen angesiedelt. Schließlich gibt es mit dem „House of Finance“, dem „House of IT“, dem „House of Logistics and Mobility“, dem „House of Pharma & Healthcare“ sowie dem „House of Clean Energy“ fünf interdisziplinäre Forschungszentren. Darüber hinaus verfügt FrankfurtRheinMain über zahlreiche starke Cluster- und Netzwerkinitiativen.

Vor diesem Hintergrund engagieren wir uns gemeinsam mit dem Regionalverband FrankfurtRheinMain und der Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain in der Initiative Wissensregion FrankfurtRheinMain. Wir arbeiten federführend an der Fortschreibung der Kernprodukte der Initiative mit: Der Wissensatlas stellt die Highlights der Wissensregion vor und die Wissensbilanz zieht einen Vergleich zu den anderen deutschen Metropolregionen. Darüber hinaus moderiert die IHK Frankfurt am Main den Think Tank, das Netzwerk der Wissensregion.

Mit der Verleihung des Hans-Messer-Preises am 5. Februar 2015 und der Verleihung des Dissertationspreises am 25. November 2015 hat die IHK Frankfurt auch 2015 wieder die Exzellenz der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung an den Hochschulen gewürdigt und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht. So konnten sich bei den beiden Veranstaltungen insgesamt fast 300 Teilnehmer von der Leistungsstärke der Frankfurt University of Applied Sciences und der Goethe-Universität überzeugen.

Nach dem großen Erfolg in 2013 fand am 24. Februar 2015 die zweite Lean-Konferenz der IHK Innovationsberatung Hessen statt. Mehr als 250 Teilnehmer kamen auch dieses Mal in der IHK Frankfurt zusammen, um über die Chancen und Herausforderungen bei der Einführung von Lean in den Geschäftsbereichen Administration, Office und Services zu diskutieren. Dies erfolgte im Rahmen von Impulsvorträgen, Podiumsdiskussionen, zwei parallelen Vortragsessions und einer Begleitausstellung. Ziel der Veranstaltung war, Erfolgsbeispiele für die Einführung von Lean in Unternehmen aller Größenordnungen zu präsentieren und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen für das Thema Lean zu begeistern. Eine Fortführung der Veranstaltungsreihe im Jahr 2017 ist geplant.



NEUE MITGLIEDER

WILLKOMMEN IM KREIS DER UNTERNEHMER

Neue IHK-Mitgliedsunternehmen sind eine wichtige Zielgruppe für die IHK Frankfurt. Sie stehen im Fokus unserer Arbeit. Wir bauen die Hemmschwelle der neuen Mitglieder ab, in Kontakt mit der IHK Frankfurt zu treten. So begeistern sich neue IHK-Mitglieder für auch für eine Mitarbeit im Ehrenamt.

Mit einem Begrüßungspaket für neue Mitglieder heißen wir sie im Kreise der Unternehmer herzlich willkommen. Im Jahr 2015 haben wir rund 12 000 neue Mitgliedsunternehmen angeschrieben. Neben der ersten Kontaktaufnahme informieren wir die neuen Mitglieder auch über die Dienstleistungen und Aufgaben der IHK Frankfurt. Mit der beigelegten Einwilligungserklärung können sie uns Beratungsbedarf und Interesse an weiteren Informationen zurückmelden. Ziel ist eine höhere Nutzung von IHK-Produkten. Die neuen Mitglieder sollen „Dauernutzer“ werden.

Bereits vor einigen Jahren hat die IHK Frankfurt die Veranstaltung „New Kammer“ begründet, die zweimal im Jahr stattfindet. Hier werden neue Mitgliedsunternehmen eingeladen, die in lockerer Runde in einer Art „Speed Dating“ die IHK-Abteilungen und ihre Leistungen kennenlernen und sich untereinander und mit IHK-Mitarbeitern vernetzen können.

Um auch neue Mitglieder in den Landkreisen Main-Taunus und Hochtaunus anzusprechen, finden dort zweimal im Jahr Unternehmer-

frühstücke statt. Die dort ansässigen Unternehmerinnen und Unternehmer kommen so in Kontakt mit IHK-Vertretern und mit anderen Mitgliedsunternehmen. Eingeladen sind neue Unternehmen und Geschäftsführer der letzten fünf Jahre. Im Schnitt nehmen rund 60 Personen teil. Die Frühstücke finden bei einem Mitgliedsunternehmen statt. Nach einer Begrüßung durch die IHK spricht ein Gastredner aus dem Kreis der Unternehmen. Im Jahr 2015 waren wir bei der Deutschen Leasing AG in Bad Homburg und in den Häusern der Mode in Eschborn zu Gast. Redner waren Rainer Weis, Mitglied des Vorstandes, Deutsche Leasing AG und Alexander Socher, Centermanager, Häuser der Mode Eschborn.

Mit Führungen durch das IHK-Gebäude, an denen sowohl neue Mitgliedsunternehmen als auch andere Gäste teilnehmen können, sorgen wir für einen ungezwungenen Erstkontakt. Die einstündige Tour durch das Haus zeigt die IHK-Unterstützung im unternehmerischen Alltag und die historische Bedeutung des Gebäudes. Immerhin hat Ludwig Erhard hier die Soziale Marktwirtschaft begründet, und die Entwicklung der Frankfurter Börse, die das IHK-Gebäude über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt macht, ist für viele eine ebenso spannende Geschichte. Exklusiv besichtigen können die neuen Mitglieder den Plenarsaal und das Präsidiumszimmer. So lernen sie nicht nur die Tradition des Hauses der Frankfurter Wirtschaft, sondern auch die Räumlichkeiten kennen, in denen das Parlament der Wirtschaft tagt – und wo sie sich künftig vielleicht selbst engagieren werden.

Bier bringt Menschen zusammen, weltweit. Für mich ist Bierbrauen deshalb viel mehr als ein Handwerk: Es ist eine Berufung. Und wie das Bier die Menschen an einen Tisch bringt, so verbindet die IHK Menschen mit Berufung.

Otto Johannes Völker, Vorstand, Binding-Brauerei AG

DIGITALE VERNETZUNG UND E-BUSINESS FÖRDERN

GUT VERNETZT IN DIE ZUKUNFT

Internetvernetzung und Sensoren in sämtlichen Geräten des Alltags verändern Prozesse und Verhalten in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Entwicklungen in den Bereichen Industrie 4.0, Cloud Computing oder Big Data krempeln ganze Branchen um. Den Menschen und sein digitales Verhalten zu verstehen ist eine Voraussetzung für optimale Services und Produkte und damit für digitalen Erfolg. Hier bietet die IHK mit dem BIEG Hessen einen Ansprechpartner für sämtliche Fragen rund um Online-Marketing, Social Media und E-Commerce.

Auf zwei Großveranstaltungen mit jeweils über 400 Teilnehmern konnten sich Unternehmen über die neuesten Online-Strategien und deren Umsetzung informieren. Zum einen auf dem 11. Online-Marketing-Tag am 14. Juli 2015, der vor allem die Themen Suchmaschinenoptimierung und Webseitengestaltung behandelte. Zum anderen auf dem Social Media Day am 2. Dezember 2015, bei dem es um Facebook, Youtube und Contentmarketing ging.

Ein weiteres Highlight im Veranstaltungsprogramm am 26. November trug den Titel „Die Weltwirtschaft im Datenrausch“ und beleuchtete das Spannungsfeld zwischen Big Data-Nutzung und Datenschutz. Den 100 Teilnehmern wurde insbesondere die Relevanz von Kundendaten im Endkundengeschäft verdeutlicht.

Rund 200 Unternehmen bewarben sich um den Hessischen Website Award 2015. Der Preis zeichnete Unternehmenswebseiten mit funktionalem Design, klarer Zielgruppenansprache und wertvollen Inhalten aus. Die Preisträger wurden am 7. Oktober auf einer feierlichen Preisverleihung geehrt. Der erste Platz ging an das Unternehmen Fischmaster IP-Services GmbH aus Trebur mit der Webseite www.fischmaster.net.

Genauso wie die Bundesbank für einen stabilen Geldwert steht, steht die IHK für mich für eine solide Ausbildung. Aus diesem Grund engagiere ich mich in der IHK.

Diana Rutzka-Hascher, Präsidentin der Hauptverwaltung in Hessen, Deutsche Bundesbank





LANDESPOLITIK AKTIV BEGLEITEN

DIE BEDEUTUNG DER KAMMERORGANISATIONEN

Die Zukunftsfähigkeit Hessens weiterzuentwickeln und zu stärken ist eine der wesentlichen Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft hessischer IHKs. Diesem Auftrag verpflichtet werden ihre ehren- und hauptamtlichen Vertreter auch in 2016 den Sachverstand der Wirtschaft in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen und zentrale Ansprechpartner und Berater für die Landespolitik und die öffentliche Verwaltung in wirtschaftspolitischen Belangen sein.

Für Mitte 2016 steht insbesondere die Vorbereitung einer Halbbilanz zur Arbeit der Hessischen Landesregierung an. Dabei wollen die IHKs einerseits eine Bewertung der ersten Hälfte der Legislaturperiode vornehmen und andererseits eine Fokussierung nach vorne einleiten: was kann realistisch in den verbleibenden zwei Jahren noch erreicht werden? Das Papier soll im Frühsommer 2016 von allen IHK-Vollversammlungen in Hessen beschlossen und anschließend der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Auf diese Weise wollen die ehren- und hauptamtlichen Vertreter der zehn hessischen IHKs eine legitimierte Position zu den aktuellen Themen gewinnen und sich in einen möglichst zielgenauen Dialog mit der Politik begeben.

Auch im Jahr 2015 haben sich die hessischen IHKs zu einer Vielzahl von Gesetzesvorhaben und Strukturierungsmaßnahmen als Stimme der hessischen Wirtschaft in den politischen Diskurs eingebracht. In zahlreichen Gremien auf Landesebene hat die ARGE die Belange der Unternehmen vertreten: Asylkonvent, Bündnis für Ausbildung, Bildungsgipfel, Fortsetzung Energiegipfel, Integrationskonferenz, Nachhaltigkeitskonferenz, Allianz für Wohnen.

Für eine Förderung des Dialogs mit der Politik stehen außerdem beispielhaft die Veranstaltungsformate Hessischer Außenwirtschaftstag und Exportpreis, Landesbestenehrung in der Weiterbildung und ein Kamingespräch mit Wirtschaftsminister Al-Wazir zur Infrastrukturfinanzierung. Mitte des Jahres fand in Wiesbaden die dritte Gemeinschaftsveranstaltung der hessischen Kammerorganisationen für die Vertreter der hessischen Landespolitik statt. Insbesondere von Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka als auch von Ministerpräsident Volker Bouffier war viel Lob und Anerkennung zur Arbeit der hessischen IHKs zu hören. Das Format ist eine gelungene Selbstdarstellung der Kammern in Form eines öffentlichen Dialogs und es ist eine überaus effektive Veranstaltung, um den Stellenwert der Kammerarbeit quer über alle politischen Lager hinweg zu verdeutlichen.



Wenn uns die Elemente überwältigen, genügt es nicht, die Arme auszubreiten! Versicherer haben die Aufgabe, ihre Kunden vor den finanziellen Folgen zu schützen. Als langjähriger CEO der Helvetia habe ich diese Aufgabe ebenso als Verantwortung empfunden wie mein Engagement in der Selbstverwaltung der IHK.

Prof. Dr. Wolfram Wrabetz, Geschäftsführer,
Helvetia Versicherungs- und Finanzdienstleistungsvermittlung GmbH, Frankfurt am Main



WIRTSCHAFTSPOLITIK: INTERESSEN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT VERTRETEN

UNTERNEHMER FORMULIEREN IHRE POSITIONEN

Die IHK ist die Stimme der gewerblichen Wirtschaft: Mit maßgeblicher Unterstützung des Ehrenamtes erfüllt sie als Mittler zwischen Politik und Wirtschaft ihren wirtschaftspolitischen Auftrag. Von der europäischen Wirtschaftspolitik über die Bundes- und Landesebene bis hin zur Kommunalwahl, mit der im Jahr 2016 in Hessens Kommunen die Weichen neu gestellt werden: Auch in politisch stürmischen Zeiten setzt sich die IHK für bessere Rahmenbedingungen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes ein.

Die Griechenland-Krise, die Flüchtlingsmigration, Krisenherde im Nahen Osten sowie die Diskussion um den möglichen Brexit: Politik befindet sich gefühlt in einem ständigen Krisenmodus. Auf der anderen Seite: Überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum, stetig sinkende Arbeitslosenzahlen, Rekordbeschäftigung und rekordverdächtige Steuereinnahmen. In diesen ambivalenten Zeiten ist eine fundierte Politikberatung wichtiger denn je. Als Stimme der gewerblichen Wirtschaft informiert die IHK ihre Mitgliedsunternehmen über die verschiedenen Entwicklungen und berät die Politik zu Chancen und Herausforderungen.

Den Puls der Wirtschaft fühlt die IHK beispielweise mit den regelmäßigen Konjunkturumfragen, an denen sich fast 3.000 Unternehmen im Kammerbezirk beteiligen: Wie können mehr Investitionen in der Region ausgelöst werden, welche Rahmenbedingungen sind für einen wachsenden Arbeitsmarkt erforderlich, was sind die größten Risiken für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung? Die Erkenntnisse aus

diesen Umfragen fließen unter anderem in die bundespolitische Positionierung der IHK-Organisation ein, die zur Halbzeit der Legislaturperiode 2015 mit starker Beteiligung des Ehrenamtes weitgehend aktualisiert wurde.

Umfassend brachte sich die IHK Frankfurt am Main auch in den Dialog im Vorfeld der Kommunalwahlen 2016 ein. Hierzu wurden die Entwicklungen in insgesamt 14 übergreifenden Themenfeldern analysiert. Mit Blick auf die Herausforderungen in den Kommunen fand 2015 ein umfassender Austausch mit den Wirtschaftsförderern und politisch Verantwortlichen vor Ort statt. Ergebnis dieses Prozesses sind die „Wirtschaftspolitischen Positionen der IHK Frankfurt am Main zur Kommunalwahl 2016“. Dieser Forderungskatalog ist Grundlage für den Austausch mit den politisch Verantwortlichen zur Weiterentwicklung der Region – auch über den Wahltag hinaus. Dazu zählt auch das sommerliche Format „Wirtschaft trifft Politik“, mit dem die IHK Frankfurt am Main eine jährliche Plattform zur wirtschaftspolitischen Vernetzung in den Landkreisen anbietet.

Zur Halbzeit der Legislaturperiode wird im Jahr 2016 die Landespolitik verstärkt im Fokus stehen. Integration im Zuge der Flüchtlingsmigration, Finanzpolitik in Zeiten der Schuldenbremse sowie Bildungspolitik vor dem Hintergrund steigender Kompetenzanforderungen sind nur einige der Themen, zu denen die IHK Frankfurt am Main im Dialog mit der Landespolitik steht.

Ich möchte für mich in Anspruch nehmen, dass der Slogan ‚Beruf ist Berufung‘ in meinem Fall ganz besonders zutrifft. Wenn man seinen beruflichen Weg gefunden hat, dann soll man ihn mit aller Kraft gehen. Das ist meine Nachricht an alle jungen Menschen: Fühlt euch berufen!
Stefan Messer, CEO und Eigentümer, Messer Group GmbH



MITGLIEDER- UND KUNDENBEZIEHUNGSMANAGEMENT

DIGITALISIERUNG TREIBT MITGLIEDER-KOMMUNIKATION



Die Digitalisierung treibt die Mitglieder-Kommunikation. Nach den Vorarbeiten in den vergangenen Jahren zur Ertüchtigung der IHK-Kundendatenbank kommen nun wesentliche neue Instrumente zur Intensivierung der Mitgliederbindung zum Einsatz.

Neben den Unternehmerinnen und Unternehmern selbst wird zunehmend häufiger die zweite und dritte Führungsebene als Zielgruppen der IHK-Kommunikation mit einbezogen. So werden die Beratungs- und Veranstaltungs-Angebote stärker an beispielsweise die IT-Spezialisten, Personalverantwortlichen, Marketing-Leiter herangezogen. Denn nicht allein der Chef des Unternehmens bzw. der Betriebsinhaber, sondern alle Ebenen und Funktionsträger eines Unternehmens bestimmen über den Erfolg von Innovationen und die Umsetzung von neuen Geschäftsentwicklungen.

Die IHK-Mitglieder stellen zunehmend unterschiedliche Anforderungen an die IHK. Die IHK muss sich diesen Interessen-Entwicklungen rechtzeitig anpassen und neue Themen und Perspektiven in ihr Produktangebot aufnehmen. Das richtige Angebot ist für die richtige Zielgruppe bereitzustellen.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung kommen dabei immer besser zum Einsatz. Datenbankgestützte Lösungen für Web-Auftritt, Online-

Newsletter, mobile Produktapplikationen werden weiter optimiert, das Zusammenwirken der verschiedenen Instrumente und Konzepte wird ständig weiterentwickelt.

Heute kann die IHK zielgerichteter auf Wünsche ihrer Mitglieder reagieren, die Nachfrage nach den einzelnen Dienstleistungen ihres Portfolios besser verfolgen und damit schneller bedarfsgetrieben auf thematische Interessen reagieren.

Neben den digitalen Kommunikationskanälen Antrieb steht bei der IHK Frankfurt weiterhin der persönliche Mitglieder-Kontakt im Vordergrund. 2015 gab es 70 Großveranstaltungen in der IHK Frankfurt, was bei den Mitgliedern zu dem Eindruck beiträgt, dass das Haus am Börsenplatz der zentrale Treffpunkt der Wirtschaft in der Region ist. Das Beratungsangebot der IHK Frankfurt ist mit 64 Beratungsfeldern sehr vielfältig und begründet sich darin, angehenden und etablierten Unternehmen in jedem Stadium ihrer unternehmerischen Tätigkeit eine individuelle und neutrale Hilfestellung zu geben. Im Jahr 2015 wurden über 52.000 Beratungen in Anspruch genommen, darunter 18.000 Beratungen zu Rechts- und Steuerfragen, 5.000 Beratungen zu Firmeneinträgen im Handelsregister, 5.000 Beratungen zu Firmengründungen, Existenzsicherung und Krisenprävention, 2.200 Beratungen zur Dualen Ausbildung und 450 im Rahmen von Weiterbildungen.

IHK-JAHRESABSCHLUSS

LAGEBERICHT

45

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
2. Ausgewählte Schwerpunkte und wesentliche Projekte
 - Landespolitik aktiv begleiten – Interessen der gewerblichen Wirtschaft vertreten
 - Aus- und Weiterbildung – Qualifizierung verbessern
 - Metropolregion FrankfurtRheinMain – Wirtschaftsstandort entwickeln und profilieren
 - Wirtschaft digital – Voraussetzungen für Industrie 4.0 schaffen
 - Integrierte Stadtentwicklung – Anforderungen formulieren
 - Finanzplatz – fördern und gestalten
 - Internationalität des Wirtschaftsstandortes – von Geschäftschancen weltweit profitieren
3. Geschäftsentwicklung
 - Umsatz- und Ergebnisentwicklung
 - Vermögens- und Finanzlage
 - Investitionen
 - Personal
 - Vereinbarkeit von Beruf und Familie / Diversity
 - Personalentwicklung / Fach- und Führungsnachwuchs / Betriebliche Ausbildung
 - Gesundheitsmanagement
4. Chancen- und Risikobericht
5. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
6. Aktueller Ausblick und Entwicklungen

BILANZ | ANLAGENSPIEGEL

62

ERFOLGSRECHNUNG

64

FINANZRECHNUNG

65

ANHANG

66

BESTÄTIGUNGSVERMERK

82

LAGEBERICHT 2015

1. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die globale Wirtschaft verzeichnete erneut ein Wachstum, entwickelte sich allerdings zögerlicher als erwartet. Positive Impulse kamen vor allem aus den USA und einigen sich erholenden Schwellenländern. Dämpfend auf die Weltwirtschaft wirkten die geopolitischen Konflikte und die schwächere Dynamik der Schwellenländer in Südamerika, aber vor allem in Russland und China. Die Konjunktur im Euro-Raum erholte sich zwar mit einem Wirtschaftswachstum um 0,6 Prozentpunkte auf 1,5 Prozent, jedoch verliefen die Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsländern durchaus unterschiedlich. Die Bewältigung der Staatsschuldenkrisen und der Weg hin zu Strukturreformen blieben weiterhin die großen Herausforderungen, und durch die Flüchtlingsmigration ergaben sich für Europa kurzfristig ganz neue wirtschaftliche und politische Anforderungen.

Trotz dieser globalen Unsicherheiten war die konjunkturelle Lage in Deutschland durch ein stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Diese Entwicklung wurde durch den niedrigeren Ölpreis, die Euro-Schwäche und die historisch niedrigen Zinsen begünstigt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt um 1,7 Prozent höher als im Vorjahr und war mit 1,6 Prozentpunkten nahezu vollständig auf die Binnenkonjunktur zurückzuführen. Ausschlaggebend waren höhere Einkommen infolge eines verstärkten Beschäftigungsanstiegs, spürbare Verdienstzuwächse und Kaufkraftgewinne aufgrund der niedrigeren Rohölnotierungen. Der deutsche Außenhandel konnte seine Aufgabe als klassischer Konjunkturstimulator wegen der Entwicklungen auf den Weltmärkten nur unzureichend erfüllen. Für die deutsche Industrie wirkten die Wachstumsschwäche in China und der Umbau der Wirtschaft von einer investitions- und exportbasierten zu einer konsumorientierten Volkswirtschaft belastend. Wichtige Handelspartner wie Russland befanden sich in der Krise, aus der sie auch nur allmählich herauswachsen können. Dennoch konnte die wettbewerbsstarke Industrie die Exporte leicht steigern und das Wachstum des Außenbeitrags zum BIP war, auch wenn aufgrund ähnlich dynamischer Importe seit 2013 kein reales Wachstum möglich ist, positiv und lag bei plus 0,2 Prozentpunkten. Im Gegensatz dazu sanken die Bruttoinvestitionen aufgrund der Verunsicherungen durch die internationalen Konflikte mit insgesamt minus 0,1 Prozentpunkten.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland entwickelte sich positiv. Im Jahresdurchschnitt wurde die Wirtschaftsleistung erstmals von mehr als 43 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Wie schon in Vorjahren hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärker zugenommen und die Zahl der Arbeitslosen ging im Vorjahresvergleich um 104.000 Personen zurück und die Arbeitslosenquote sank um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 Prozent.

Der Staatssektor – Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – war weiter auf Konsolidierungskurs und beendete das Jahr nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 16,4 Milliarden Euro. Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen errechnet sich für 2015 daraus eine Überschussquote von +0,5 Prozent. Damit kann der Staat den neuesten Berechnungen zufolge das zweite Jahr in Folge mit einem Überschuss abschließen.

In Hessen verlief die konjunkturelle Entwicklung ähnlich wie im Bund. Im ersten Halbjahr wurde nach den vorläufigen Zahlen mit einem Wachstum des BIP um 1,4 Prozent exakt der Wert auf Bundesebene erreicht. Die Ergebnisse des Konjunkturberichtes der Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs im Herbst 2015 deuten darauf hin, dass dieses Niveau beibehalten und für das Gesamtjahr voraussichtlich noch leicht ausgebaut werden könnte.

Die Wirtschaft im IHK-Bezirk Frankfurt – Stadt Frankfurt, Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis – entwickelte sich ebenfalls durchweg positiv. Allein im IHK-Bezirk Frankfurt sind auf knapp einem Zwanzigstel der Fläche Hessens rund

30 Prozent aller Arbeitnehmer beschäftigt und erwirtschaften hier ein Drittel der Bruttowertschöpfung des Landes. Der IHK-Geschäftsklimaindex, dem eine Umfrage bei rund 2.500 Unternehmen, die in der Regel in das Handelsregister eingetragen sind und eine Mindest-Betriebsgröße von 20 Beschäftigten ausweisen, zugrundeliegt, konnte über das Jahr hinweg auf hohem Niveau um drei Punkte zulegen und auch der Arbeitsmarkt entwickelte sich durchaus positiv. Sowohl in der Stadt Frankfurt als auch im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis war ein starker Abwärtstrend bei der Arbeitslosenquote zu beobachten. So verzeichnete die Stadt Frankfurt eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 6,8 Prozent (2014: 7,3 Prozent), und der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis strebten mit Quoten von 3,6 Prozent (2014: 4,0 Prozent) und 3,9 Prozent (2014: 4,2 Prozent) in Richtung Vollbeschäftigung.

2. AUSGEWÄHLTE SCHWERPUNKTE UND WESENTLICHE PROJEKTE

LANDESPOLITIK AKTIV BEGLEITEN – INTERESSEN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT VERTRETEN

Die Landespolitik beeinflusst maßgeblich die Standortbedingungen der Unternehmen vor Ort. Daher bleibt ein ständiger Schwerpunkt der Tätigkeiten die Politikberatung. Die Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs bringt sich regelmäßig zu einer Vielzahl von Gesetzesvorhaben und Strukturierungsmaßnahmen als Stimme der hessischen Wirtschaft in den politischen Diskurs ein.

Die Unternehmen in Hessen sind auf eine gut ausgestattete Infrastruktur und auf handlungsfähige Kommunen angewiesen. Falsche Anreize werden jedoch mit der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs gesetzt. Deswegen haben die hessischen IHKs in einer ausführlichen Stellungnahme die Solidaritätsumlage kritisiert und eine Überprüfung gefordert. Die Umlage kann dazu führen, dass Kommunen, die ohne Zahlung der Umlage einen ausgeglichenen Haushalt oder sogar Überschüsse erzielt hätten, nach der Zahlung der Umlage Kredite aufnehmen müssen. Die Erhöhung der Nivellierungshebesätze im Kommunalen Finanzausgleich wird ebenfalls kritisch gesehen, da zu befürchten steht, dass, in Verbindung mit den Vorgaben des Landes für defizitäre Kommunen des Kommunalen Schutzschilds, kommunale Steuersätze massiv erhöht werden. Die hessischen Unternehmen sind davon in erheblichem Umfang betroffen, da sie über die Gewerbesteuer zu einem großen Teil die kommunalen Ausgaben finanzieren.

Ein weiteres Thema, das Unternehmen in Hessen im besonderen Maße treibt, ist die Energiepolitik. Die hohen Abgaben auf den Strompreis stellen eine konkrete Bedrohung für den Industriestandort Hessen dar. Die hessischen IHKs sehen mit Sorge, dass die Landesregierung dieses Anliegen der Wirtschaft nicht mit Nachdruck angeht. In einem gemeinsamen Brief an die Landesregierung wurde zusammen mit dem Hessischen Handwerkstag und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände gefordert, das energiepolitische Dreieck aus Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Besonders der Punkt der Bezahlbarkeit ist ins Hintertreffen geraten. Wie das hessische IHK-Energiewende-Barometer zeigt, hat die befürchtete Abwanderung der Industrie ins Ausland schon eingesetzt. 1,4 Prozent der befragten Unternehmen in Hessen haben bereits wegen der hohen Energiekosten Verlagerungsmaßnahmen realisiert, 2,0 Prozent sind in der Umsetzungsphase und weitere 4,3 Prozent planen Verlagerungen. Um diese Entwicklung zu verhindern, muss die Politik zügig bei den Energiekosten Einfluss nehmen und Steuern und Abgaben auf Strompreise senken.

Hessens verkehrsgünstige Lage im Herzen Europas hat die wirtschaftliche Entwicklung der Region erheblich gefördert. Ein nachhaltiges Wachstum wird erst durch funktionierende Verkehrswege, die Voraussetzung für die Mobilität von Menschen und Gütern sind, sowie deren Schnittstellen unterstützt und gesichert. Für die hessischen Unternehmer ist eine umfassende und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur eine notwendige Grundlage zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Im Hinblick auf den prognostizierten Anstieg der Verkehrsleistung um 71 Prozent bis zum Jahr 2025 und komplexer werdende Wertschöpfungsketten ist Handeln geboten. Dies gilt für ein funktions- und

leistungsfähiges Straßennetz, einen wettbewerbsfähigen Schienenverkehr und für Schifffahrtsstraßen, einen Flughafen mit langfristig gesicherten Kapazitäten und für die Sicherung der Schnittstellen zwischen allen Verkehrsträgern. Mit der Zielsetzung „Hessen braucht eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur“ hat die IHK Frankfurt federführend für die hessischen IHKs und gemeinsam mit dem hessischen Wirtschaftsministerium eine Unternehmensumfrage durchgeführt. Das Ergebnis zeigt nicht nur, dass 80 Prozent der Befragten in einer leistungsfähigen Infrastruktur einen entscheidenden Standortfaktor sehen, sondern auch, dass die Mehrheit unter dem desolaten Zustand der in den letzten Jahren vernachlässigten Verkehrsinfrastruktur leidet. Die Erkenntnisse der Befragung wurden in einer Broschüre verarbeitet und in einer Pressekonferenz von dem hessischen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft hessischer IHKs, Prof. Dr. Mathias Müller, vorgestellt. Bei einem Kaminabend hatten Vertreter des Ehrenamts der hessischen IHKs zudem die Gelegenheit, die drängenden Probleme im Bereich Verkehr direkt mit dem Minister zu besprechen.

Unter dem Motto „Qualität schaffen – Qualität sichern“ hatten die 15 hessischen Kammerorganisationen der Wirtschaft und der Freien Berufe zu einer Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Politik aus Land und Kommunen nach Wiesbaden eingeladen. Mit dieser Veranstaltung konnte erfolgreich an die beiden vorhergehenden Formate angeknüpft und auf die Rolle als Interessenvertreter der Mitgliedsunternehmen in der Landes- und Bundespolitik aufmerksam gemacht werden. Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier hat den Kammern eine zentrale Bedeutung für den Dialog der Politik mit der Wirtschaft bestätigt und die Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka betonte, dass die Bundesregierung das Engagement der Kammern als äußerst wertvoll und fördernd erachtet.

AUS- UND WEITERBILDUNG – QUALIFIZIERUNG VERBESSERT

Für den Erfolg in der Berufsbildung ist das positive Zusammenwirken der verschiedenen Akteure von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Attraktivität der dualen Ausbildung kontinuierlich zu stärken und die Unternehmen bei der Entwicklung ihrer Fachkräfte zu unterstützen. Denn inzwischen gehen immer mehr Betriebe im Wettbewerb um die Auszubildenden leer aus. Hier schlägt sich neben der demografischen Entwicklung der verstärkte Trend zum Studium nieder. Dadurch gerät auf dem Arbeitsmarkt die Balance zwischen gut ausgebildeten Akademikern und hervorragenden Fachkräften dauerhaft in Gefahr. Gerade aber dieses Gleichgewicht macht bisher die wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft aus.

Eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung sowohl im Unternehmen wie in der Schule stärkt den Anreiz des Weges „Karriere mit Lehre“. Unter Federführung der IHK Frankfurt ist hierfür ein Forderungskatalog zur Zukunft und Qualität der Berufsschulen in Hessen entstanden, der sich an die politischen Entscheidungsträger im Land richtet. Darüber hinaus konnte die IHK Frankfurt wichtige Verbesserungen im Bündnis für Ausbildung und im Bildungsgipfel mit der Hessischen Landesregierung erreichen. In beiden Vertragswerken wurde die Bedeutung der Berufs- und Studienorientierung sowohl für Schüler und Eltern als auch in der Aus- und Fortbildung der Lehrer unter Berücksichtigung der Erwartungen der Wirtschaft konkretisiert. Die IHK Frankfurt wird zukünftig über die für einzelne Ausbildungsberufe zu bildenden Fachklassen an hessischen Berufsschulen mitentscheiden. Durch Verbesserungen in der Hochschulzugangsberechtigung für Absolventen mit einer betrieblichen Ausbildung wurde zudem die Bedeutung der dualen Ausbildung gestärkt.

Die Berufsschulen sind einer der beiden zentralen Eckpunkte in der dualen Ausbildung. Eine bundesweite Umfrage unter den IHK-Ausbildungsbetrieben zum Zusammenwirken mit den Berufsschulen hat für den IHK-Bezirk Frankfurt besonders schlechte Ergebnisse hervorgebracht. Der Berufsbildungsausschuss der IHK Frankfurt hat diese Erkenntnisse analysiert und als alarmierend bewertet. Auffällig sind nicht nur die knappe Besetzung mit Lehrkräften und ein daraus resultierender Unterrichtsausfall, sondern auch eine nicht mehr zeitgemäße IT-Ausstattung, die eine qualifizierte Ausbildung behindert. Diese Erkenntnisse sollen in den anstehenden Schulentwicklungsplan für die Beruflichen Schulen der Stadt Frankfurt einfließen, der von der IHK Frankfurt intensiv begleitet wird.

Die Ausbildungsbetriebe sind die zweite Säule der dualen Ausbildung. Zur Steigerung der Ausbildungsqualität und Unterstützung der Ausbildungsbetriebe entwickelt und überprüft die IHK Frankfurt die hierfür speziell konzipierten Angebote ständig. Besonders nachgefragt sind Workshops, die die Themen Konfliktmanagement, Ausbildungsmarketing und Rechtsfragen in der Ausbildungspraxis behandeln und in denen wichtige rechtliche und methodische Kenntnisse vermittelt werden. Gleichzeitig werden die Ausbildungsbetriebe auf Grundlage des „IHK-Ausbilderprofils“ geschult, um so die Ausbilder zu qualifizieren, Kompetenzen zu stärken und das Arbeitgeberimage zu unterstützen. In Kooperation mit der Verbraucherzentrale Hessen e.V. wurde erstmals ein Workshop zur „Stärkung der Finanzkompetenz bei Auszubildenden“ durchgeführt.

Um die Vermittlungsangebote zu erhöhen und Schulabgänger für die duale Berufsausbildung zu motivieren, informierten die Ausbildungsberater der IHK Frankfurt bei mehr als 100 Schulveranstaltungen, bei Aktionen von kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften oder Gewerbeschauen gezielt über die Möglichkeiten und Chancen. In über 50 Veranstaltungen zur Lernortkooperation wurden gemeinsam mit den zuständigen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben Themen zur Optimierung der Zusammenarbeit, aber auch Informationen zu neuen Berufen und Prüfungen erörtert. Mit dem Informationsbüro Duales Studium Hessen steht in der IHK Frankfurt eine Anlaufstelle hauptsächlich für Fachabiturienten und Unternehmen bereit, die berufliche Praxis und Studium verbinden möchten. Gemeinsam mit der Goethe-Universität Frankfurt und der Frankfurt University of Applied Sciences werden mittlerweile auch individuelle Beratungen für Studienzweifler und -abbrecher durchgeführt, um diesen Orientierungshilfe zu bieten und andere attraktive Wege der Berufsbildung aufzuzeigen.

Getragen von der positiven konjunkturellen Entwicklung wurden in 2015 im IHK-Bezirk 5.348 neue Ausbildungsverträge in das Verzeichnis eingetragen. Das entspricht einem Anstieg von 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen ist zudem im Vorjahresvergleich um 3,9 Prozent gestiegen und unterstreicht das weiterhin hohe Ausbildungsengagement der Betriebe. Im abgelaufenen Ausbildungsjahr wurden an über 250 Standorten schriftliche, praktische oder mündliche Abschlussprüfungen in rund 120 Berufen durchgeführt. Mit 6.436 Prüfungen blieb deren Anzahl im Jahresvergleich konstant. Einen steigenden Trend zur Nachqualifizierung zeigten mit 778 Prüflingen und einem Anteil von 12,1 Prozent an den Abschlussprüfungen die Prüfungen von „Externen“. Diese Prüfung können Berufstätige auch ohne Ausbildungsvertrag aufgrund nachgewiesener Berufspraxis im ausgeübten Beruf ablegen. Für all diejenigen, die die Abschlussprüfung mit der Note „sehr gut“ absolvieren, steht der Weg der Begabtenförderung der beruflichen Bildung offen. Das Weiterbildungsstipendium unterstützt junge Menschen bei der beruflichen Fortbildung mit Zuschüssen zu qualifizierten Weiterbildungsmaßnahmen in Höhe von bis zu sechstausend Euro bis zu drei Jahre lang. Antrags- und Auszahlungsverfahren werden über die IHK Frankfurt koordiniert.

In der Aufstiegsfortbildung wurden in 40 Fortbildungsprofilen 1.470 Absolventen geprüft. Für alle Weiterbildungsinteressierten hält die IHK Frankfurt ein hochwertiges und umfangreiches Weiterbildungsangebot von Tagesseminaren bis hin zu mehrjährigen Lehrgängen auf Meister- bzw. Fachwirteebene bereit. Bei den Aus- und Fortbildungsprüfungen wird die IHK Frankfurt von rund 3.500 ehrenamtlichen Prüfern unterstützt, deren Tätigkeit sich durch eine besonders hohe Kontinuität auszeichnet. Eine aktuelle Befragung unter den Prüfern zeigt, dass sich diese durchschnittlich bereits seit 12 Jahren engagieren und drei Viertel von ihnen mindestens bis zum Ende der Berufstätigkeit aktiv bleiben wollen. Die Gründe der Motivation zu dem ehrenamtlichen Engagement sind vielfältig. Neben sozialen Beweggründen und der besonderen Verantwortung des Amtes sind es auch Vorteile und Nebeneffekte, von denen Prüfer dann beruflich profitieren, wenn sie selbst als Ausbilder oder Lehrer aktiv sind. Vakante Positionen in den Prüfungsausschüssen werden regelmäßig neu besetzt. So haben in 2015 in der kaufmännischen Aus- und Weiterbildung 280 Personen erstmals die Aufgabe der ehrenamtlichen Prüfertätigkeit übernommen.

Berufsbildung und Fachkräftesicherung sind die Themen, die auch im internationalen Kontakt spürbar an Bedeutung gewinnen. Neben der praxisorientierten und an den Bedürfnissen der Betriebe ausgerichteten Ausbildung weckt die

in Deutschland sehr geringe Quote der Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern den Wunsch nach einem ähnlich aufgebauten System. Selbst die OECD, die über Jahre die hohe Qualität der deutschen beruflichen Ausbildung nicht anerkannt hat, ist inzwischen von der Leistungsfähigkeit der Dualen Ausbildung überzeugt. Gemeinsam mit dem indischen Unternehmernetzwerk The Indus Entrepreneurs (TiE) führte die IHK Frankfurt unter der Überschrift „Skills Development – Potential for Indo-German Cooperation“ einen Know-how-Transfer im Bildungsbereich durch. Zudem richtete die IHK Frankfurt erstmals gemeinsam mit der Chinesischen Handelskammer in Deutschland (CHKD) eine Deutsch-Chinesische Karrieremesse aus, bei der sich rund 850 chinesische Absolventen deutscher Universitäten mit zahlreichen deutschen und chinesischen Unternehmen vernetzten und sich über Job-Möglichkeiten informierten. Dieses Format einer kulturübergreifenden Karrieremesse zielt im Gegensatz zu ähnlichen Veranstaltungen nicht primär auf die Entsendung von Arbeitskräften nach China ab, sondern möchte in Deutschland ausgebildete Fachkräfte gezielt in den deutschen Arbeitsmarkt vermitteln.

METROPOLREGION FRANKFURTRHEINMAIN – WIRTSCHAFTSSTANDORT ENTWICKELN UND PROFILIEREN

Die Region FrankfurtRheinMain bleibt mit rund 5,6 Millionen Einwohnern, rund 2,9 Millionen Erwerbstätigen und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 200 Milliarden Euro eine der bedeutendsten deutschen Metropolregionen. Grund hierfür ist die international herausragende Stellung als Verkehrs- und Datendrehscheibe, Messe- und Finanzplatz sowie Wissenschafts- und Dienstleistungsstandort. Der regionale Arbeitsmarkt zeigte sich in blendender Verfassung. In 2015 werden in der Metropolregion FrankfurtRheinMain rund 28.000 neue Arbeitsplätze entstanden sein. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist auch für das neue Jahr ungebrochen und alles deutet darauf hin, dass der Arbeitsmarkt weiter boomen wird. Wie der entsprechende Fachkräftebedarf gedeckt werden kann, ist eine der Herausforderungen der Zukunft. Insofern wirken die Rente mit 63 und andere regulatorische Eingriffe in den Arbeitsmarkt für die Region FrankfurtRheinMain verschärfend. Daher müssen alle Akteure, Institutionen und politischen Entscheidungsträger in der Metropolregion konsequent zusammenarbeiten und mit einem einheitlichen Profil und einer klaren Strategie um Fachkräfte, Unternehmen und Investitionen werben. Die IHK Frankfurt versteht sich dabei als maßgeblicher Koordinator, welcher die Vernetzung von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur fördert.

Die strukturellen Herausforderungen der Metropolregion lassen sich mit dem Dreiklang „Infrastruktur, Bauen, Arbeiten“ zusammenfassen. Dies sind die drei Makrothemen, die gleichermaßen für Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern gelten. Die Wirtschaftskammern in der Metropolregion FrankfurtRheinMain wollen deshalb künftig Projekte in diesen drei Themenfeldern konkret vorantreiben, um neben der Strukturdebatte das dringend benötigte Tempo bei der Weiterentwicklung der Region aufrechtzuerhalten. Die Infrastrukturthemen betreffen sowohl die weitere Digitalisierung der Metropolregion als auch die Verkehrs- und Energienetze. Im Bereich Bauen geht es um eine weitere Aktivierung von Gewerbeflächen und um die notwendige Ausweitung des Wohnungsbaus. Im Bereich Arbeit rückt zunehmend die Frage der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt in den Vordergrund.

WIRTSCHAFT DIGITAL – VORAUSSETZUNGEN FÜR INDUSTRIE 4.0 SCHAFFEN

Die Digitalisierung führt zu tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen. Die neuen Dienste, Geschäftsmodelle und Produktionssysteme bergen ein großes Innovationspotenzial, über welches sich Fertigungsprozesse neu erschließen lassen. Diese Entwicklungen führen zu ganz neuen Wertschöpfungsmöglichkeiten. Unternehmen aller Größenordnungen und Branchen sind gefordert, diese Möglichkeiten für sich zu nutzen. Bisher halten sich viele mittelständische Unternehmen bei der Digitalisierung von Produktionsprozessen und der Entwicklung digitaler Dienstleistungen noch zurück. Gemäß einer DIHK-Umfrage zu Beginn des Jahres 2015 schätzten nur rund ein Viertel aller Betriebe die Digitalisierung in ihrem Unternehmen für gut entwickelt ein. Vor allem die Daten- und Informationssicherheit, rechtliche Unsicherheiten und fehlende Kompetenzen bei den Mitarbeitern wurden als Hemmnisse gesehen. Leistungsfähige Kommunikationsnetze sind eine Voraussetzung und ein zentraler Standortfaktor, um sich in der Fläche und mit Ausstrahlung auf andere Branchen entwickeln zu können. Daneben müssen aber auch Datensicherheit und Datenschutz

gewährleistet sein und Industrie und Gesellschaft sich den neuen Herausforderungen an Arbeitsplätze, Arbeitnehmer und Führungskräfte stellen.

Ein digital unabhängiges Europa benötigt dem Fortschritt entsprechende Infrastruktureinrichtungen und Technologien, digitale Kompetenzen und moderne staatliche Verwaltungsdienstleistungen. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Die Bundesregierung hat im August 2014 mit der Digitalen Agenda eine inhaltliche Orientierung für den Umgang mit der Digitalisierung in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft vorgelegt. Auf der hessischen Landesebene wird die Digitalisierungsstrategie ebenfalls weiterentwickelt. Die IHK-Organisation begleitet diese Prozesse in den nächsten beiden Jahren mit dem Schwerpunktthema „Wirtschaft digital“. Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass die Industrie hierzulande nicht von einer global agierenden Internetwirtschaft begleitet wird. Denn die internationalen IT- und Internetunternehmen investieren bereits weltweit in Produktions-, Logistik-, Handels- und Automobilunternehmen. Gelingt es ihnen, sich zwischen Hersteller und Kunden zu setzen, könnten sich traditionsreiche Unternehmen langfristig als deren Dienstleister wiederfinden.

Die hessischen IHKs bieten mit ihren Gemeinschaftseinrichtungen, IHK-Innovationsberatung und BIEG Hessen ein umfassendes Portfolio rund um das Thema Digitale Wirtschaft an und begleiten die hessischen Unternehmen effektiv und zielgerichtet im Prozess der digitalen Transformation. Sie informieren hessenweit zu den relevanten Themen, zu Geschäftsmodellen genauso wie über die Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsangeboten zur Vermittlung digitaler Kompetenzen, die auf die regionalen Branchenschwerpunkte zugeschnitten sind und die gesamte Wertschöpfungskette abbilden. Parallel hierzu beraten die hessischen IHKs die Landespolitik zu den Themen Breitbandausbau sowie Industrie 4.0 und positionieren sich zu politischem Handlungsbedarf in den Bereichen Standortpolitik, Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung, Datenschutz und Datensicherheit. Der DIHK setzt sich in seiner Politikberatung insbesondere für einen rechtssicheren Handlungsrahmen und die Anpassung des Wettbewerbs-, Urheber- und Datenschutzrechts und die Umsetzung europäischer Datenschutzstandards im internationalen Datenverkehr ein.

Im Rahmen des Frankfurter Industrieabends, zu dem die Stadt Frankfurt und die IHK Frankfurt jährlich gemeinsam Vertreter aus Wirtschaft, Industrie und Politik einladen, war der „Masterplan Industrie“ ein zentrales Thema und insbesondere die neuen Möglichkeiten, die sich für Frankfurt im Zuge der Digitalisierung eröffnen. In seiner Festrede „Industrie 4.0 – wie produzieren wir morgen?“ machte Detlef Zühlke, Direktor Innovative Fabriksysteme des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, die Entwicklungschancen sehr deutlich. Die zentrale Stellung Frankfurts als größter europäischer Internet-Knoten und größte physikalische Daten-Cloud, stellte Präsident Prof. Dr. Mathias Müller in seinem Beitrag heraus und forderte als Signal für eine weitere Industrieansiedlung ein Gewerbegebiet mit durchgehendem Gigabit-Glasfaser-Anschluss.

INTEGRIERTE STADTENTWICKLUNG – ANFORDERUNGEN FORMULIEREN

Die stetig wachsende und multinationale Stadt Frankfurt soll als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort mit einer hohen Lebens- und Umweltqualität weiterentwickelt werden. Diesen Anspruch hat die Stadt Frankfurt zum Anlass genommen, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten, welches einen Orientierungsrahmen bis 2030 geben soll. Ein aus Sicht der Wirtschaft wichtiger Schritt, um den kommenden Anforderungen aus ökonomischer, ökologischer und sozialer Sicht zu begegnen. Da die Flächen- und Nutzungsansprüche zum Teil jedoch in Konkurrenz zueinander stehen, bedarf es einer abgestimmten Herangehensweise. Eine integrierte Stadtentwicklung wird nur dann glaubwürdig, wenn ressortübergreifend alle an einem Tisch sitzen, das gemeinsame Ziel definieren und die zu ergreifenden Maßnahmen darauf abstimmen.

Die IHK Frankfurt hat deswegen den Arbeitskreis „Integrierte Stadtentwicklung“ ins Leben gerufen, in dem Vertreter aus den Ausschüssen Bau- und Immobilienwirtschaft, Einzelhandel, Industrie, Tourismus, Verkehr sowie dem Arbeitskreis „Nachhaltigkeit“ Mitglied sind. Von Mai bis Oktober 2015 wurden die jeweiligen Brancheninteressen von den Vertretern

der Ausschüsse in die Diskussion eingebracht und die „Anforderungen der Wirtschaft an eine integrierte Stadtentwicklung der Stadt Frankfurt für eine zukunftsorientierte Metropolregion FrankfurtRheinMain“ erarbeitet. Die zentralen Themen sind die Weiterentwicklung der verkehrlichen, wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur. Die Forderungen sollen Menschen und Unternehmen in Stadt und Region langfristig Planungssicherheit geben und künftige Belange an die Bereitstellung von Industrie-, Gewerbe- und Wohnflächen sowie von Flächen zur Büro- und Dienstleistungsnutzung, unter Beachtung der Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs und der Weiterentwicklung der digitalen Technologien, berücksichtigen. Im anschließenden Konsultationsprozess wurden über 200 Unternehmer aus den beteiligten Ausschüssen zu dem Papier befragt. Im Dezember 2015 wurde das Positionspapier schließlich durch die IHK-Vollversammlung verabschiedet. Eine enge regionale Kooperation wird auch hier Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung sein. Vor diesem Hintergrund war auch der von der Stadt Frankfurt veröffentlichte „Masterplan Industrie“ zu werten, dessen Erarbeitung die IHK Frankfurt seit 2012 intensiv begleitete. Dieser zeigte nicht nur die industriepolitischen Handlungsfelder, die Konzepte für die Entwicklung von Industrieunternehmen und die Strategien zur Stärkung des Industriestandorts Frankfurt auf, sondern beschäftigte sich auch mit den Möglichkeiten, die berechtigten Interessen der Bevölkerung mit denen der Industrieunternehmen zu vereinbaren. In diesem Kontext diskutierten unter dem Titel „Politik und Wirtschaft im Dialog: Stadt und Region als strategische Partner“ Frankfurts Bürgermeister und Stadtplanungsdezernent Olaf Cunitz, der Beigeordnete des Regionalverbands FrankfurtRheinMain Thomas Horn und der Präsident der IHK Frankfurt Prof. Dr. Mathias Müller die Strategien der Flächenpolitik. Gemeinsam forderten sie mehr kommunalen Gestaltungswillen in der Region FrankfurtRheinMain. Denn nur durch mehr Zusammenarbeit und ganzheitliche regionale Strategien in Bezug auf die Flächenpolitik können die Herausforderungen bearbeitet und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden.

Der Lärmschutz war diesbezüglich ein weiteres wichtiges Thema. Die Überarbeitung der Lärmaktionspläne im Rahmen der Lärminderungsplanung der hessischen Landesregierung und die verschiedenen Lärmschutzmaßnahmen am Frankfurter Flughafen standen dabei im Mittelpunkt. Zum Thema Lärmschutz diskutierten im Juli bei der Gemeinschaftsveranstaltung mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain „Urbanes Leben und Lärm: Wieviel Lärm verträgt die Stadt?“ regionale Akteure über das Spannungsfeld zwischen Ruhebedürfnis und Urbanität in einer Großstadt. Die Teilnehmer waren sich einig, dass Stadtentwicklung nicht nur eine moderne Industrie, attraktive Gewerbegebiete, eine pulsierende Kreativszene, eine lebendige Handels- und Gastronomielandschaft sowie gesundes Wohnen voranbringen, sondern auch Lärmschutz und Urbanität in Einklang bringen muss.

Ein weiterer Aspekt der Innenstadtentwicklung ist die Aufenthaltsqualität. Je mehr Menschen die City besuchen, umso lebendiger und anziehender ist diese. Attraktivität und Angebotsvielfalt sind hierfür ausschlaggebende Kriterien. Die von der IHK Frankfurt im Sommer durchgeführte Befragung von Passanten in der Frankfurter Innenstadt gab nicht nur Aufschluss über die Meinung zur Vielfältigkeit des Angebots, sondern auch über die für notwendig erachteten Optimierungspotenziale. Die Aussagen müssen als deutliches Signal verstanden werden, dass bei der Aufenthaltsqualität das Niveau des Angebots erst noch erreicht werden muss.

Die Umfrage ergab außerdem, dass bereits ein Viertel der befragten Personen verstärkt das Angebot des Onlinehandels nutzen. Vor diesem Hintergrund müssen Einzelhandel, Politik und die Verwaltung Frankfurts alles dafür tun, die Standorte attraktiv zu halten, um sich von der Konkurrenz des Onlinehandels und der sogenannten „Grünen Wiese“ abzuheben. Viele Unternehmen und Immobilieneigentümer haben im Laufe der letzten Jahre erheblich in ihre Geschäfte und Immobilien investiert. Teilweise wurden ganze Gebäude abgerissen und hochwertig wieder aufgebaut. Seit Jahren regt die IHK bei der Stadt Frankfurt an, auch stadtgestalterisch aktiv zu sein und die überfällige Neugestaltung, insbesondere der Hauptwache und der Konstabler Wache, nicht dauernd zurückzustellen. Eine Chance, attraktive Handelsunternehmen in der Innenstadt anzusiedeln, bietet die Revitalisierung der Ost-Zeil. Diese kann ihre Bedeutung aber nur wiedererlangen, wenn der politische Wille vorhanden und das Zusammenspiel zwischen Stadtplanung und Immobilieneigentümern gewährleistet ist.

Die Anforderungen an eine integrierte Stadtentwicklung der Stadt Frankfurt und für eine zukunftsorientierte Metropolregion FrankfurtRheinMain wurden noch vor der aktuellen Flüchtlingssituation formuliert. Es ist offensichtlich, dass sich aus dieser weitere Anforderungen an die Stadt Frankfurt und den IHK-Bezirk Frankfurt ergeben werden und die resultierenden Nutzungskonflikte von Politik und Zivilgesellschaft bewältigt werden müssen.

Die Verkehrsinfrastruktur hat nicht nur hessenweit eine herausragende Bedeutung. In der wachsenden Region FrankfurtRheinMain pendelt die Mehrheit der Arbeitnehmer zu ihrem Arbeitsplatz. Dieser hohe Mobilitätsbedarf benötigt ein funktionierendes Verkehrssystem aller Verkehrsträger, welches das steigende Verkehrsaufkommen bewältigen kann. Aufgrund der dichten Bebauung von FrankfurtRheinMain ist eine Abwicklung der Mobilitätsbedürfnisse überwiegend auf der Straße nicht mehr durchführbar und ein optimales Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsträger sollte oberste Priorität haben. Das an seine Kapazitätsgrenzen stoßende Schienennetz innerhalb der Region muss für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausgebaut werden. Für eine Priorisierung aller Maßnahmen ist es dringend erforderlich, dass die Stadt Frankfurt zeitnah einen Nahverkehrsplan erstellt und dessen Finanzierung gewährleistet. Diese Fragen wurden im Juni auf der Veranstaltung „Wieviel ÖPNV können wir uns leisten? Die zukünftigen Herausforderungen der Politik“ mit der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (DVWG) und Experten aus Verkehrsverbünden, Städten, Wissenschaft und Politik diskutiert.

Angesichts dieser Anforderungen wurde das kostenfreie Beratungsangebot „südhessen effizient mobil“ entwickelt. Damit zeigen die IHKs Darmstadt und Frankfurt gemeinsam mit der IVM GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region FrankfurtRheinMain) den Unternehmen in der Region die Möglichkeiten einer gezielten Förderung des betrieblichen Mobilitätsmanagements und die Optimierung der Verkehrswege von Mitarbeitern und Gütern auf.

FINANZPLATZ FÖRDERN UND GESTALTEN

Die Unternehmen der Kredit- und der Realwirtschaft agierten unter den finanzmarktpolitischen Rahmenbedingungen in einem schwierigen Umfeld. Zu Jahresbeginn haben die Länder der Euro-Zone Griechenland mit einem milliardenschweren Hilfspaket eine letzte Chance zum Verbleib in der Gemeinschaftswährung eingeräumt. Zukünftig gilt es, die Einheit von Handlung und Haftung in der Währungsunion wieder sicherzustellen. Erste Ansätze hierzu liegen mit dem Fiskalpakt und dem European Stability Mechanism (ESM) vor. Um die Ansteckungsgefahr zwischen dem Bankensektor und den öffentlichen Haushalten zu bannen und dem tatsächlichen Risiko von Staatsanleihen Rechnung zu tragen, steht die Ausweitung der Eigenkapitalunterlegungspflicht auf Staatsanleihen in der Diskussion. Als Folge der Krise in Griechenland und der schwachen Kreditnachfrage in anderen Peripherieländern sind die historisch niedrigen Zinsen Ausfluss der außerordentlich expansiven Geldpolitik der EZB. Das nun seit mehreren Jahren andauernde Zinstief belastet mehr und mehr die Ertragsseite der Banken und die privaten Sparpläne, drückt auf Renditeversprechen von Lebensversicherern und verteuert die betrieblichen Altersvorsorgezusagen. So ist in Deutschland bereits etwa jedes dritte Unternehmen aufgrund der geringen Renditen von steigenden Pensionsrückstellungen betroffen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die IHK Frankfurt auf Basis der Rückmeldungen und im Interesse der Akteure am Finanzplatz Frankfurt über den DIHK an diversen Konsultationen der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden beteiligt. So konnte die kritische Einschätzung der Betroffenen aus der Region zu den Auswirkungen von Basel III auf die Kreditvergabe, zum zukünftigen Kreditrisiko-Standardansatz, zum geplanten Finanzmarktnovellierungsgesetz, zur Kapitalunterlegung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch, zur Beseitigung von Regulierungslücken oder zu den ersten detaillierten Ideen einer Europäischen Kapitalmarktunion vorgebracht werden. Ebenfalls konnten die Vertreter der Kreditinstitute, Versicherungen und Finanzdienstleistungsunternehmen wertvolle Hinweise aus der Praxis zu Inkonsistenzen und Redundanzen bereits beschlossener Maßnahmen geben, um künftige unerwünschte Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung einzudämmen.

Ein Jahr nach Gründung des Handelszentrums für den Renminbi am Finanzplatz Frankfurt, welches von der IHK Frankfurt konstruktiv und tatkräftig begleitet wurde, setzen deutsche Unternehmen bei Geschäften mit chinesischen Handelspartnern zunehmend auf Zahlungen in der Auslandswährung. Mehr als 1.000 Unternehmen unterhalten inzwischen bei der Frankfurter Clearing-Stelle, der Bank of China, Renminbi-Konten. Dies erleichtert insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen den Umgang mit der chinesischen Währung. Sie profitieren nicht nur von erheblicher Zeitersparnis, sondern auch von Kostenvorteilen, da sie ihre Geschäfte nun direkt über die Hausbank tätigen können. Aktuell nutzen bereits knapp 50 Banken die neue Einrichtung für die Geschäftsabwicklungen ihrer Kunden. Binnen Jahresfrist wurden von der Clearing-Stelle Zahlungen im Wert von fast 1,25 Billionen Renminbi, umgerechnet etwa 182,5 Milliarden Euro, abgewickelt.

Als hervorragende Dialog-Plattformen stellen sich die regelmäßigen finanzplatzrelevanten Veranstaltungen dar, die von der IHK Frankfurt mit organisiert oder als Partner unterstützt werden. Ein Highlight war erneut das „7. Deutsche Wirtschaftsforum: On the Future of Europe“, bei dem hochrangige Vertreter von Unternehmen und Institutionen – unter ihnen Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem, Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung Dr. Katrin Suder, Bundesaußenminister a. D. Joschka Fischer und der tschechische Star-Ökonom Tomáš Sedláček – in der Paulskirche zusammenkamen. Beim 8. Finanzplatztag sowie beim Eurobörsentag konferierten renommierte Finanzexperten, darunter Deutsche Bank-Co-CEO Jürgen Fitschen, BaFin-Präsident Felix Hufeld, IDW-Direktor Prof. Michael Hüther, Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann, Börsen-CEO Carsten Kengeter sowie BaFin-Exekutivdirektorin Elisabeth Roegel über aktuelle finanzmarktregulatorische Vorhaben, über die Auswirkungen der Regulierungsfülle sowie über die anstehenden Pläne zu einer Europäischen Kapitalmarktunion. Die gemeinsam mit dem ZEIT-Verlag organisierte Konferenz „Banken & Wirtschaft“ nahm sich der Themenkomplexe Finanzstabilität sowie Wirtschaftswachstum im Niedrigzinsumfeld an; hierzu sprachen und diskutierten unter anderem BaFin-Präsident Felix Hufeld, EZB-Direktionsmitglied Yves Mersch sowie der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Prof. Clemens Fuest. Das 14. Frankfurter Symposium „Compliance und Unternehmenssicherheit“ vermittelte dem Fachpublikum wichtige Anregungen rund um die Themen Datensicherheit und Compliance Management. Dazu berichtete ADAC-Geschäftsführer Alexander Möller über seine aktuellen Erfahrungen bei der Umsetzung verschiedener Compliance-Maßnahmen im größten Verein Deutschlands.

INTERNATIONALITÄT DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES – VON GESCHÄFTSCHANCEN WELTWEIT PROFITIEREN

Der Außenhandel trägt etwa die Hälfte zur Entstehung des deutschen Bruttoinlandsproduktes bei. Dieser im internationalen Vergleich schon hohe Wert dürfte in der Region FrankfurtRheinMain noch einmal deutlich übertroffen werden. Konkret konnten die hessischen Exporteure bis September ihre Ausfuhren um 2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigern und damit den Wachstumstrend der letzten Jahre fortsetzen. Dabei profitierte die hessische Exportwirtschaft von ihrer breiten internationalen Aufstellung, denn die Entwicklung auf den Weltmärkten verlief nicht einheitlich. So blieb die Exportnachfrage aus den EU-Nachbarmärkten (+1,0 Prozent), die mit einem Anteil von knapp 57,0 Prozent nach wie vor das Rückgrat der hessischen Exportwirtschaft bilden, verhalten. Neben einem deutlichen Nachfragerückgang aus Frankreich und Belgien bereitete das Russlandgeschäft Sorge, das im Laufe des Jahres nochmals um ein Viertel zurückgegangen ist. Stimulierend auf die hessische Exportwirtschaft wirkten dagegen die Märkte in Übersee. Die Nachfrage aus den USA, dem wichtigsten Handelspartner der hessischen Wirtschaft, legte nach einem bereits starken Vorjahr nochmals zu (+4,5 Prozent) und auch in Asien zog die Nachfrage deutlich an (+6,2 Prozent). Anders als in der Vergangenheit war diesmal aber nicht China der Treiber, sondern einzelne Länder in Südostasien. So nahm die Nachfrage in Singapur (+45,9 Prozent) und Korea (+20,0 Prozent) deutlich zu und verdrängte Japan von Platz 2 der wichtigsten hessischen Handelspartner in Asien.

Die Beglaubigungsstelle der IHK Frankfurt ist kompetenter Partner bei der Erledigung der umfangreichen Zollformalitäten, die insbesondere bei Exporten außerhalb der Europäischen Union erledigt werden müssen. So wurden nicht nur

rund 37.000 Ursprungszeugnisse und Beglaubigungen ausgestellt, sondern auch rund 3.200 Einzelauskünfte zu Zollthemen und speziellen Fragen des Außenwirtschaftsrechts erteilt. Ergänzend konnten sich exportorientierte Unternehmen zu den Themen des Zoll- und Außenwirtschaftsrechts bei zahlreichen Veranstaltungen umfassend informieren.

Intensiv hat die IHK Frankfurt im Zuge der Einführung des neuen Unionszollkodex die Erarbeitung der dazugehörigen Durchführungsrechtsakte begleitet und durch ihre Eingaben auch die bürokratischen Listenregeln für die Ermittlung des handelspolitischen Ursprungs und den Wegfall der Kleinsendungsregelung für die Ausfuhr verhindert. Angewendet werden diese Regelungen ab Mai 2016. Mit einem umfangreichen Informations- und Veranstaltungsangebot wurde bereits im Laufe des Jahres begonnen, die Unternehmen in der Vorbereitung auf die neuen Anforderungen zu unterstützen.

Individuelle Beratung zu konkreten Fragestellungen des Marktzugangs in Verbindung mit einem breiten Veranstaltungsangebot, das Chancen auf interessanten Märkten aufzeigte, bildeten wieder die Grundlage für Information, Erfahrungsaustausch und Networking im Auslandsgeschäft. Neben dem traditionellen Wirtschaftstag Korea und einer prominent besetzten Veranstaltung zu den Marktchancen in Japan stand China wieder mit einer Reihe von Veranstaltungen im Fokus. Besondere Aufmerksamkeit erhielt das deutsch-vietnamesische Wirtschaftsforum mit Teilnehmern aus ganz Deutschland, welches mit einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation aus Vietnam, unter Leitung des Staatspräsidenten S.E. Truong Tan Sang, gemeinsam mit der AHK Vietnam und dem Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft in Frankfurt ausgerichtet wurde. Höhepunkt in der Veranstaltungsreihe war jedoch der dritte Hessische Außenwirtschaftstag, dem die Verleihung des Hessischen Exportpreises am Vorabend vorausging. 700 Unternehmensvertreter aus ganz Hessen nutzten die beiden Veranstaltungstage zur Information in zahlreichen Workshops und hochrangigen Panels zur Beratung durch die Experten der über 40 teilnehmenden Auslandshandelskammern und zum umfassenden Networking mit Referenten und Teilnehmern.

Die Bedeutung offener Märkte gerade für die stark exportorientierte deutsche und hessische Wirtschaft ist offensichtlich. Vor diesem Hintergrund unterstützt die IHK-Organisation Bemühungen zur Liberalisierung des Welthandels mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse des Mittelstands. In der Diskussion stand das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP), das derzeit von Europa und den USA verhandelt wird. Das Thema Handelsliberalisierung mit Schwerpunkt TTIP war beim Hessischen Außenwirtschaftstag Inhalt des zentralen Panels mit renommierten Referenten und rund 350 Zuhörern. Gemeinsam mit der Europa-Union wurde hierzu auch eine Diskussionsveranstaltung in Kronberg durchgeführt.

Erneut war die IHK Frankfurt zentraler Anlaufpunkt für zahlreiche Besucher und Delegationen aus aller Welt, darunter aus der Türkei, Polen, Korea, Japan, China, USA, Indien und dem Oman. Erstmals seit vielen Jahren hat die IHK Frankfurt in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL) und der Hessen Trade & Invest GmbH (HTAI) eine hessische Wirtschaftsdelegationsreise organisiert. Unter Leitung des hessischen Wirtschaftsministers Tarek Al-Wazir und des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Hessischer IHKs Prof. Dr. Mathias Müller informierten sich rund 30 Unternehmer vor Ort über Geschäftsmöglichkeiten im Sultanat Oman und in Abu Dhabi.

3. GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Die Vollversammlung entscheidet jährlich mit dem Wirtschaftsplan über die Höhe der Mitgliedsbeiträge, die Dotierung von Rücklagen, die Verwendung des Jahresergebnisses und beschließt über die Entlastung von Präsidium und Hauptgeschäftsführer. In der vorangegangenen Wahlperiode haben die Mitglieder der Vollversammlung aufgrund der positiven Gewerbeertragsentwicklung im IHK-Bezirk Frankfurt, beginnend ab 2010, zweimal den Umlagesatz von ursprünglich 0,18 auf aktuell 0,11 Prozent, einmal die Grundbeiträge für Handelsregisterunternehmen und zweimal

die Grundbeiträge für Kleingewerbetreibende gesenkt und mit Inkrafttreten des neuen Finanzstatuts beginnend ab 2014 eine Auflösung der Liquiditätsrücklage über die nächsten fünf Jahre beschlossen. Diese Beschlüsse sorgen seitdem dafür, den ausgewiesenen Ergebnisvortrag über eine günstige Struktur der Mitgliedsbeiträge im Zeitablauf wieder an die Mitgliedsunternehmen zurückzuführen. Sie bewirken, bezogen auf die aktuell zur Veranlagung gemeldeten Gewerbeerträge und die Anzahl der veranlagten Unternehmen, rechnerisch dauerhafte jährliche Entlastungen der Betriebe von 6,0 Mio. Euro bei den Umlagen und 1,0 Mio. Euro bei den Grundbeiträgen. Ferner hat die Vollversammlung in 2014 den Bauwirtschaftsplan „Umbau Südflügel“ beschlossen und damit die Sanierung für den historischen Gebäudetrakt für den Zeitraum 2014 bis 2015 in Höhe von 7,8 Mio. Euro festgelegt. Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Wesentlichen durch Entnahmen der dafür in Vorjahren dotierten zweckgebundenen Bau- und Investitionsrücklage und darüber hinaus aus laufenden Mitteln.

ERTRAGSLAGE

Im Geschäftsjahr 2015 gingen die betrieblichen Erträge – Mitgliedsbeiträge, Gebühren für hoheitliche Tätigkeiten, Entgelte für Dienstleistungen, Sonstige Erträge – um 4,8 Prozent auf 36,4 Mio. Euro (2014: 38,2 Mio. Euro) zurück. Den größten Anteil hatten mit 26,8 Mio. Euro (2014: 27,5 Mio. Euro) die gesetzlichen Mitgliedsbeiträge. Trotz steigender beitragspflichtiger Mitgliedszahlen und erhöhter Vorauszahlungen auf die zu erwartenden Gewerbeerträge 2015 führten die Beitragssenkungen der vorangegangenen Jahre dazu, dass die endgültigen Abrechnungen aus Vorjahren um 1,9 Mio. Euro geringer ausfielen. Rund zwei Drittel der Beiträge entfallen regelmäßig auf die Umlagen, die nur von Unternehmen mit Gewerbeertrag, bei Personengesellschaften unter vorherigem Abzug eines Freibetrags von 15.340 Euro, erhoben werden. Rund ein Drittel der Beiträge entfällt auf die Grundbeiträge, zu denen lediglich rund 55.000 Mitgliedsunternehmen veranlagt werden. Die Gebühren, die die IHK Frankfurt für hoheitliche Tätigkeiten erhoben hat, und die damit einhergehende Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen lagen bei 3,4 Mio. Euro (2014: 3,6 Mio. Euro). Davon entfielen rund 68 Prozent auf die Betreuungs- und Prüfungsgebühren in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die sonstigen Gebühren wurden für Prüfungs- und Unterrichtsgebühren der Sach- und Fachkunde, Beglaubigungen, Außenwirtschaftsdokumente sowie für Gebühren aus der Registrierung der Finanzanlagen- und Versicherungsvermittler erhoben. Die Erträge aus Entgelten und die Sonstigen betrieblichen Erträge erreichten 6,2 Mio. Euro (2014: 7,1 Mio. Euro). Die Entgelte in Höhe von 1,7 Mio. Euro (2014: 1,8 Mio. Euro) enthalten im Wesentlichen Lehrgangs- und Seminarentgelte. Dem Rückgang bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen (-0,8 Mio. Euro) lagen im Vorjahresvergleich damalige Einmaleffekte aus der Auflösung von Rückstellungen und aus Ansprüchen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Umbau Südflügel“ zugrunde.

Die operativen Aufwendungen insgesamt, bereinigt um die einmaligen Erhaltungsaufwendungen aus der Baumaßnahme „Umbau Südflügel“ in Höhe von 4,4 Mio. Euro (2014: 2,3 Mio. Euro), sind im Berichtsjahr um 1,0 Mio. Euro auf 37,5 Mio. Euro (2014: 38,5 Mio. Euro) rückläufig. Auf den Personalaufwand entfielen 17,0 Mio. Euro (2014: 18,2 Mio. Euro). Der tariflich bedingten Gehaltsanpassung stand im Geschäftsjahr ein einmaliger Entlastungsbetrag bei der Bewertung der Personalarückstellungen aus der Umstellung auf die individuelle Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung und der Änderung des Rententrends gegenüber. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen einschließlich des Materialaufwands und der Abschreibungen erhöhten sich unter anderem durch steigende Aufwendungen im Aus- und Weiterbildungsbereich um 1,5 Prozent auf 20,6 Mio. Euro (2014: 20,3 Mio. Euro).

In dem negativen Finanzergebnis von 1,6 Mio. Euro (2014: 1,6 Mio. Euro) sind die nach den Vorschriften des Handelsgesetzes ermittelten Aufwendungen aus der Aufzinsung für langfristige Rückstellungen in Höhe von 3,6 Mio. Euro (2014: 3,7 Mio. Euro) enthalten.

Die Beschlussfassungen der Vollversammlung in 2015 sahen vor, das Ergebnis 2014 (3,3 Mio. Euro) auf neue Rechnung vorzutragen, eine Rücklage Aktivitäten zur Regionalentwicklung (1,0 Mio. Euro) zu dotieren und die Liquiditätsrücklage bis 2018 ratierlich, mit jeweils 2,9 Mio. Euro, aufzulösen. Die Auflösung der Liquiditätsrücklage soll,

neben der Sicherung der derzeitigen Beitragsstruktur, zusätzlich, soweit möglich, der Dotierung einer neuen Substanzerhaltungsrücklage dienen, die für notwendige bauliche Maßnahmen zur Verfügung steht, bei denen sich eine Sanierungsnotwendigkeit aus dem Zeitablauf oder kurzfristig ergibt. Darüber hinaus wurden mit dem Nachtragswirtschaftsplan 2015 weitere Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen beschlossen.

Unter Berücksichtigung dieser von der Vollversammlung getroffenen Festlegungen und der Verrechnung des negativen Jahresergebnisses 2015 mit dem positiven Ergebnisvortrag weist die Erfolgsrechnung 2015 ein Ergebnis von 2,6 Mio. Euro aus (2014: 3,3 Mio. Euro), welches auf neue Rechnung vorgetragen wird. Dem Beschluss der Vollversammlung aus Dezember 2015 folgend wird dieses in 2016 zum Ausgleich des geplanten negativen Jahresergebnisses vollständig verwendet werden.

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Die Bilanzsumme ist im Vorjahresvergleich um 6,1 Mio. Euro auf 142,5 Mio. Euro zurückgegangen. Das Sachanlagevermögen einschließlich der Immateriellen Vermögensgegenstände stieg aufgrund der Maßnahme „Umbau Südflügel“ um 0,7 Mio. Euro auf 41,4 Mio. Euro. Ursächlich für die Verminderung des Finanzanlagevermögens um 3,3 Mio. Euro auf 89,1 Mio. Euro war der Beschluss der Vollversammlung zur Veränderung einzelner Rücklagen (per Saldo 6,7 Mio. Euro), insbesondere der Bau- und Investitionsrücklage, die eine Überführung von Finanzanlagen in das Umlaufvermögen nach sich zog. Der Anlagehorizont der Finanzanlagen war vor dem Hintergrund dieser Mittelabflusserwartung strukturiert, es wurde in Festgeldern, Rentenpapieren, Rückdeckungsversicherungen sowie einem geschlossenen IHK-Fonds angelegt. Die Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände lagen bei einem erhöhten Forderungsbestand aus Beiträgen bei 4,4 Mio. Euro (2014: 4,0 Mio. Euro). Das Guthaben bei Kreditinstituten verringerte sich insbesondere wegen der Beendigung der Baumaßnahme und der Beibehaltung der günstigen Beitragsstrukturen um 3,8 Mio. Euro auf 5,5 Mio. Euro. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme betrug 92,0 Prozent (2014: 89,7 Prozent) und war zu 43,7 Prozent (2014: 48,3 Prozent) durch Eigenkapital gedeckt.

Das Eigenkapital – Nettoposition, gesetzliche und zweckgebundene Rücklagen, Ergebnis – verringerte sich erwartungsgemäß um das negative Jahresergebnis von 7,3 Mio. Euro auf 57,1 Mio. Euro. Aufgrund des nochmals deutlich gesunkenen Rechnungszinsniveaus ergaben sich bilanzielle Belastungen bei den langfristigen Rückstellungen, die nur durch einen einmaligen Effekt aus einer strukturellen Umstellung der Bewertung bei den Personalrückstellungen teilweise kompensiert wurden, so dass die Rückstellungen insgesamt um 1,7 Mio. Euro auf 83,9 Mio. Euro zunahmen. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden weiterhin nicht.

Der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm im Vorjahresvergleich um 4,1 Mio. Euro zu und beträgt -5,4 Mio. Euro (2014: -1,3 Mio. Euro). Neben einem aufgrund der Baumaßnahme „Umbau Südflügel“ bereits geplanten höheren Jahresfehlbetrag war dieser Rückgang maßgeblich durch die zahlungsunwirksamen Veränderungen der Rückstellungen verursacht. Da korrespondierend mit den planmäßigen Entnahmen aus den Rücklagen fällige Finanzanlagen aufgelöst wurden, führten in Summe niedrigere Investitionen in das Sachanlagevermögen und bei den immateriellen Vermögensgegenständen zu einem positiven Cashflow aus der Investitionstätigkeit von 1,5 Mio. Euro (2014: 2,8 Mio. Euro). Der Finanzmittelbestand am Ende des Geschäftsjahres verringerte sich um 3,8 Mio. Euro auf 5,5 Mio. Euro (2014: 9,3 Mio. Euro). In dem Finanzmittelbestand sind auch Termingelder enthalten, die keinen Wertschwankungsrisiken unterliegen und jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können.

Bei der Erstellung der Bilanz wurden alle erkennbaren Risiken aus nicht kalkulierbaren Beitragsschwankungen, die aus der konjunkturellen Entwicklung im IHK-Bezirk Frankfurt oder aus dem Abrechnungsverfahren selbst resultieren können, und sonstige Verpflichtungen oder Risiken aus möglichen Rechtsstreitigkeiten bewertet und, sofern maßgeblich, bilanziell berücksichtigt. Aus den bestehenden Verpflichtungen sind derzeit keine wesentlichen Auswirkungen auf die zukünftige Vermögenslage ersichtlich. Den satzungsmäßigen und zweckgebundenen Rücklagen und Rückstellungen

steht eine finanzielle Deckung durch das Finanzanlagevermögen auf der Aktivseite gegenüber. Der Sicherung der Liquidität und der Verfügbarkeit der Finanzmittel gilt weiterhin oberste Priorität vor Renditezielen. Die Voraussetzungen für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung und die Handlungsfähigkeit der IHK Frankfurt sind damit auch zukünftig gewährleistet.

INVESTITIONEN

Im Geschäftsjahr lagen die Zugänge beim Sachanlagevermögen bei 1,4 Mio. Euro. (2014: 0,2 Mio. Euro) und bei den immateriellen Vermögenswerten bei 0,4 Mio. Euro (2014: 0,0 Mio. Euro). Die Schwerpunkte der Investitionen im Sachanlagevermögen waren durch die Baumaßnahme „Umbau Südflügel“ bestimmt. Davon entfielen 0,9 Mio. Euro auf die zu aktivierenden Betriebsvorrichtungen der Klima-, Lüftungs-, Sanitär-, Heizungs- sowie der Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik sowie eines Behindertenhublifts und weitere 0,2 Mio. Euro auf die Ausstattung der vier Veranstaltungsräume und der Büroflächen. Bei den immateriellen Vermögenswerten standen die Implementierung einer Business Intelligence Lösung und diverse Lizenzbeschaffungen im Mittelpunkt. Die Investitionen im Finanzanlagevermögen konzentrierten sich im Wesentlichen auf den Zukauf neuer Anteile zu dem extern verwalteten Fondsvermögen in Höhe der Ausschüttung der ordentlichen Erträge des Fondsvermögens sowie fälliger Rückdeckungsversicherungen. Durch die Bautätigkeiten waren die übrigen finanziellen Dispositionen insbesondere durch die Auflösung fälliger Finanzanlagen geprägt. Zu diesen Investitionen kamen 0,8 Mio. Euro (2014: 0,6 Mio. Euro) für substanzerhaltende Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen, die unmittelbar in die betrieblichen Aufwendungen eingeflossen sind.

PERSONAL

Zum Ende des Jahres 2015 beschäftigte die IHK Frankfurt insgesamt 214 Mitarbeiter (2014: 209) in der Kernbelegschaft ohne Auszubildende. Die Mitarbeiterzahl erhöhte sich damit aufgrund temporär doppelt besetzter Nachfolgestellen, neuer Stellen und aufgrund von Stellen für die Förderprojekte „European Enterprise Network“ und „Bildungskoaches Stadt Frankfurt und Main-Taunus-Kreis“ um 2,4 Prozent. Unter Berücksichtigung der Beschäftigungen in Teilzeit entspricht dies 198,8 Vollzeitäquivalenten (2014: 194,1 VZÄ). Darüber hinaus waren 13 Beschäftigte (2014: 10) in den Sondereinrichtungen der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Industrie- und Handelskammern, dem Beratungs- und Informationszentrum Elektronischer Geschäftsverkehr Hessen, der IHK-Innovationsberatung Hessen und in den Aufgabenstellen tätig. Die wöchentliche Regelarbeitszeit lag weiterhin bei 42 Stunden. Die Vergütung der Beschäftigten richtet sich nach der jeweiligen Eingruppierung der Tätigkeit in eine Funktionsgruppe und nach der jährlichen Anpassung entsprechend dem Durchschnitt der drei für den IHK-Bezirk Frankfurt maßgeblichen Branchenabschlüsse – Einzelhandel, Chemie, Banken – des vorangegangenen Jahres. Zur Vergütungssteuerung sieht das System, in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage, die Möglichkeit einer an der langfristigen Leistung orientierten strukturellen Anpassung als auch einer vom Leistungsergebnis abhängigen Einmalzahlung für Sonderprojekte vor.

VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE | DIVERSITY

Der demografische Wandel wird in der Altersstruktur der Mitarbeiter deutlich. Das durchschnittliche Alter aller Beschäftigten lag bei 45,3 Jahren (2014: 45,3) und die Betriebszugehörigkeit im Mittel bei rund elf Jahren (2014: 11). Zum Jahresende befand sich noch ein Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit (2014: 5). Der Anteil der Schwerbehinderten überstieg mit 7,0 Prozent (2014: 6,2 Prozent) erneut die gesetzliche Quote von 5,0 Prozent. Die Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund lag weiterhin konstant bei 11,0 Prozent. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten erhöhte sich geringfügig auf 66,0 Prozent (2014: 65,1 Prozent) und lag bei den Führungskräften, zu denen ausschließlich die Leitung der Geschäftsbereiche und Stabsstellen gezählt werden, weiterhin bei 36,4 Prozent (2014: 36,4 Prozent).

Die Nachfrage nach einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Seit Jahren ermöglicht die IHK Frankfurt den Mitarbeitern deswegen, die Arbeitszeiten individuell zu gestalten und so Beruf und verschiedene Lebensphasen in Einklang zu bringen. Die unterschiedlichen Modelle unterstützen die Vereinbarkeit

von Familie und Beruf und kommen den Bedürfnissen der Mitarbeiter, die sich der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen widmen, entgegen. Mittlerweile werden 14 verschiedene Teilzeitmodelle und auch Telearbeitsplätze angeboten. Die Möglichkeit der flexiblen Arbeitszeitgestaltung wurde von 48 Mitarbeitern, zwischenzeitlich eine Quote von 22,4 Prozent (2014: 21,5 Prozent), wahrgenommen.

PERSONALENTWICKLUNG | FACH- UND FÜHRUNGSNACHWUCHS BETRIEBLICHE AUSBILDUNG

Um vor dem Hintergrund der Auswirkungen des demografischen Wandels am dynamischen Arbeitsmarkt in der Metropolregion wettbewerbsfähig zu bleiben und engagierte Mitarbeiter gewinnen und langfristig binden zu können, werden vielfältige Möglichkeiten der Potenzialerschließung genutzt und neue Mitarbeiter sowohl durch externe Einstellungen als auch innerhalb der IHK-Organisation gewonnen. Regelmäßig werden Praktika für Schüler und Studenten angeboten und es wird eine Wahlstation für Rechtsreferendare innerhalb der juristischen Ausbildung zur Verfügung gestellt, die nicht selten zu einer ersten beruflichen Anstellung bei der IHK Frankfurt führten. Derzeit befinden sich drei Fachinformatiker für Systemintegration in der Ausbildung, von denen die erfolgreichen Absolventen mit gutem Ausbildungsverlauf einen Jahresvertrag erhalten. Für den dualen Studiengang „BWL Wirtschaftsförderung“ wurde eine Stelle in den Geschäftsbereichen Standort- sowie Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung eingerichtet.

Neben den hoheitlichen Aufgaben einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ist die IHK Frankfurt auch ein Dienstleistungsunternehmen. Die Mitarbeiter sind gesuchte Gesprächspartner, auch über den IHK-Bezirk hinaus, und stehen mit ihrer Expertise und Kompetenz für Qualität und Zuverlässigkeit. Daher sind die Anforderungen hinsichtlich der Fachkompetenz, Kommunikationsfähigkeit und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, hoch. Im Interesse der optimalen Kundenbetreuung wird die notwendige Vielfalt der Mitarbeiter unterschiedlichster Bildungsprofile mit regelmäßigen individuellen und kompetenzbasierten Weiterbildungsmaßnahmen und zielgerichteten Trainings gefördert. Diese richten sich systematisch an den künftigen Anforderungen aus, die in den jährlichen Mitarbeitergesprächen festgelegt werden. Für die Führungskräfte ist ein 360-Grad-Feedback eingeführt, das mit entsprechenden Maßnahmen zur Entwicklung der Führungsrolle begleitet wird. Zur Sicherung des Qualitätsanspruchs hat die IHK Frankfurt Führungsleitlinien etabliert und damit ein Wertesystem geschaffen, das den Orientierungsrahmen für Führung und Zusammenarbeit in der IHK vorgibt. Diese Leitlinien dienen der Förderung einer einheitlichen Führungskultur, schaffen Transparenz und sind Grundlage bei den Feedback-Systemen. Das innovative Potenzial der Mitarbeiter wird über die Einrichtung eines Ideenmanagements gefördert, bei dem Vorschläge, die eine Verbesserung der Produkte, Prozesse, Dienstleistungen oder der internen Strukturen bewirken, eingereicht werden können.

GESUNDHEITSMANAGEMENT

Gesunde, qualifizierte und motivierte Beschäftigte spielen eine zentrale Rolle bei der Erfüllung der Aufgaben. Im Rahmen einer präventiven Gesundheitsförderung der Beschäftigten ist ein betriebliches Gesundheitsmanagement, zu dem eine regelmäßige Ersthelfer-Ausbildung, Begehungen von Arbeitsstätten, betriebsärztliche Pflicht- und Angebotsuntersuchungen, jährliche Gripeschutzimpfungen und die Gestaltung der Arbeitsplätze nach aktuellen ergonomischen Erkenntnissen gehören, eingerichtet. Außerdem wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern regelmäßig die Teilnahme an regionalen Laufereignissen ermöglicht.

4. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Die IHK Frankfurt hat auf freiwilliger Basis ein umfassendes Risikomanagement-System eingeführt, welches es ermöglicht, wesentliche bestands-, erfolgs- und existenzgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten durch geeignete Maßnahmen zu steuern und auf ein akzeptables Maß zu begrenzen. Unter Risiko versteht die IHK Frankfurt Entwicklungen beziehungsweise Ereignisse, die das Erreichen

der operativen Planung, der ordnungsgemäßen Geschäftsführung und der strategischen Ziele negativ beeinflussen können. Sichergestellt wird dies durch ein umfassendes Risikoinventar, welches gewährleistet, dass solche Risiken frühzeitig identifiziert, einheitlich bewertet, gesteuert und überwacht werden.

Unter dem Blickwinkel der Risikobewertung und der Eintrittswahrscheinlichkeit ergeben sich für die IHK Frankfurt als Körperschaft des öffentlichen Rechts hauptsächlich Risikoindikatoren aus dem regulatorischen, wirtschaftlichen und politischen Umfeld, aber auch aus möglichen gerichtlichen Auseinandersetzungen hinsichtlich einzelner struktureller Anpassungen. Die rechtlichen Risiken für die IHK als Körperschaft des öffentlichen Rechts können maßgeblich durch die Einflüsse der Politik, die Entwicklungen und Entscheidungen zu den Kammerorganisationen in den europäischen Nachbarländern und auch durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts beeinflusst werden.

Dabei ist die andauernde Diskussion zu den Alternativen oder der Rechtmäßigkeit der Selbstverwaltung der Wirtschaft, zur Finanzierung der IHKs über Pflichtbeiträge, zur Reform des Kammerwesens und der Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf private Dienstleister oder die Verlagerung auf staatliche Stellen nicht nur Herausforderung, sondern auch Chance. Denn die ständige Überprüfung und Optimierung der Prozesse, der Dienstleistungen und Produkte ist Grundlage einer konsequenten Weiterentwicklung innerhalb der IHK-Organisation.

Konjunkturelle Schwankungen können nachgelagert erheblichen Einfluss auf die finanzielle Situation nehmen, genauso wie die andauernde Niedrigzinsphase, eine Neugestaltung der Gemeindefinanzen, Reformen zu Erbschafts- und Unternehmenssteuer und weitere die Wirtschaft belastende Regelungen, die nicht nur die Ertragslage der Mitgliedsunternehmen, sondern auch die der IHK Frankfurt zeitlich verlagert beeinflussen. Aus dem Umfang der Entwicklung, Neugründung und Ansiedlung von Unternehmen können sich genauso wie aus Unternehmensschließungen oder Firmensitzverlagerungen ertragsstarker Mitgliedsunternehmen finanzielle Chancen, aber auch Risiken für die zukünftige Gewerbeertragsentwicklung und damit auch für die Höhe der Mitgliedsbeiträge im IHK-Bezirk ergeben, die im Vorfeld nicht einzuschätzen sind.

Gefährdungen, die die täglichen Geschäftsabwicklungen beeinträchtigen können, werden durch interne Kontrollmechanismen und die externe Überprüfung der Einhaltung der hinterlegten Qualitäts- und Sicherheitsstandards permanent beobachtet. Einzelrisiken, die sich aus Projekten oder besonderen Maßnahmen ergeben können, werden besonders kritisch begleitet und teilweise auch durch externe Expertisen, unterstützt. Unternehmenskritische IT-Systeme sind grundsätzlich redundant ausgelegt. Wiederherstellzeiten bei technischen Unterbrechungen sind vertraglich garantiert. Der Einsatz eines professionellen Sicherheitsservices steuert die tägliche Besucherzahl für IHK und Deutsche Börse AG gleichermaßen. Der vorhandene Versicherungsschutz deckt alle vorhandenen und absehbaren Gefährdungen und Gefahrensituationen.

Risiken, die den Fortbestand der IHK Frankfurt unter Substanz- und Liquiditätsgesichtspunkten gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, bestehen aus heutiger Sicht nicht. Für alle im abgelaufenen Geschäftsjahr erkennbaren Risiken wurde, soweit die Voraussetzungen für eine bilanzielle Berücksichtigung gegeben waren, im Rahmen des Jahresabschlusses Vorsorge getroffen.

5. WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die über die normale Geschäftstätigkeit hinausgehen, haben sich nicht ergeben.

6. AUSBLICK UND ERWARTETE ENTWICKLUNGEN

Die deutsche Wirtschaft ist in den letzten Quartalen maßgeblich durch die lebhafte Binnennachfrage gewachsen. Treibende Faktoren waren die günstige Arbeitsmarktlage und starke Zuwächse der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Die Auslandsgeschäfte der Unternehmen leiden momentan noch unter einer schwachen Nachfrage aus den Schwellenländern, die sich auch auf die gewerbliche Investitionstätigkeit auswirkt. In Erwartung einer Erholung der Absatzmärkte außerhalb des Euro-Raums und eines sich verstärkenden Wirtschaftswachstums im Euro-Raum halten die Wirtschaftsinstitute für 2016 ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von bis zu 1,8 Prozent für möglich. Im IHK-Bezirk Frankfurt ist eine insgesamt ähnlich verlaufende konjunkturelle Entwicklung zu erwarten. Während die Geschäftslage der Unternehmen in der aktuellen IHK-Konjunkturumfrage zum Jahresbeginn einen neuen Rekordwert erreicht – 93 Prozent der Unternehmen berichten von guten oder befriedigenden Geschäften – hinterlässt der volatile Nachrichtenfluss Spuren in sinkenden Erwartungen für die nächsten Monate und steigert die Risikosensibilität insgesamt. Dennoch werden vorerst die hohe Konsumbereitschaft, niedrige Zinsen und Rohstoffpreise und ein verhältnismäßig schwacher Euro die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin begünstigen. Nur eine anhaltende konjunkturelle Abschwächung in China und in den Schwellenländern sowie eine Zinserhöhung in den USA könnten hemmende Faktoren sein. Obwohl diese Entwicklung auf den ersten Blick erfreulich ist, birgt das aktuelle konsumorientierte Wachstumsmodell dauerhaft Risiken. Es basiert auf hohen Tarifabschlüssen, denen seit längerem keine entsprechenden Produktivitätssteigerungen gegenüberstehen. Da die Konkurrenten aus den anderen Industrienationen und Euro-Ländern in den vergangenen Jahren zurückhaltender waren, sind die Folge zunehmende Lohnstückkosten, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen stetig verschlechtern.

Die augenblickliche Zuwanderung nach Deutschland ist in erster Linie vor dem Hintergrund der Notlage der Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern zu sehen. Aus Höhe und Struktur der Flüchtlingszuwanderung werden sich Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung, den Arbeitsmarkt und die Staatsfinanzen ergeben. Entscheidende Faktoren für die Auswirkungen sind neben der Statusanerkennung und dem damit verbundenen Bleiberecht Altersstruktur, Sprachkenntnisse und Qualifikationen. Mittlerweile festigt sich die Erkenntnis, dass die schulischen und beruflichen Qualifikationen der Asylsuchenden deutlich hinter denjenigen von Deutschen oder anderen Migranten zurückbleiben. Eine eher seltene Zertifizierung in den Herkunftsländern erschwert die Einschätzung der Abschlüsse. Andererseits können die größtenteils sehr jungen Flüchtlinge Abschlüsse in Deutschland erwerben. Hier liegt eine große Herausforderung für das deutsche Bildungssystem. Zu den wesentlichen Forderungen der Unternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt gehört, das Asylverfahren insgesamt zu beschleunigen, da lange Wartezeiten alle Beteiligten vor große Belastungen stellen. Zudem brauchen die Unternehmen Rechtssicherheit hinsichtlich ihres Engagements in der Ausbildung. Daher sollen geduldete Ausländer, die eine Ausbildungsstelle in Deutschland gefunden haben, ihre Ausbildung abschließen und im Anschluss eine befristete Arbeitserlaubnis für eine zweijährige Anschlussbeschäftigung im Ausbildungsbetrieb erhalten können. Die Vollversammlung der IHK Frankfurt hat im Oktober 2015 die Resolution „Verantwortung zeigen – Integration stärken“ verabschiedet, die in der laufenden politischen Diskussion herangezogen wird, um die Fragen und Forderungen der Wirtschaft zu vertreten.

Die Redner auf dem Jahresempfang der IHK Frankfurt stellten neben den Chancen für eine dauerhaft herausgehobene wirtschaftliche Stellung der Metropolregion die Herausforderungen für den Finanzplatz und bei der Bewältigung der Flüchtlingsfragen in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Während seiner Festrede äußerte sich Prof. Volker Wieland, Stiftungsprofessor für monetäre Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, kritisch zur Euro-Krise. Er erinnerte eindringlich an die Grenzen der Geldpolitik, forderte die EZB zu einem Kurswechsel auf und plädierte für grundlegende Strukturreformen in den Krisenländern des Euro-Raums, aber auch in Deutschland. Mit Blick auf die Flüchtlingszuwanderung warnte er vor überzogenen wirtschaftlichen Hoffnungen und beschrieb die Integration als schwierigen und langwierigen Generationenprozess.

Die Vollversammlung der IHK Frankfurt hat im Dezember 2015 einen Wirtschaftsplan beschlossen, der für 2016 weiterhin die Beibehaltung der bisherigen niedrigen Struktur der Grundbeiträge, des abgesenkten Umlagesatzes und die statierliche Auflösung der Liquiditätsrücklage vorsieht. Den massiven aufwandswirksamen Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan aus der Niedrigzinsphase bei der Bewertung der langfristigen Rückstellungen wird über eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage Rechnung getragen.



Prof. Dr. Mathias Müller
Präsident



Matthias Gräble
Hauptgeschäftsführer

Frankfurt am Main, den 12. Februar 2016

BILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2015

AKTIVA		
TAUSEND EURO	31. 12. 2015	31. 12. 2014
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	303	76
II. Sachanlagen	41.408	40.927
III. Finanzanlagen	89.082	92.369
	130.793	133.372
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	1.225	1.292
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.388	4.015
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	5.468	9.311
	11.081	14.619
C. Rechnungsabgrenzungsposten	645	658
	142.518	148.649

ANLAGENSPIEGEL 2015

ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSKOSTEN IN TAUSEND EURO					
	Stand 01. 01. 2015	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31. 12. 2015
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.205	402	0	0	2.607
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.205	402	0	0	2.607
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	44.676	887	0	0	45.563
2. Technische Anlagen und Maschinen	236	0	0	0	236
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.299	470	5	38	6.736
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5	0	-5	0	0
Sachanlagen	51.216	1.357	0	38	52.535
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	53.421	1.759	0	38	55.142

PASSIVA		
TAUSEND EURO	31. 12. 2015	31. 12. 2014
A. Eigenkapital		
I. Nettoposition	28.000	28.000
II. Ausgleichsrücklage	16.450	16.450
III. Liquiditätsrücklage	8.700	11.600
IV. Andere Rücklagen	1.328	5.110
V. Ergebnis	2.639	3.262
	57.118	64.422
B. Rückstellungen	83.888	82.192
C. Verbindlichkeiten	1.458	1.964
D. Rechnungsabgrenzungsposten	54	70
	142.518	148.649

ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN IN TAUSEND EURO				BUCHWERTE IN TAUSEND EURO		
Stand 01. 01. 2015	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31. 12. 2015	Stand 31. 12. 2015	Stand 31. 12. 2014
2.129	175	0	0	2.304	303	76
2.129	175	0	0	2.304	303	76
5.366	398	0	0	5.764	39.799	39.310
229	5	0	0	234	2	7
4.694	472	0	37	5.129	1.607	1.605
0	0	0	0	0	0	5
10.289	875	0	37	11.127	41.408	40.927
12.418	1.050	0	37	13.431	41.711	41.003

ERFOLGSRECHNUNG

ZEITRAUM VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2015

TAUSEND EURO	2015	2014
1. Beiträge	26.810	27.531
2. Gebühren	3.421	3.582
3. Erträge aus Entgelten	1.711	1.789
4. Bestandsveränderungen	-69	-31
5. Sonstige betriebliche Erträge	4.498	5.333
davon aus Erstattungen	1.767	2.226
davon aus öffentlichen Zuwendungen	191	0
BETRIEBSERTRÄGE	36.371	38.205
6. Materialaufwand	3.508	3.390
7. Personalaufwand	16.947	18.191
8. Abschreibungen	1.050	955
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	20.404	18.212
davon Bauwirtschaftsplan „Umbau Südflügel“	4.371	2.272
BETRIEBSAUFWAND	41.909	40.748
BETRIEBSERGEBNIS	-5.538	-2.543
10. Finanzergebnis	-1.554	-1.574
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	-7.092	-4.117
11. Außerordentliches Ergebnis	0	0
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag, sonstige Steuern	213	213
JAHRESERGEBNIS	-7.305	-4.330
13. Ergebnisvortrag	3.262	2.981
14. Entnahmen aus Rücklagen	8.042	4.971
15. Einstellung in Rücklagen	-1.360	-360
16. ERGEBNIS	2.639	3.262

FINANZRECHNUNG

TAUSEND EURO	2015	2014
Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	-7.305	-4.330
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-5.388	-1.288
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1.545	2.801
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	5.468	9.311

ANHANG

I. GRUNDSÄTZE DER BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

Die IHK Frankfurt ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Nach § 3 Absatz 7a IHKG sind die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss anzuwenden. Seit 2014 gilt das neue Finanzstatut der IHK Frankfurt am Main, welches am 12. Dezember 2013 von der Vollversammlung beschlossen und vom Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung am 8. Januar 2014 genehmigt wurde. Es bildet die rechtliche Grundlage für die Erstellung des Jahresabschlusses nach kaufmännischen Grundsätzen und unter Beachtung der Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts. Darüber hinaus gelten die zur Ausführung des Finanzstatuts in 2014 von Präsident und Hauptgeschäftsführer erlassenen Richtlinien.

Abschlussstichtag ist der 31. Dezember.

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige kumulierte Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden grundsätzlich die steuerlich anerkannten Abschreibungstabellen zugrunde gelegt, die der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechen. Danach ist die Nutzungsdauer bei immateriellen Vermögensgegenständen mit 3 oder 5 Jahren, bei Einbauten mit 7 bis 14 Jahren, bei technischen Anlagen und Maschinen sowie bei anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 3 und 14 Jahren bzw. in Einzelfällen mit 23 Jahren angesetzt. **Grundstücke und Gebäude** wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Zeitwert (Verkehrswertermittlung) bilanziert. Das Gebäude wird über die im Gutachten festgelegte Restnutzungsdauer von 30 Jahren ab 2003 linear abgeschrieben. **Geringwertige Vermögensgegenstände**, deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zwischen 150 Euro und 410 Euro netto liegen, werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Zuschreibungen erfolgen insoweit, als die Gründe für eine in früheren Geschäftsjahren vorgenommene Abschreibung nicht mehr bestehen. Die **sonstigen Ausleihungen** werden, soweit sie nicht mit dem Aktivwert anzusetzen sind, zum Nennwert bilanziert.

Die **Vorräte** enthalten Bestände der Druckerei, des Büromateriallagers sowie Getränke und Waren, die zum Weiterverkauf bestimmt sind. Sie werden zu den letzten Einstandspreisen bewertet. Bei den Unfertigen Leistungen handelt es sich um anteilige Abgrenzungen von Ausbildungsgebühren, die erst bei Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden. Die Bewertung erfolgt anhand der in der Gebührenordnung festgesetzten Gebührentarife. Die **Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten sowie die sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Den im Forderungsbestand liegenden erkennbaren besonderen Situationen wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen nach dem Ermessen der Risikoeintrittswahrscheinlichkeit Rechnung getragen. Darüber hinaus werden den Forderungen aus Beiträgen Wertberichtigungen auf Basis festgelegter Abwertungssätze anhand von Erfahrungswerten der Vergangenheit im Rahmen einer Altersstruktur-Analyse vorgenommen. Zusätzlich wird eine Pauschalwertberichtigung für Forderungen aus Gebühren und Entgelten in Höhe von 3 % auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand vorgenommen.

Bankguthaben und Kassenbestände sind zum Nominalwert bilanziert.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden Ausgaben vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Rückstellungen für **Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode), unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck, mit dem ermittelten Erfüllungsbetrag bewertet. Für die Abzinsung wird nach § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte und bekanntgegebene durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren angewendet (3,89 %). Das Renteneintrittsalter wurde in Vorjahren mit 65 (Altersrente) bzw. mit 63 (vorgezogene Altersrente) angenommen. Im Geschäftsjahr 2015 wurde erstmalig, abweichend zu Vorjahren, die individuelle Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt und der Rententrend von 2,0 % auf 1,75 % abgesenkt. Erwartete Gehaltssteigerungen sind mit unveränderten 2,5 % und eine Fluktuationsquote für verschiedene Altersstufen mit Werten von 0,0 % bis 12,9 % berücksichtigt.

Steuerrückstellungen werden für noch nicht veranlagte Körperschaft- und Gewerbesteuer der Betriebe gewerblicher Art der IHK Frankfurt sowie für sonstige Steuern gebildet.

Alle **langfristigen Rückstellungen** werden mit dem abgezinsten Erfüllungsbetrag gemäß § 253 HGB ausgewiesen, soweit der Zinseffekt nicht von untergeordneter Bedeutung ist. Der Erfüllungsbetrag umfasst auch die am Bilanzstichtag zu berücksichtigenden Kostensteigerungen. Für wesentliche Rückstellungen werden Bewertungsgutachten bzw. Berechnungen von sachverständigen Dritten eingeholt.

Zur Ermittlung der **Beihilferückstellungen** werden ein Zinssatz von 3,89 % und ein Schadenstatistiktrend (2,0 %) berücksichtigt. Der Anteil dieser Verpflichtungen, für den die Deutsche Börse AG vertraglich einsteht, wurde mit den Vermögenswerten als Planvermögen in Höhe von 772 Tausend Euro verrechnet.

Bei der Berechnung der **Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten** wurden eine Gehaltsdynamik von 2,5 % sowie der zum 31. Dezember 2015 veröffentlichte und der durchschnittlichen Restlaufzeit der Verpflichtungen entsprechende Abzinsungssatz von 3,09 % zugrunde gelegt.

Für alle kurzfristigen ungewissen Verbindlichkeiten und alle sonstigen erkennbaren Risiken werden **sonstige Rückstellungen** in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** umfasst alle bis zum Bilanzstichtag getätigten Einnahmen, soweit sie Erträge künftiger Perioden darstellen.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung des Anlagevermögens der IHK Frankfurt während des Geschäftsjahres 2015 ist aus dem Bruttoanlagenspiegel ersichtlich.

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die Zugänge von 402 Tausend Euro betreffen im Wesentlichen die Erstellung einer neuen BI-Software (218 Tausend Euro) und MS Office Lizenzen (98 Tausend Euro).

SACHANLAGEN

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betragen insgesamt 1.357 Tausend Euro und wurden überwiegend im Rahmen der Sanierung des Südflügels in die Gebäudetechnik mit 884 Tausend Euro sowie in Geschäftsausstattung mit 219 Tausend Euro getätigt.

FINANZANLAGEN

Die IHK weist folgende Finanzanlagen aus:

TAUSEND EURO	31. 12. 2015	31. 12. 2014
Beteiligungen	20	20
Wertpapiere des Anlagevermögens	67.145	66.382
Sonstige Ausleihungen	21.917	25.967
	89.082	92.369

Unter den **Beteiligungen** werden die Anteile der IHK Frankfurt an der FIZ GmbH ausgewiesen, die unter den sonstigen Angaben erläutert werden.

Die **Wertpapieranlagen** dienen der finanziellen Rückdeckung der pflichtmäßigen und zweckgebundenen Rücklagen und sind in festverzinslichen Papieren mit besten Bonitätseinstufungen angelegt. Unter diesen ist auch ein zur Absicherung der Altersversorgungsverpflichtungen dotierter geschlossener Fonds („Hermes-Fonds“) ausgewiesen, dessen Verwaltung einem externen Fondsmanagement unterliegt. Die ordentlichen Nettoerträge dieser Vermögensanlage werden grundsätzlich ausgeschüttet und dem Fonds anschließend durch Zukauf neuer Anteile wieder zugeführt. Der Buchwert des Fondsvermögens beträgt zum Stichtag 58.088 Tausend Euro und liegt damit unter dem Kurswert zum Jahresende von 61.870 Tausend Euro.

Die **sonstigen Ausleihungen** enthalten Darlehen, sonstige Anteile, Rückdeckungsversicherungen und Festgelder. Letztere dienen zusammen mit den Wertpapieren der finanziellen Absicherung einzelner Rücklagen- und Rückstellungspositionen. Ein langfristig verzinstes **Darlehen** wurde an die MBG Hessen mbH (Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen, 90 Tausend Euro) vergeben. Von dem Darlehen an die Bürgschaftsbank war die erste Teilrückzahlung von 32 Tausend Euro in 2014 fällig und wurde vertragsgemäß an die IHK Frankfurt überwiesen. Der Restbetrag von 22 Tausend Euro des Darlehens an die Bürgschaftsbank Hessen wurde zum 30.06.2015 fällig, so dass das Darlehen im Geschäftsjahr vollständig zurückgezahlt wurde.

Außerdem hält die IHK Frankfurt direkt oder indirekt **Anteile** an der MBG Hessen mbH (5,65 %), der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region (3,43 %), der Bürgschaftsbank Hessen GmbH (3,38 %) sowie der IHK-GfI GmbH (2,23 %). Darüber hinaus hält die IHK Frankfurt, entsprechend dem Beschluss der Vollversammlung vom 12. Dezember 2013, einen Anteil von 5 % (nominal 12,5 Tausend Euro) unmittelbar an der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, womit ein jährlicher Zuschuss von 200 Tausend Euro verbunden ist.

UMLAUFVERMÖGEN

VORRÄTE

Die Vorräte von 1.225 Tausend Euro (Vorjahr 1.292 Tausend Euro) enthalten im Wesentlichen die abgegrenzten unfertigen Leistungen für Ausbildungsgebühren (1.171 Tausend Euro), welche erst zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden.

FORDERUNGEN AUS BEITRÄGEN, GEBÜHREN UND ENTGELTEN

Die Forderungen liegen über Vorjahresniveau. Von dem wertberechtigten Forderungsbestand aus Beiträgen entfallen 79,3 % auf das Veranlagungsjahr 2015.

TAUSEND EURO	31. 12. 2015	31. 12. 2014
Beiträge	3.620	3.081
davon Handelsregisterunternehmen	3.298	2.787
Kleingewerbetreibende	322	294
Gebühren und Entgelte	501	590
	4.121	3.671

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen neben Zinsabgrenzungen von 112 Tausend Euro vor allem die Verrechnungskonten für die Sondereinrichtungen der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern (49 Tausend Euro).

KASSENBESTAND, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS

Die Zahlungsmittel schließen Barmittel, Geldkonten und kurzfristige Geldanlagen bei Kreditinstituten zur Sicherung der laufenden Liquidität ein.

TAUSEND EURO	31. 12. 2015	31. 12. 2014
Kurzfristige Termingelder	3.219	6.329
Sonstige	2.249	2.982
	5.468	9.311

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurde im Wesentlichen gebildet für die im Voraus zu zahlenden Versorgungsleistungen an Pensionäre sowie für übliche Vorauszahlungen, überwiegend im Rahmen von Dauerschuldverhältnissen (Miet- und Wartungsverträge etc.).

EIGENKAPITAL

Die Nettoposition wurde bei Erstellung der Eröffnungsbilanz in 2003 auf 28.000 Tausend Euro festgesetzt und beträgt bezogen auf die Bilanzsumme 19,6 % (Vj. 18,8 %).

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben werden pflichtmäßige und auf Beschluss der Vollversammlung zweckgebundene Rücklagen gebildet. Das Finanzstatut sieht die Bildung einer Ausgleichsrücklage vor, welche dem Ausgleich aller ergebniswirksamen Schwankungen dient und bis zu 50 % der geplanten Gesamtaufwendungen betragen kann. Sie ist zum Bilanzstichtag mit rund 36,5 %, bezogen auf die geplanten Aufwendungen 2015, dotiert.

Die Liquiditätsrücklage wird gemäß Beschluss der Vollversammlung auf Grundlage des ab 2014 geltenden neuen Finanzstatuts der IHK Frankfurt beginnend mit 2014 in gleichen Jahresraten (2,9 Mio. Euro p.a.) über fünf Jahre aufgelöst und dient vorwiegend zur Sicherung der derzeitigen Struktur von Grundbeiträgen und Umlagesatz sowie darüber hinaus der regelmäßigen Dotierung einer Rücklage für Substanzerhaltung. Bezogen auf die geplanten Gesamtaufwendungen des Jahres 2015 ist die Liquiditätsrücklage derzeit noch mit rund 19 % dotiert.

Bei der Position „Andere Rücklagen“ handelt es sich um von der Vollversammlung beschlossene zweckgebundene Rücklagen.

TAUSEND EURO	31. 12. 2015	31. 12. 2014
Nettoposition	28.000	28.000
Ausgleichsrücklage	16.450	16.450
Liquiditätsrücklage	8.700	11.600
Andere Rücklagen	1.328	5.110
davon Bau- und Investitionsrücklage	0	4.714
Regionenförderung	572	0
Rücklage Substanzerhaltung	720	360
Rücklage Projekt berufliche Bildung	36	36
Ergebnis	2.639	3.262
	57.117	64.422

Der Beschluss zur Verwendung des Ergebnisses 2014 sah einen Vortrag auf neue Rechnung vor. Darüber hinaus wurde eine Zuführung zu den anderen Rücklagen von 1.360 Tausend Euro beschlossen. Dies betraf die Dotierung zum einen einer Substanzerhaltungsrücklage, welche der historischen Bedeutung und dem entsprechend hohen Sanierungs- und Instandhaltungsaufwand des IHK-Gebäudes Rechnung trägt (360 Tausend Euro) und zum anderen einer Rücklage „Aktivitäten zur Regionalentwicklung“ (1.000 Tausend Euro).

Die Beschlussfassung der Vollversammlung über die Vorschau 2015 vom 9. Dezember 2015 sieht Entnahmen aus den anderen Rücklagen von insgesamt 5.142 Tausend Euro vor. Diese entfallen mit 428 Tausend Euro auf die Rücklage „Aktivitäten zur Regionalentwicklung“ sowie auf die Bau- und Investitionsrücklage (4.714 Tausend Euro). Beschlusskonform wurde die Rücklage „Aktivitäten zur Regionalentwicklung“ in 2015 teilweise verwendet und die Bau- und Investitionsrücklage mit der Entnahme im Geschäftsjahr vollständig in Anspruch genommen.

Für das Folgejahr ist eine weitere Verwendung der Rücklage „Aktivitäten zur Regionalentwicklung“ geplant und eine Fortführung der ratierlichen Aufstockung der Substanzerhaltungsrücklage.

Die Erfolgsrechnung 2015 schließt, unter Einbeziehung des Ergebnisvortrages sowie nach Rücklagenveränderungen, mit einem Ergebnis von 2.639 Tausend Euro, welches dem Beschluss der Vollversammlung entsprechend auf neue Rechnung vorgetragen und im Folgejahr für die Beibehaltung der gesenkten Grundbeiträge und des Umlagesatzes und somit zur Entlastung der Mitgliedsunternehmen zur Verfügung stehen wird.

RÜCKSTELLUNGEN

Die Pensionsrückstellungen enthalten auch Verpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitarbeitern der Deutschen Börse AG, für die eine Übernahme erklärt wurde. Diese Position (8.534 Tausend Euro) stellt Planvermögen dar und wird mit den entsprechenden Pensionsverpflichtungen verrechnet.

Steuerrückstellungen für laufende oder voraussichtliche Steuernachzahlungen sind nicht anzusetzen.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen u. a. Rechts- und Beratungskosten, Jahresabschlussprüfungskosten, ausstehende Rechnungen sowie alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten sowie Personalkosten aus Jubiläumszuwendungen, Altersteilzeit, Beihilfen, rückständigen Urlaubstagen und ähnlichen Verpflichtungen, deren Wertansatz, sofern erforderlich, versicherungsmathematische Gutachten zugrundeliegen.

TAUSEND EURO	31. 12. 2014	Zugang ¹	Abgang ²	31. 12. 2015
Pensionsrückstellungen u. ähnl. Verpflichtungen	72.673	5.204	4.062	73.815
Steuerrückstellungen	0	0	0	0
Sonstige Rückstellungen	9.519	2.417	1.863	10.073
	82.192	7.621	5.925	83.888

1 Im Zugang sind auch die versicherungsmathematischen Aufzinsungen enthalten

2 Im Abgang sind sowohl Inanspruchnahmen wie auch Auflösungen enthalten

VERBINDLICHKEITEN

Alle Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten zum Stichtag im Wesentlichen Sicherheitseinbehalte aus der Baumaßnahme „Umbau Südflügel“ von 128 Tausend Euro, deren Restlaufzeit der Gewährleistungsfrist von 5 Jahren entspricht.

TAUSEND EURO	31. 12. 2015	31. 12. 2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	852	1.516
Sonstige Verbindlichkeiten	606	448
	1.458	1.964

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde für im Berichtsjahr vereinnahmte Veranstaltungsentgelte für Langzeitlehrgänge gebildet, die im Folgejahr bei den Erträgen aus Entgelten realisiert werden.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR ERFOLGSRECHNUNG

Die IHK Frankfurt unterliegt als Körperschaft des öffentlichen Rechts dem öffentlichen Haushaltsrecht. Inhalt und Umfang ihrer Tätigkeiten ergeben sich aus den gesetzlichen Grundlagen – insbesondere dem Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) – und durch die Beschlüsse der Vollversammlung, der gewählten Vertretung der IHK-Mitglieder. Die Finanzierung der Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, Gebühren sowie Entgelten für einzelne Dienstleistungen. Der jährliche Wirtschaftsplan ist in einen Erfolgs- und einen Finanzplan gegliedert. In der Erfolgsplanung werden sämtliche Erträge und Aufwendungen aufgeführt. Die Finanzplanung gibt Informationen über die Investitions- und Finanzierungstätigkeiten. Die jährliche Planung folgt den Grundsätzen zweckmäßiger und auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedachter Wirtschaftsführung. Der Wirtschaftsplan und der Jahresabschluss werden von den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und des Präsidiums beraten und von der Vollversammlung beschlossen.

1. BEITRÄGE

Die Veranlagung zu Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die im Bezirk der IHK Frankfurt eine Niederlassung oder eine Betriebsstätte unterhalten und die eine gewerbesteuerpflichtige Tätigkeit ausführen. Entscheidend ist die Festsetzung durch die Finanzbehörden.

Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die IHK Frankfurt wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung von Grundbeiträgen und Umlagen nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Frankfurt die endgültige Bemessungsgrundlage durch die zuständige Finanzbehörde bekanntgegeben wird.

Deshalb werden die Erträge aus Beiträgen getrennt nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und denen der Vorjahre (endgültig) ausgewiesen. Weiterhin werden sie nach den Umlagen und den Grundbeiträgen gegliedert. Gewerbesteuerpflichtige Unternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind sowie bestimmte Vereine und deren Gewinn oder Gewerbeertrag 5.200 Euro im Geschäftsjahr nicht übersteigt, sind von diesen Beiträgen freigestellt. Existenzgründer sind von der Beitragspflicht unter bestimmten Bedingungen ebenfalls befreit. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften besteht die Besonderheit, dass die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Umlage um einen Freibetrag von 15.340 Euro zu kürzen ist.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Beiträge	26.810	27.531
davon		
Grundbeiträge laufendes Jahr	9.080	8.890
Umlagen laufendes Jahr	11.466	10.463
Grundbeiträge Vorjahre	473	354
Umlagen Vorjahre	5.791	7.824

Höhere Vorauszahlungen auf die zu erwartenden Gewerbeerträge 2015 und steigende beitragspflichtige Mitgliedszahlen führten dazu, dass die Beiträge trotz der Beitragssenkungen in Vorjahren über den Erwartungen lagen. Die Beitragsbemessungsgrundlagen aus Vorjahren hingegen nahmen gegenüber dem Vorjahr erstmals um 1,9 Mio. Euro ab. Im Dezember 2015 wurde anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, jedoch noch nicht beschiedenen, Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Daraus ergaben sich weder Forderungen noch Verbindlichkeiten.

2. GEBÜHREN

Für die hoheitlichen Tätigkeiten werden Gebühren erhoben, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstige Gebühren gliedern:

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Gebühren	3.421	3.582
davon		
Eintragungs- und Prüfungsgebühren	1.453	1.464
Fortbildungsgebühren	911	891
Sonstige Gebühren	1.057	1.227

Die Gebühren liegen unter Berücksichtigung der Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen (siehe Posten 4 der Erfolgsrechnung) insgesamt etwas unterhalb der Erwartungen. Zum Jahresende konnten 5.348 (Vj. 5.279) neu eingetragene Ausbildungsverhältnisse im IHK-Bezirk Frankfurt registriert werden. Von den Fortbildungsgebühren entfallen 251 Tausend Euro auf Ausbilderprüfungsgebühren.

Der Rückgang der sonstigen Gebühren gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus geringeren Erträgen aus Gebühren für die Registrierung der Finanzanlagevermittler (70 Tausend Euro). Hingegen lagen die Erträge aus dem Unterrichtsverfahren für das Bewachungsgewerbe (290 Tausend Euro) und die Gebühren für Ursprungszeugnisse (142 Tausend Euro) leicht über dem Vorjahresniveau.

3. ENTGELTE

Die Entgelte bilden den Service- und Dienstleistungsbereich ab, in dem die IHK Frankfurt mit Betrieben gewerblicher Art unternehmerisch tätig und ertrags- und umsatzsteuerpflichtig ist.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Entgelte	1.711	1.789
davon		
Verkaufserlöse	51	81
Bildungszentrum, Seminare und Kurse	1.642	1.690
Sonstige Entgelte	18	18

Die Verkaufserlöse liegen auf Vorjahresniveau. Zu Beginn des Jahres wurde der Adressverkauf aufgrund der stetig rückläufigen Nachfrage eingestellt. Bei leicht rückläufigen Erträgen aus sonstigen entgeltspflichtigen Seminaren und Kursen war die Nachfrage nach Kursen im Bildungszentrum (1.478 Tausend Euro) im Vorjahresvergleich stabil und übersteigt die Erwartungen der Vorschau.

4. ERHÖHUNG ODER VERMINDERUNG DES BESTANDES AN FERTIGEN UND UNFERTIGEN LEISTUNGEN

Die Bestandsverminderung an unfertigen Leistungen von 69 Tausend Euro ist durch die Ausbildungsgebühren, die erst zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden, bedingt. Die Bestandsveränderung ist in die Betrachtung der Erträge aus Gebühren einzubeziehen.

5. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten insbesondere Erstattungen. Davon trägt die Deutsche Börse AG aufgrund vertraglicher Vereinbarungen zur Kostenübernahme für sonstige betriebliche Aufwendungen und Personalaufwendungen 1.488 Tausend Euro. In den sonstigen Erträgen sind die Werterhöhungen des Anlagevermögens (1.359 Tausend Euro) sowie die im Vorjahresvergleich höheren Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (368 Tausend Euro) enthalten. Darüber hinaus entstand ein periodenfremder Ertrag von 60 Tausend Euro im Wesentlichen aus einem quotal bedienten Insolvenzverfahren (52 Tausend Euro). Bei den Nebenerlösen werden die Erträge aus den Vermietungen von Sälen, Laden- und Büroflächen ausgewiesen, welche wegen des durch die Bauarbeiten eingeschränkten Vermietungsgeschäftes unter Vorjahresniveau liegen. Öffentliche Zuwendungen hat die IHK Frankfurt in 2015 für die Projekte Bildungscoaches (111 Tausend Euro) und European Enterprise Network (50 Tausend Euro) sowie für den hessischen Exportpreis (15 Tausend Euro) erhalten; darüber hinaus eine städtische Zuwendung für den Denkmalschutz der Fassade (15 Tausend Euro).

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Sonstige betriebliche Erträge	4.498	5.333
davon		
Erstattungen	1.767	2.226
Sonstige Erträge	2.008	2.551
Nebenerlöse	532	556
Öffentliche Zuwendungen	191	0

6. MATERIALAUFWAND

Unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen werden die Entschädigungen für ehrenamtliche Prüfer in Aus- und Fortbildung (1.187 Tausend Euro), die Aufwendungen für Prüfungsraummieten, Prüfungsaufgaben und Prüfungsmaterialien (1.145 Tausend Euro) sowie die Honorare für Dozenten im Bildungszentrum (502 Tausend Euro) ausgewiesen.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Materialaufwand	3.508	3.390
davon		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	78	75
Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.430	3.315
davon für Ausbildung	1.722	1.603
Fortbildung	789	696
Bildungszentrum	597	648
Sonstige Leistungen	327	373
Skonti, Boni, Rabatte	-5	-5

7. PERSONALAUFWAND

Der Personalaufwand liegt um 1.244 Tausend Euro unter dem Vorjahresergebnis. Den tariflich bedingten Gehaltsanpassungen standen im Vergleich zum Vorjahr bei den Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersvorsorge Entlastungen aus der erstmaligen Berücksichtigung der Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung und der Absenkung des Rententrends von 2 % auf 1,75 % gegenüber dem Vorjahr entgegen.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Personalaufwand	16.947	18.191
davon		
Gehälter	11.742	11.055
Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	5.205	7.136

8. ABSCHREIBUNGEN

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf steuerlich anerkannten Nutzungsdauern, die der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechen. Abschreibungen auf Gegenstände des Umlaufvermögens und außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Abschreibungen	1.050	955
davon auf		
Immaterielle Vermögensgegenstände	175	95
Gebäude- und Gebäudeeinrichtungen	398	398
Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	424	445
Geringwertige Wirtschaftsgüter	53	17

9. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Aufwendungen für Grundstück und Gebäude enthalten, an denen sich die Deutsche Börse AG aufgrund eines vereinbarten Nutzungsschlüssels anteilig beteiligt. Sie liegen auf Grund der Aufwendungen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Umbau Südflügel“ erwartungsgemäß um 2.483 Tausend Euro über dem Vorjahresniveau. Die Bauaufwendungen sind beschlussgemäß durch Entnahmen aus der Bau- und Investitionsrücklage vollständig gedeckt.

Von den Aufwendungen für Mitgliedschaften entfallen 2.101 Tausend Euro auf den DIHK e.V. In den anderen betrieblichen Aufwendungen ist der höhere Einzelwertberichtigungsbedarf auf die Forderungen aus Beiträgen enthalten.

In den anderen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremd Aufwendungen von 9 Tausend Euro enthalten.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Sonstige betriebliche Aufwendungen	20.404	18.212
davon		
Sonstige Personalaufwendungen	1.406	1.423
Mieten und Pachten, Leasing	447	450
Gebühren	82	87
Aufwendungen für Fremdleistung	2.749	2.638
Rechts- und Beratungskosten	835	1.085
Büro-, Reise-, Kommunikationskosten	1.519	1.431
Marketing, Öffentlichkeits- und Veranstaltungsbereich	2.281	2.327
Mitgliedschaften, Versicherungen	3.215	2.778
Aufwendungen für Grundstück und Gebäude	6.434	4.001
davon Baumaßnahme „Umbau Südflügel“	4.371	2.272
Andere betriebliche Aufwendungen	1.436	1.992

10. FINANZERGEBNIS

Maßgeblich für die Finanzerträge sind die Erträge aus den festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens, die sich im Rahmen der für die Industrie- und Handelskammern geltenden konservativen Anlagerichtlinien ergeben, sowie die Erträge aus Termingeldanlagen. Im Finanzergebnis sind auch die nach den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ermittelten Aufwendungen aus der Aufzinsung gesondert unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ gemäß § 277 Abs. 5 HGB ausgewiesen.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Finanzergebnis	1.554	-1.574
davon		
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens	2.014	2.077
Zinsen und ähnliche Erträge	12	29
davon aus Erträgen aus der Abzinsung	0	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.580	3.680
davon aus Aufwendungen aus der Aufzinsung	3.580	3.680

11. AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

Im Geschäftsjahr 2015 haben sich keine außerordentlichen Posten ergeben.

12. STEUERN

Die Steuerabgaben beinhalten insbesondere die Grundsteuer mit 211 Tausend Euro.

14. | 15. RÜCKLAGENVERÄNDERUNG

Die Vollversammlung hat am 9. Dezember 2015 im Rahmen des festzustellenden Nachtragswirtschaftsplans (Vorschau) über die Rücklagenveränderung entschieden. Demnach wird die Liquiditätsrücklage auf Grundlage des ab 2014 geltenden neuen Finanzstatuts der IHK Frankfurt beginnend mit 2014 in gleichen Jahresraten (2,9 Mio. Euro p.a.) über fünf Jahre aufgelöst. Ferner sieht der Beschluss eine Entnahme aus der Rücklage „Aktivitäten zur Regionalentwicklung“ vor, welche für die Entwicklung der Metropolregion und für Maßnahmen der selektiven Unterstützung von Projekten gemäß Beschluss vom 15. April 2015 in Höhe von 1.000 Tausend Euro gebildet wurde. Die Entnahme erfolgte beschlusskonform mit 428 Tausend Euro. Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Umbau Südflügel“ werden laut dem von der Vollversammlung beschlossenen Bauwirtschaftsplan größtenteils durch die Entnahmen aus der Bau- und Investitionsrücklage gedeckt. Nach Abschluss der Baumaßnahme wurde diese Rücklage vollständig aufgelöst (4.714 Tausend Euro).

Der Nachtragswirtschaftsplan sieht darüber hinaus die Bildung einer Substanzerhaltungsrücklage von 360 Tausend Euro vor, welche der besonderen Bedeutung und Gebäudestruktur des historischen IHK-Gebäudes Rechnung trägt und für erforderliche Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten in der Zukunft zur Verfügung steht.

16. ERGEBNIS

Die Erfolgsrechnung des Jahres 2015 schließt – nach Rücklagenveränderungen und unter Einbeziehung des Ergebnisvortrags – mit einem Ergebnis von 2.639 Tausend Euro. Das negative Jahresergebnis von 7.305 Tausend Euro liegt insbesondere wegen erhöhter Aufwendungen im Aus- und Weiterbildungsbereich und erhöhter Pauschalwertberichtigungen der Beitragsforderungen unter den Erwartungen. Gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 9. Dezember 2015 wird das Ergebnis 2015 auf neue Rechnung vorgetragen.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR FINANZRECHNUNG

JAHRESERGEBNIS OHNE AUSSERORDENTLICHE POSTEN

Das Jahresergebnis ist im Geschäftsjahr nicht durch außerordentliche Posten beeinflusst.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	-7.305	-4.330

CASHFLOW AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-5.388	-1.288

CASHFLOW AUS DER INVESTITIONSTÄTIGKEIT

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlage- und des Finanzanlagevermögens. Maßgeblich ist die Investitionstätigkeit bei den Finanzanlagen mit einem positiven Saldo von Ein- und Auszahlungen von 3.302 Tausend Euro, welcher die Dispositionen des Fonds, der Festgelder und der Wertpapierbestände sowie die Werterhöhungen bei den Aktivwerten von Rückdeckungsversicherungen beinhaltet. Hier erfolgten Umschichtungen von Festgeldern in das Umlaufvermögen zur Schaffung der erforderlichen Liquidität für die Baumaßnahme. In das immaterielle Vermögen wurden in 2015 insgesamt 402 Tausend Euro, in das Sachanlagevermögen 1.357 Tausend Euro investiert.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	1.545	2.801

CASHFLOW AUS DER FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT

Die IHK Frankfurt nimmt unverändert keine Darlehen in Anspruch.

TAUSEND EURO	Ist 2015	Ist 2014
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0

FINANZMITTELBESTAND AM ENDE DER PERIODE

Der Finanzmittelbestand vermindert sich aufgrund des negativen Cashflows gegenüber dem Vorjahr um 3.843 Tausend Euro und beträgt somit zum Bilanzstichtag 5.468 Tausend Euro.

V. SONSTIGE ANGABEN

MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS UND DER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRUNG DER IHK FRANKFURT AM MAIN IM GESCHÄFTSJAHR 2015

PRÄSIDENT DER IHK FRANKFURT AM MAIN

Prof. Dr. Mathias Müller | IWB Dr. Müller Immobilienwirtschaftliche Beratung GmbH

STELLVERTRETENDE PRÄSIDENTEN

Karen Hoyndorf | Compass Group Deutschland GmbH

Prof. Dr. Wolfram Wrabetz | Helvetia Versicherungs- und Finanzdienstleistungsvermittlung GmbH

VIZEPRÄSIDENTEN

Marlene Haas | KULTpour

Stefan Messer | MESSER Group GmbH

Dr. Lutz Raettig | Morgan Stanley Bank International Ltd. Niederlassung Deutschland

Thomas Reichert | Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten- und Partyservice-Betriebsgesellschaft mbH

Susanne von Verschuer | Internationale Spedition H. & C. Fermont GmbH & Co. KG

Prof. Dr. Martin Wentz | Wentz & Co. GmbH

Angelika Zülch-Busold | Wacker's Kaffee Geschäft GmbH

VOLLVERSAMMLUNG

Die ehrenamtlichen Mitglieder der Vollversammlung sind auf der Internetpräsenz der IHK Frankfurt am Main aufgeführt:
<http://www.frankfurt-main.ihk.de/ihk/vorstellung/gremien/vollversammlung/index.html>

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER

Matthias Gräble

DIE MITARBEITERZAHLEN 2015

Mitarbeitergruppe	Ist 2015 ⁵		Ist 2014 ⁵		Gehälter in T Euro ³ 2015
	Köpfe	Kapazität	Köpfe	Kapazität	
Leitung	11	11,0	11	11,0	1.585
davon Hauptgeschäftsführer ⁴					fix 207
					var. 90
Abteilungsleiter und Referenten	52	51,4	48	46,2	3.288
Sachbearbeiter und technisches Personal	151	135,5	157	143,5	6.248
IHK ¹	214	197,9	216	200,7	11.121
Sondereinrichtungen	13	11,0	10	8,7	819
IHK und andere Leistungsträger ²	227	208,9	226	209,4	11.940
Auszubildende	4		6		
Elternzeit	6		7		
¹ davon Teilzeit	56		50		
befristet	29		21		
Altersteilzeit inaktiv	1		7		

² Abrechnungen der Mitarbeiter für ARGE, BIEG, ITB, Aufgabenstellen

³ enthalten sind sowohl fixe wie auch variable Gehaltsbestandteile

⁴ Dienstfahrzeug zur Privatnutzung, Altersvorsorge pro Dienstjahr 2.000 Euro pro Jahr, keine weiteren Bezüge für Mandate für die IHK Frankfurt

⁵ durchschnittliche Quartalswerte

FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die IHK Frankfurt hat jährliche finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen sowie sonstigen Verträgen in Höhe von 1.090 Tausend Euro.

BETEILIGUNGEN

Die IHK Frankfurt hält unverändert folgende Beteiligung:

Unternehmen	Sitz	Anteil	%	Stammkapital	Ergebnis 2014
FIZ (Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH)	Frankfurt	20.000,00 Euro	20	100.000,00 Euro	-1.425.862,25 Euro

TREUHANDVERHÄLTNISSE ZUM 31. DEZEMBER 2015

Die IHK Frankfurt hält für neun hessische Industrie- und Handelskammern Gesellschaftsbeteiligungen (Sonstige Anteile) als Treuhandvermögen in Höhe von 261 Tausend Euro, davon für die MBG Hessen GmbH 112 Tausend Euro und die Bürgschaftsbank Hessen 149 Tausend Euro und des Weiteren treuhänderisch gehaltene Darlehensanteile in Höhe von 188 Tausend Euro, davon für die MGB Hessen GmbH 155 Tausend Euro und die Bürgschaftsbank Hessen 33 Tausend Euro.



Prof. Dr. Mathias Müller
Präsident



Matthias Gräble
Hauptgeschäftsführer

Frankfurt am Main, den 12. Februar 2016

BESTÄTIGUNGSVERMERK UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss nebst Anhang (Anlagen 1/1 bis 1/6) sowie dem Lagebericht (Anlage 1/7) und der Wirtschaftsführung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2015 der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfungsstelle

An die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Erfolgs- und Finanzrechnung – nebst Anhang unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht sowie die Ordnungsmäßigkeit der Wirtschaftsführung einschließlich der Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang und des Lageberichts sowie die Wirtschaftsführung nach den Regelungen des Finanzstatuts, den Grundsätzen des öffentlichen Haushaltsrechts und den übrigen für die IHK geltenden Rechtsvorschriften liegen in der Verantwortung des Präsidenten, des Hauptgeschäftsführers und der Beauftragten für die Wirtschaftsführung der IHK. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss nebst Anhang unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Wirtschaftsführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen im Sinne der Prüfungsrichtlinien und § 17 FS vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss nebst Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne der Regelungen des Finanzstatuts der IHK wesentlich auswirken sowie sich gegen die Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts und die übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Bestimmungen richten, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der IHK sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss nebst Anhang und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Präsidenten, des Hauptgeschäftsführers und der Beauftragten für die Wirtschaftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang, des Lageberichts und des Plan-Ist-Vergleichs. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nebst Anhang den Regelungen des Finanzstatuts und den übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne der Regelungen des Finanzstatuts der IHK. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss nebst Anhang, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der IHK und stellt die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Der Wirtschaftsplan ist ordnungsgemäß aufgestellt und vollzogen worden.

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, hat die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes grundsätzlich beachtet und die ihr im Rahmen des Erfolgs- und des Finanzplanes zur Verfügung stehenden Mittel nach diesen Grundsätzen verwendet.

Die Bestimmungen des Finanzstatuts und die Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts sowie die Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts und die übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften sind eingehalten worden."

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den „Richtlinien für die Prüfung der Jahresrechnungen der Industrie- und Handelskammern in Hessen" des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 04. Juni 2004 (Az.: III 2-2-41b-04-01-04).

Bielefeld, 12. Februar 2016

gez.
Marion Birnfeld
Geschäftsführung

gez.
Oliver Meintrup
Prüfer

IHK-GREMIEN

AMTSPERIODE 2014 BIS 2019

PRÄSIDIUM | ORGANIGRAMM | AUSSCHÜSSE

PRÄSIDENT



Prof. Dr. Mathias Müller
Geschäftsführender Gesellschafter
IWB Dr. Müller Immobilienwirtschaftliche
Beratung GmbH, Hofheim

STELLV. PRÄSIDENTIN | STELLV. PRÄSIDENT



Karen Hoyndorf
Geschäftsführerin Personal
Compass Group Deutschland GmbH,
Eschborn



Prof. Dr. Wolfram Wrabetz
Geschäftsführer
Helvetia Versicherungs- und
Finanzdienstleistungsvermittlung
GmbH, Frankfurt

VIZEPRÄSIDENTEN



Marlene Haas

KULTpour,
Frankfurt



Stefan Messer

Vorsitzender der Geschäftsführung
Messer Group GmbH,
Bad Soden



Dr. Lutz Raettig

Geschäftsleiter
Morgan Stanley Bank International Ltd.,
Niederlassung Deutschland, Frankfurt



Thomas Reichert

Geschäftsführer
Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten-
und Partyservice-Betriebsgesellschaft mbH,
Frankfurt



Susanne Freifrau von Verschuer

Geschäftsführerin
Internationale Spedition H. & C. Fermont
GmbH & Co. KG, Frankfurt



Prof. Dr. Martin Wentz

Geschäftsführer
Wentz & Co. GmbH,
Frankfurt



Angelika Zülch-Busold

Geschäftsführerin
Wacker's Kaffee Geschäft GmbH,
Frankfurt

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRUNG

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER

Matthias Gräble

PRÄSIDENTIALBÜRO

Dorothea Gutsch

Stv. Geschäftsführerin

Referentin des Präsidenten

BÜRO DER ARBEITSGEMEINSCHAFT

HESSISCHER INDUSTRIE-UND

HANDELSKAMMERN

Astrid Bischoff

PERSONALBÜRO, IHK-SERVICE-CENTER

UND GESCHÄFTSSTELLEN

Sabine Syed

Ausschuss:

Hochtaunus | Main-Taunus

FINANZEN UND ORGANISATION

Ulla Bender

Ausschuss:

Haushalt

UNTERNEHMENSKOMMUNIKATION

Reinhard Fröhlich

Ausschuss:

Informationswirtschaft

UNTERNEHMENSENTWICKLUNG

Dr. Tanja Engelhardt**GESCHÄFTSFELDER**

AUS- UND WEITERBILDUNG

Dr. Brigitte Scheuerle

Ausschüsse:

Bildungswirtschaft

Berufsbildung

FINANZPLATZ |

UNTERNEHMENSFÖRDERUNG | STARTHILFE

Dr. Matthias Schoder

Ausschüsse:

Finanzdienstleistungen

Wirtschafts- und Unternehmensberatungen

Banken

Versicherungen

INNOVATION UND UMWELT

Detlev Osterloh

Ausschuss:

Industrie

INTERNATIONAL

Dr. Jürgen Ratzinger

Ausschüsse:

Außenwirtschaft

Großhandel

Handelsvertreter

RECHT UND STEUERN

Carmen Tontsch

Ausschüsse:

Recht

Steuern

STANDORTPOLITIK

Dr. Alexander Theiss

Ausschüsse:

Tourismus

Einzelhandelsausschuss

Verkehrsausschuss

WIRTSCHAFTSPOLITIK UND

METROPOLENENTWICKLUNG

Dr. Ralf Geruschkat

Ausschüsse:

Bau- und Immobilienwirtschaft

Kleine und Mittlere Unternehmen

AUSSCHÜSSE

AUSSENWIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

Stefan Messer

Vorsitzender der Geschäftsführung
Messer Group GmbH, Bad Soden

BANKENAUSSCHUSS

Dr. Lutz Raettig

Geschäftsleiter
Morgan Stanley Bank International Ltd.,
Niederlassung Deutschland, Frankfurt

AUSSCHUSS BAU- UND IMMOBILIENWIRTSCHAFT

Prof. Dr. Mathias Müller

Geschäftsführender Gesellschafter
IWB Dr. Müller Immobilienwirtschaftliche
Beratung GmbH, Hofheim

AUSSCHUSS BILDUNGSWIRTSCHAFT

Dr. Udo Lemke

Geschäftsführer
Provadis Partner für Bildung und Beratung
GmbH, Frankfurt

INZELHANDELSAUSSCHUSS

Dr. Joachim Stoll

Persönlich haftender Gesellschafter
Leder-Stoll OHG, Frankfurt

AUSSCHUSS FINANZDIENSTLEISTUNGEN

Kai Ostermann

Vorsitzender des Vorstands
Deutsche Leasing AG, Bad Homburg

GROSSHANDELSAUSSCHUSS

Johannes Erhart

Persönlich haftender Gesellschafter
ERHART KG, Frankfurt

HANDELSVERTRETERAUSSCHUSS

Dipl.-Ing. Wolfram Wätzold

Inhaber
Industrievertretungen CDH, Neu-Anspach

HAUSHALTSAUSSCHUSS

Dietmar Vogelsang

Geschäftsführer
Institut DV & P GmbH, Bad Homburg

AUSSCHUSS HOCHTAUNUS | MAIN-TAUNUS

Horst Platz

Inhaber
Horst Platz Elektro-Industrievertretungen e.K.,
Friedrichsdorf

INDUSTRIEAUSSCHUSS

Jürgen Vormann

Vorsitzender der Geschäftsführung
InfraServ GmbH & Co. Höchst KG, Frankfurt

AUSSCHUSS INFORMATIONSWIRTSCHAFT

Hans Homrighausen

Gesellschafter
Hans Homrighausen Stefan Herbert GbR
Frankfurter Medienservice, Frankfurt

AUSSCHUSS KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN

Antje-Imme Strack

Geschäftsführende Gesellschafterin
UFS Universal FinanzService, unabhängige
Gesellschaft für Finanzdienstleistungen und
Unternehmensberatung mbH, Bad Homburg

RECHTSAUSSCHUSS

Dr. Peter Reusch

Chefsyndikus
Helvetia Schweizerische
Versicherungsgesellschaft AG, Frankfurt

STEUERAUSSCHUSS

Dr. jur. Götz Weitbrecht

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht,
Bad Soden

AUSSCHUSS FÜR TOURISMUS

Thomas Reichert

Geschäftsführer
Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten-
und Partyservice-Betriebsgesellschaft mbH,
Frankfurt

VERKEHRSAUSSCHUSS

Susanne Freifrau von Verschuer

Geschäftsführerin
Internationale Spedition H. & C. Fermont
GmbH & Co. KG, Frankfurt

VERSICHERUNGSAUSSCHUSS

Prof. Dr. Wolfram Wrabetz

Geschäftsführer
Helvetia Versicherungs- und
Finanzdienstleistungsvermittlung GmbH,
Frankfurt

AUSSCHUSS WIRTSCHAFTS- UND UNTERNEHMENSBERATUNGEN

Karen Hoyndorf

Geschäftsführerin Personal
Compass Group Deutschland GmbH,
Eschborn

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

GRAFIK

Michael Kunz
Varia Design Illustration
Münster

HERSTELLUNG

Henrich Druck + Medien GmbH
Frankfurt am Main

REDAKTION

Reinhard Fröhlich, Geschäftsführer
IHK Frankfurt am Main
Unternehmenskommunikation

BILDNACHWEIS

IHK Frankfurt / Büro Schramm für Gestaltung GmbH, 8/9
Rafael Neff, 16/17, 18/19, 20/21, 22/23, 24/25,
26, 28/29, 30/31, 32, 34/35, 36/37, 39
Stefan Krutsch, 12, 13
Jochen Müller, 15
Markus Goetzke, 40

DATENSTAND

April 2016



www.frankfurt-main.ihk.de

**Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main**

Börsenplatz 4
60313 Frankfurt

IHK-Service-Center

Schillerstraße 11
60313 Frankfurt
Telefon +49 69 2197-0
Fax +49 69 2197-1526
info@frankfurt-main.ihk.de

IHK-Geschäftsstelle Bad Homburg

Louisenstraße 105
61348 Bad Homburg
Telefon +49 6172 1210-0
Fax +49 6172 22612
homburg@frankfurt-main.ihk.de

IHK-Geschäftsstelle Hofheim

Kirschgartenstraße 6
65719 Hofheim
Telefon +49 6192 9647-0
Fax +49 6192 28894
hofheim@frankfurt-main.ihk.de